

Gebaute Verdrängung?

Kritische Nachbesprechung zum Architekturwettbewerb für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler.

Inhaltsverzeichnis

2	Einleitung
3	Initiative
	Themen
5	Inszenierung als Geburtshaus
6	Wettbewerbsverfahren
7	Kommissionsbericht
8	Neutralisierung
10	Polizeistation
12	Bauliche Strategie
14	Sprachlichkeit
15	Gedenkpolitischer Umgang
16	Rolle der Architekt:innenschaft
18	Öffentlichkeit
	Kritische Nachbesprechung, Interviews
	Architekt:innen
20	Franz Denk, Christoph Leitner, ARGE PLOV-Denk, Wien
31	Wilfried Kassarnig, Kassarnig Architekten, Graz
38	Arnold Brückner ARGE KABE-Springer, Wien
46	Gabriele Hochholdinger-Knauer, Franz Knauer, Knauer Architekten, Wien
53	Gabu Heindl, GABU Heindl Architektur, Wien
61	Jörg Springer, ARGE KABE-Springer, Berlin
70	Andreas Henter, Markus Rabengruber, Tp3 Architekten, Linz
	Jurymitglieder
80	Alfred Berger, Architekt, Juror
88	Wolfgang Lorch, Architekt, Juror
96	Andreas Pils, Landespolizeidirektor OÖ, Juror
103	Impressum

Kontextualisiert wird die Gesprächsreihe durch ein kuratiertes, chronologisches Archiv von öffentlich zugänglichen Dokumenten – das unter der Website www.diskurs-architektur.eu einsehbar ist.

Ziel der Publikation ist es, eine informierte Debatte der Geschehnisse rund um den Architekturwettbewerb zu ermöglichen.

Einleitung

Der Architekturwettbewerb für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler steht symptomatisch für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs vonseiten der verantwortlichen politischen Institutionen: Statt sich im Rahmen des geplanten Umbaus einer kritischen Auseinandersetzung mit dem unbequemen gesellschaftlichen und baulichen Erbe zu stellen, wurde als Absicht des Wettbewerbs formuliert, die „Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus [zu] beseitigen [...]“.

Die Gesprächsreihe mit am Verfahren beteiligten Architekt:innen und Jurymitgliedern macht deutlich, dass ein standardisiertes Verfahrensmodell der Architektur im Umgang mit einem beispiellosen Ort keine gültigen Antworten liefern kann. Eine breite öffentliche Debatte ist jetzt – vor Baubeginn im Herbst 2023 – dringend notwendig, um die geplante bauliche Verdrängung abzuwenden.

Intention der kritischen Nachbesprechung war es, alle Architekturbüros, die im Wettbewerb für die Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler ausgezeichnet wurden, sowie die Wettbewerbsjury zu Wort kommen zu lassen. Im Jahr 2021/22 haben sich so 10 Interviews ergeben.

Der Wettbewerbssieger Marte.Marte war leider nicht zu einem Gespräch bereit, wie auch die Verantwortlichen von Seiten des Auslobers, des Bundesministeriums für Inneres und der Bundesimmobiliengesellschaft. Ungeachtet des Projekts nehmen Marte.Marte nach eigener Aussage grundsätzlich keine Interviewanfragen an, da sich das Büro „dem Bauen und somit dem Schaffen von neuer Architektur selbst widmen möcht[e].“

Das Bundesministerium für Inneres verwies auf deren Öffentlichkeitsarbeit zu den unterschiedlichen Projektphasen: Hitlergeburtshaus: Innenminister Peschorn hat über die Umgestaltung und Nutzung entschieden (2019), Nehammer präsentiert Sieger des Architekturwettbewerbs Hitler-Geburtshaus-Umbau (2020), sowie auf die parlamentarischen Anfragen bzw. Anfragebeantwortungen: 109/J (XXVII. GP) - Hitler Geburtshaus in Braunau | Parlament Österreich (2019), 17/AB XXVII. GP - Anfragebeantwortung (2019).

Die Bundesimmobiliengesellschaft BIG verwies wiederum auf das Bundesministerium für Inneres, dessen Zustimmung für ein Interview ausblieb, stattdessen wurde wiederholt auf die Pressearbeit des BMI verwiesen.

Initiative

Neben der Motivation, die Ergebnisse des Architekturwettbewerbs außerhalb des Fachkreises zur Debatte zu stellen, war unsere zentrale Frage: was bedeutet es, wenn im Jahr 2023 das Haus, in dem Hitler geboren wurde, neutralisiert wird – wie durch das Siegerprojekt von Marte.Marte exerziert?

Die Gesprächsreihe ist aus dem Interesse entstanden, Antworten auf diese Frage zu finden und noch viele weitere zu stellen: Können wir als Architekt:innen dieser (baulichen) Beseitigung von Erinnerung zustimmen? Ist die fiktive Rekonstruktion eines Biedermeierhauses die Lösung? Stellt die Nutzung als Polizeistation wirklich den historisch korrekten Umgang mit dem Gebäude dar? Kann das Einberufen einer parteiischen Kommission eine breite Debatte ersetzen? Ist die absurde Idee des Wettbewerbs, ein Haus verschwinden lassen zu können, schon gescheitert, indem der Mahnstein vor dem Haus verbleibt? Kann ein derart komplexes Thema überhaupt zu Ende gebracht werden?

DA – Diskurs Architektur

Der Verein zur Förderung von Diskurs in der Architektur (DA) wurde von den Architektinnen Laura Amann, Teresa Klestorfer, Daniela Mehlich, Linda Lackner, Anna Paul und Sophia Walk 2020 mit dem Interesse gegründet, die Debatte um den (baulichen) Umgang mit dem Haus, in dem Adolf Hitler geboren wurde, zu öffnen.

Themen

Inszenierung als Geburtshaus

Wettbewerbsverfahren

Kommissionsbericht

Neutralisierung

Polizeistation

Bauliche Strategie

Sprachlichkeit

Gedenkpolitischer Umgang

Rolle der Architekt:innenschaft

Öffentlichkeit

Interviews

Inszenierung als Geburtshaus

Adolf Hitler wird 1889 in Braunau am Inn in der Salzburger Vorstadt 15 geboren, wenige Monate nach seiner Geburt zieht die Familie in eine andere Wohnung und später nach Passau um. 1938 erwirbt die NSDAP das Gebäude und inszeniert es als „Geburtsstätte des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler“. Als solches wird es für diverse Propagandazwecke genutzt, baulich adaptiert und auch unter Denkmalschutz gestellt. Seither ist das Gebäude in seiner äußeren Form unverändert erhalten und auch die von den Nationalsozialisten geprägte Zuschreibung als „Geburtshaus“ besteht weiterhin.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Meiner Ansicht nach ist das tatsächliche Ereignis der Geburt gar nicht relevant. Da liegt vielleicht auch ein Missverständnis in der Wahrnehmung dieses Wettbewerbs vor. Relevant ist, dass es dort eine vermeintlich authentische Inszenierung eines Geburtshauses gab. Das war die Inszenierung eines Ursprungs. Die Wettbewerbsaufgabe ist somit eine Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung des Ortes durch den Nationalsozialismus.

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Belastet hat das Haus ja eigentlich gar nicht so sehr die Geburt Hitlers, sondern der Kauf durch Martin Bormann, der das Haus dann stilisiert hat. Die Nazis haben Hitlers Geburt im Haus überhöht und es damit zu diesem für uns jetzt „unerwünschten Kulturgut“ gemacht.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Ein normales Geburtshaus ist ein Haus, wo man eigentlich etwas zur Ehre einer Person in einer Stadt macht. Das Geburtshaus in Braunau hingegen ist eine historische Altlast – das ist ja in gewisser Weise toxisch.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Mit Blick auf Mussolinis und Stalins Geburtshäuser fällt auf, dass diese Gebäude nach der Geburtsphase immer in diese eine bauliche Richtung gedrängt wurden: das sind sehr kleine Arbeiterhäuser, die zeigen, aus welchen einfachen Milieus die Diktatoren kommen. Um dann in weiterer Folge zu betonen, wie groß sie im Gegensatz dazu geworden sind. Die gewünschte „Normalisierung“ des Hauses in Braunau evoziert wieder eine solche Geschichte.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

Er ist insofern nicht Täterort, als es nicht ein Ort der Tat ist, oder einer konkreten Tat. Man kann ihn erst später so lesen, weil er natürlich später inszeniert worden ist. Aber das, was mich besonders beeindruckt hat, ist eigentlich genau dieses Problem, dass der Ort so scheinbar unschuldig ist.

Gabu Heindl, Architektin

Das [Reden von Täterschaft] macht aus dem Hitler-Geburtshaus einen vielleicht komplizierteren Täterort als andere es sind, an denen ja tatsächlich nationalsozialistische Gewalt gegen Opfergruppen ausgeübt wurde. Es geht also um die Geschichte danach: nicht um den Moment der Geburt, sondern darum, wie das Haus danach inszeniert und instrumentalisiert wurde.

2019 wird der Architekturwettbewerb für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler, das sich seit der Enteignung im Besitz des Innenministeriums befindet, von diesem als EU-weiter, nicht offener, einstufiger Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren ausgeschrieben. Als Sieger des Wettbewerbs geht 2020 das österreichische Architekturbüro Marte.Marte hervor. Mit der Entscheidung für das standardisierte Verfahrensmodell eines Realisierungswettbewerbs werden wesentliche bauliche, programmatische und gestalterische Festlegungen durch den Auslober ohne jegliche Einbeziehung der Öffentlichkeit definiert.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Je besser eine Ausschreibung, desto besser ist ihr Ergebnis. Geschickte Ausschreibungen können gewünschte Ergebnisse hervorbringen. Und das ist bei diesem Wettbewerb auch so passiert. Das beginnt bei der Wahl des Verfahrens oder der Teilnehmerinnen und endet bei den inhaltlichen Fragestellungen.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Das ist ja nicht aus Versehen so passiert, sondern das ist eine starke Absicht, die man auch in der Auslobung schon merkt – dieses Ding möglichst ohne Wellenschlagen in der vorgegebenen Richtung umzusetzen, weil man weiß, dass diese Idee die richtige ist, die einzige Möglichkeit.

Gabu Heindl, Architektin

Es wurde auf ein technisch-pragmatisch zu lösendes Problem reduziert: Wie das Raumprogramm der Polizei in das alte Haus reinpasst, wie das Haus am Ende ganz anders aussehen kann. Das ist letztlich eine feige Form der Ausschreibung in Hinblick auf die Ausgangssituation. Man setzt sich nicht mit der Schwierigkeit und dem Erbe dieser Zeit auseinander, sondern versucht, es möglichst simpel zu entsorgen, einerseits ästhetisch, andererseits technisch-bürokratisch.

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Ein Stück weit hat man sicherlich die Diskussion gescheut, auch als Auslober. Grundsätzlich war der Wettbewerb aber öffentlich, er wurde auf einer Plattform publiziert, die jeder abrufen konnte. Aber unsere Resonanz bei den anderen Kollegen war, dass sie sich einfach nicht „drübergetraut“ haben.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Man erkennt im Verfahren das fehlende Kriterium der Befassung mit Erinnerung und Zeit. Dieses Kriterium hätte man in der Auslobung stärker in den Vordergrund schieben können.

Christoph Leitner, ARGE PLOV-Denk

Ich glaube, dass es generell extrem wichtig ist, dass in der Vorbereitung zu so einem Wettbewerbsverfahren die eigentlichen Weichen gestellt werden. Wenn eine Ausschreibung erst draußen ist, wenn die Teilnehmer in einem Präqualifikationsverfahren ausgesucht sind, gibt es viele andere Hürden: rechtliche Themen wie das Bundesvergabegesetz und so weiter. Da ist es oft auch vergaberechtlich gar nicht mehr möglich, etwas zu ändern.

Wichtigste Grundlage für den Wettbewerb bildet der Abschlussbericht der „Kommission zum historisch korrekten Umgang mit dem Geburtshaus Adolf Hitlers“, die von Innenminister Sobotka 2016 einberufen wird. Empfohlen werden darin zwei Nutzungsarten: eine sozial-karitative oder eine behördlich-administrative Nutzung; eine Nutzung für museale oder edukative Zwecke wird explizit ausgeschlossen. Zudem fordert die Kommission, eine „tiefgreifende architektonische Umgestaltung vorzunehmen, die dem Gebäude den Wiedererkennungswert und damit die Symbolkraft entzieht“.

Gabu Heindl, Architektin

Grundsätzlich ist schon die Frage nach einem „historisch korrekten Umgang“ eine absurde Frage. Das zeigt sich auch in dem Moment, wo als Ergebnis zwei verschiedene Zugänge als historisch korrekt bezeichnet werden. Damit wird klar, dass es selbstverständlich nie um den einen Umgang gehen kann.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

[...] die Kommission ist von der Auftraggeberseite besetzt worden mit einem bestimmten Ziel und einer bestimmten Intention. Ohne alle Mitglieder der Kommission persönlich zu kennen, scheint mir die Gemengelage und die Art und Weise, wie diese Stellungnahme der Kommission aufgebaut ist, sehr eindeutig darauf hinzudeuten, dass man hier eine relativ komplexe Legitimation für ein eigentlich im Vorfeld beschriebenes Ziel gesucht hat.

Christoph Leitner, ARGE PLOV-Denk

Im Vorfeld dieses Wettbewerbs gab es einen Diskurs, der zu dem Ergebnis geführt hat, dieses Haus zu ‚neutralisieren‘, wie es in der Ausschreibung bezeichnet wurde. [...] Das war das Ergebnis dieses Diskurses, der auf einer fachlichen Ebene – unter anderem unter Einbeziehung des Denkmalamtes und von Historikern – geführt wurde und auf den wir keinen Einfluss hatten. Wir kamen erst mit der Ausschreibung dazu, in der das Ziel als solches bereits definiert war, und mussten mit dieser Aufgabenstellung umgehen.

Markus Rabengruber, Tp3 Architekten

Wir müssen uns darauf verlassen können, dass eine Expertenkommission die richtigen Empfehlungen ausspricht. Denn die Frage ist auch: Wer ist überhaupt in der Position, so eine fundierte Auseinandersetzung zu hinterfragen?

Wilfried Kassarnig, Architekt

Ich will mir gar nicht anmaßen, mehr Wissen zu dem Thema zu haben als die Leute, die sich schon jahrelang damit beschäftigt und auseinandergesetzt haben. Und da hat es ja schon einige Sitzungen und Kommissionsdiskussionsrunden gegeben. Ich glaube, in der Zeit, die uns vorgegeben war, war das schon der richtige Weg, es von einer Entscheidung aus, die schon getroffen ist, weiterzuführen.

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Für uns war es wichtig, dass es diese geschichtliche Abhandlung über das Expertengremium [Anm.: die Historikerkommission] gegeben hat. Ihr Ergebnis haben wir bewusst nicht hinterfragt.

Alfred Berger, Architekt, Juror

Das waren alles tolle Leute, es war eine gute Kommission, aber mir ist ein bisschen der Architekt abgegangen. Man hätte dann allerdings auch wieder gefragt, wieso gerade der und nicht jener, das ist immer schwierig.

Neutralisierung

Als Ziel des Wettbewerbs wird die bauliche „Neutralisierung“ des Gebäudes formuliert. Mittels „harmonischer Einordnung in den Kontext des Stadtbildes“ soll das Geburtshaus – so die Idee der Auslober – soweit normalisiert werden, dass es nicht mehr auffindbar ist.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Das Hauptthema dieses Normalisierungszugangs war, wie man das Haus, ohne es abzureißen, möglichst verschwinden lassen kann, obwohl es dann noch immer dasteht. [...] Da sehe ich die Absicht, dass mit dem Begriff der Normalisierung – der ganz geschickt gewählt ist – versucht wurde, diesen Aspekt der Zeit, die Geschichte, aus dem Haus zu entfernen.

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Wir sind der Meinung, dass der Ort, auch wenn man das Geburtshaus in Google eingibt, leider immer gefunden wird, ganz egal wie das „Ding“ aussieht. Wenn man es wegrißt, bleibt der Ort, der belastet ist – es ist also nicht nur die Architektur an sich.

Andreas Pils, Landespolizeidirektor OÖ, Juror

Entscheidend war für mich das Entziehen des Wiedererkennungswertes. [...] Sehr salopp gesagt, wenn das Gebäude weg wäre und da steht ein Hofer-Markt, dann weiß ich nicht, wo der Nazi jetzt hingeht und irgendwen huldigen will.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

Mir war ehrlich gesagt nicht klar, dass die Auslobung des Wettbewerbs geradezu explizit – wenngleich mit einigen argumentativen Schleifen – die Auslöschung dieses Ortes als Erinnerungsort gefordert hat. [...] Als wir uns mit dieser Aufgabenstellung beschäftigt haben, war mir sehr schnell klar, dass wir diesem Anliegen der Auslobung so nicht entsprechen würden können.

Gabu Heindl, Architektin

Ich denke, der Ort kann nicht „neutralisiert“ werden, so wie es in der Ausschreibung für den Wettbewerb formuliert wurde. Denn man würde nicht nur die Geburt Hitlers neutralisieren, sondern man würde auch neutralisieren, was mit dem Haus danach geschehen ist und warum es zu einem intensiv diskutierten Ort geworden ist. Es sollte alles denkbar andere passieren, als dass man ihn mit einer Polizeistation zu „neutralisieren“ versucht.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Es hat dort nichts historisch Berichtenswertes stattgefunden. Die Geburt ist banal. Opfer- und damit auch Tätergruppen gibt es an dieser Stelle nicht. Aber mit dem Versuch, den Ort als Bezugspunkt zu beseitigen, entsteht zwangsläufig ein aussagekräftiges Bild über das Geschichtsverständnis der Republik Österreich in den 2020er Jahren.

Franz Knauer, Knauer Architekten

Es war ein grundlegendes Anliegen, auch in der Auslobung, dass die negative Erinnerungskultur vor Ort ausgelöscht wird [...]. Es sollte alles daran gesetzt werden, dass das Gebäude so umgebaut wird, dass nichts mehr an das alte Gebäude erinnert. Das war das Thema und wir haben uns dazu entschlossen, am Wettbewerb teilzunehmen.

Wilfried Kassarnig, Architekt

Also der, der es sucht und die Koordinaten nimmt und den Ort ausfindig macht, findet ihn. Es gibt ihn einfach, diesen Ort [...]. Jeder der Teilnehmer hat es probiert, anders darzustellen und zu lösen. Aber der Inhalt bleibt und am meisten, glaube ich, wird er durch die Zeit geschwächt werden und verblasst.

Neutralisierung

Alfred Berger, Architekt, Juror

Ich habe die Auslobung nicht geschrieben. Aber darin war als Ziel festgelegt, dass man keine Erinnerungskultur und auch kein Mahnmal baut, sondern dass die Eingliederung in das Ensemble eine gewisse Neutralität hervorrufen soll. Hätte man das Haus einfach so gelassen, wäre es vermutlich auch egal gewesen. Es ist einfach eine ordentlich gemachte Generalsanierung notwendig.

Polizeistation

Durch das Innenministerium erfolgt 2019 die fragwürdige Festlegung der zukünftigen Nutzung des Gebäudes als Polizeistation. Diese wird als vermeintlich beste Möglichkeit erachtet, eine dauerhafte Unterbindung der „Pflegerische, Förderung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts oder eines bejahenden Gedenkens an den Nationalsozialismus“ an diesem Ort sicherzustellen, zu der sich die Republik Österreich mit dem Enteignungsgesetz verpflichtet hatte.

Gabriele Hochholdinger-Knauer, Knauer Architekten

Die empfohlene Nutzung erschien uns richtig, wir haben das nicht weiter hinterfragt. Das Beispiel von München, mit der Polizeistation in der ehemaligen Wohnung von Hitler, zeigt, dass durch die anwesende Exekutivkraft gefährliche Ideologien, die sich dort in Form von Menschenansammlungen äußern könnten, im Zaum gehalten bzw. verhindert werden.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Es geht darum, dass man in das Geburtshaus von Hitler eine adäquate Nutzung hinein bringt, die den Machtfaktor nicht so sehr betont, sondern die sich mit gemeinschaftlichen oder sozialen oder wissenschaftlichen oder musealen oder sonst welchen Aspekten auseinandersetzt. Das ist eine Diskussion, die mir zu wenig geführt wurde.

Gabu Heindl, Architektin

Der Umbau ist ein sehr deutlicher Versuch, das Problem loszuwerden, indem das Gewaltmonopol, das der Staat hat, beinahe noch einmal verbildlicht wird, indem die Polizei dort einziehen soll. Mit dem perfiden Argument, dass damit dann die Hüter des Gesetzes selbst vor Ort wären.

Wilfried Kassarnig, Architekt

Ich finde es nicht ungeschickt, sich für diese Variante entschieden zu haben, weil man Besucher oder Leute, die im Haus Nähe suchen, damit abhalten kann. [...] ich sehe die soziale Seite als Nutzung dort eher kritisch, und dass man dadurch wahrscheinlich auch Sympathisanten und Besucher in das Haus hineingezogen hätte.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Uns war es wichtig, dass diese Polizeistation dort nahe ist, um eben eine ungewünschte Aneignung zu unterbinden. Aber wir glauben, dass es nicht zielführend, nicht möglich ist, dieses Gebäude wieder zu besetzen, weil eine Kontinuität zur historischen Vereinnahmung hergestellt werden kann. Deswegen unser Vorschlag, dieses Gebäude dauerhaft jeder Nutzung zu entziehen.

Markus Rabengruber, Tp3 Architekten

Unser Ansatz war eher, dass man das Gebäude wieder benutzen soll. Es soll alltäglich im Gebrauch sein und den heutigen Anforderungen angepasst werden. Diese Anforderungen, da sind wir auch sehr pragmatisch, sind durch die Polizeistation gestellt worden.

Andreas Pils, Landespolizeidirektor OÖ, Juror

Ich glaube, dass die Nutzung als Polizeistation eine sehr gute Lösung ist, die vielen Ideen entspricht – auch denen der Polizei. Dass wir dort ordentlich arbeiten können – das war mir wichtig. Dass wir nicht nur, um das Ganze politisch zu rechtfertigen, erhalten, sondern es muss polizeilich dann auch etwas bringen.

Polizeistation

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Ich würde sagen, es [die Nutzung als Polizeistation] ist die zweitbeste Wahl. Ich habe mich natürlich gefragt, ob die Polizei sich da wohl fühlt. Es ist definitiv nicht die schlechteste Wahl, die einen Zugriff von ganz anderer Seite auf das Haus möglich gemacht hätte und die es wieder in die Nähe eines völlig falschen Bildes gerückt hätte.

Alfred Berger, Architekt, Juror

Ich hatte schon eine gewisse Vorstellung davon, dass durch die Begründung der Enteignung notwendigerweise irgendeine Nutzung durch die Republik folgen muss, weil ansonsten die ganze Enteignung wieder anfechtbar wäre. Das war das Rahmenwerk, ich habe einen eher pragmatischen Zugang zu solchen Dingen, es ist nicht meine Aufgabe als Jurymitglied, die Uhr nach hinten zu drehen und Sturm zu laufen gegen die Historikerkommission.

Bauliche Strategie

Mit dem Enteignungsgesetz wird der bestehende Denkmalschutz des Gebäudes aufgehoben, um eine größtmögliche bauliche Veränderung zu ermöglichen. Die Wettbewerbsauslobung fordert „für das Gebäude eine neue Identität“ zu schaffen und nimmt die Möglichkeit der Rückführung auf eine historische Fassung des Gebäudes mit zwei getrennten, giebelständigen Gebäuden bereits vorweg. Der Großteil der teilnehmenden Büros folgt dieser baulichen Strategie und schlägt die Rekonstruktion des Daches mit Doppelgiebel vor.

Gabriele Hochholding-Knauer, Knauer Architekten

Vom Denkmalamt war keine „Bezugszeit“ vorgegeben, es waren Schichten aus diversen Zeiten vorhanden. [...] Auf welche Schicht lässt man sich ein? Entweder ist eine verbindliche Vorgabe vorhanden oder wir als Architekten entscheiden uns aufgrund der Gegebenheiten und auch aufgrund dessen, was wir optisch und funktional als richtig empfinden – das ist natürlich manchmal auch subjektiv.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Aber das Herstellen einer „optischen Normalität“ impliziert doch einen radikalen Bruch mit der Geschichte: das Haus wird auf sein Erscheinungsbild vor Adolf Hitler zurückretuschiert? Auf sein Erscheinungsbild aus welcher Zeitspanne? Man tut so, als hätte es Hitler hier nie gegeben und genau das macht das Haus wieder zu etwas Besonderem. Wäre das ein beliebiges Renaissancehaus, hätte unser Lösungsvorschlag sicher nicht so ausgeschaut wie unser Wettbewerbsprojekt.

Wilfried Kassarnig, Architekt

Ich habe dieses Objekt auch in der Verantwortung der Stadt gegenüber gesehen. [...] Ich glaube, dass man diese Verantwortung übernehmen muss und nicht ein geschlossenes historisches Bild zerreißt, sondern es wieder zurückführt auf eine Stufe der Vorgeschichte, weg von der Zeit 1938/40, der Zeit einer anderen Ausrichtung, die man nicht mehr in der Form haben und zeigen will.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Nicht umsonst haben wir dort einen Holzbau vorgeschlagen, der sich bewusst von der Altstadtarchitektur absetzt. Wir wollten keine Rekonstruktionsarchitektur einer oberösterreichischen Altstadt vorschlagen, die es dort so gar nicht gegeben hat. Der Holzbau sollte sich auch von dem nicht mehr genutzten Steinbau deutlich absetzen.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Man kann eigentlich sagen, und das habe ich in der Jury auch argumentiert, es in einen Zustand zurückzusetzen wäre auch die falsche Antwort, weil letztlich wäre das die Botschaft, „es ist nichts geschehen“. Bei der Neutralisierung wird das Haus aus einer Überhöhung in eine Art Normalität zurückgeführt, die es nicht gibt. Selbst der Abriss wäre keine Normalität gewesen.

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Für uns war es wichtig, das Gebäude nicht ein zweites Mal mit „irgendwas Formalem“ aus der Geschichte zu überlagern. [...] Es ist jetzt ein Gebäude und es hat eine Funktion, daher haben wir keine Begründung dafür gefunden, formal zwei Gebäude daraus zu machen – nur weil man 1830 aus diesen zwei Giebeln einen Giebel gemacht hat.

Gabu Heindl, Architektin

Das Haus in Braunau wirft genau diese Frage auf: Sollen wir nicht endlich auch hier Hitler entsorgen? Es durch die Polizei neutralisieren und so umbauen, dass es nicht mehr wiedererkennbar ist? Es kann zu einem schönen, schicken, historischen Haus werden – immerhin gibt es viele Stimmen, die sagen, irgendwann muss es auch einmal genug sein.

Bauliche Strategie

Alfred Berger, Architekt, Juror

Fakt ist, dass sich in der Jury sehr schnell ein Konsens etabliert hat, dass die Rückführung der Fassade auf eine Zeit vor 1938 wünschenswert ist.

Sprachlichkeit

Der Wettbewerb mit dem verklausulierten Titel „Umgestaltung des Gebäudes Salzburger Vorstadt 15“ vermeidet sprachlich die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistisch belasteten Geschichte des Gebäudes – der Name Adolf Hitler scheint in der Ausschreibung nicht auf. Die Aufgabe der Umgestaltung wird als rein technisch-pragmatisch zu lösendes, bauliches Problem formuliert.

Die ausbleibende Benennung und damit fehlende sprachliche Orientierung führt in den Wettbewerbsbeiträgen zu unbedarften bis skandalösen Formulierungen, wie „Nach Regen kommt Sonnenschein!“ (Tp3 Architekten), oder die Bezeichnung des Geburtshauses als „Führergeburtshaus“ (Marte.Marte), bis hin zur Idee, die Zeit mittels architektonischer Strategien „bis 1750 zurück [zu drehen], lange bevor Adolf Hitler geboren wurde.“ (Marte.Marte)

Gabu Heindl, Architektin

Ich fand es auch problematisch, dass [in der Auslobung] gesellschaftspolitisch höchst wichtige und zu benennende Themen außen vor geblieben sind: die Geschichte des Nationalsozialismus, die Frage nach der Rolle Österreichs, nach der Rolle der Politik und Verwaltung in der NS-Zeit, aber auch die Frage der Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichsten Facetten, bis hin zur Fetischisierung dieses Hauses nach der NS-Zeit.

Wilfried Kassarnig, Architekt

Eine andere Entscheidung wäre gewesen, ganz anders zu denken als den Weg, den der Auslober schon vorbereitet hat. Ich habe richtig gefunden, den Weg, den er vorgezeichnet hat, weiter zu gehen. [...] Daher sind die Worte in unserer Projektbeschreibung sicher auch herausgegriffen aus den Worten, die das Innenministerium oder die Mitarbeiter aus dieser Richtung schon so in den Mund gelegt haben.

Andreas PilsI, Landespolizeidirektor OÖ, Juror

Für mich waren die Sprachlichkeit und die historische Bedeutung und der Umgang damit nicht so bedeutsam wie für manche andere Jurymitglieder. Ich habe das eher aus dem sicherheitspolitischen Bereich heraus betrachtet und darauf geachtet, dass es aus polizeilicher Sicht Sinn macht.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Nicht der Erläuterungsbericht wäre das Wichtige gewesen, sondern die Haltung, die die Architekten aus einer inhaltlichen Position zu dem Haus haben – eine Haltung, die man herauslesen kann. Die hätten noch so einen guten schriftlichen Beitrag liefern können, wenn das Haus dann nicht diese Botschaft in die Stadt trägt.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Der Wettbewerb ist ja auch ein bisschen versteckt worden, schon allein mit der Bezeichnung. Man hat versucht, das kleinzumachen. Ich glaube, man hätte durchaus Mut beweisen und sagen können: Wir stellen uns jetzt der internationalen Welt, wir wollen da was tun, helft uns.

Gedenkpolitischer Umgang

Bei dem Haus, in dem Hitler geboren wurde, handelt es sich um einen beispiellosen Ort, der weder Opferort noch Täterort ist. Erst durch die Inszenierung der Nationalsozialisten als Geburtshaus und Zuschreibung als Erinnerungsstätte wird er zum belasteten Ort. Die Forderung des Auslobers mit der Umgestaltung die „Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus [zu] beseitigen“ steht einer angemessenen kritischen Auseinandersetzung konträr gegenüber und produziert das Geschichtsbild einer gebauten Verdrängung.

Franz Knauer, Knauer Architekten

Es soll im Prinzip nichts an diesem Ort mehr mit Hitler in Verbindung gebracht werden. Das finden wir an sich eine richtige Entscheidung. Die Erinnerungskultur sollte zum Beispiel im Haus der Geschichte stattfinden und nicht vor Ort.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Allgemein in Rekonstruktionsdebatten oder auch im Kontext von belasteten Orten, will man als Auslober ein Thema zu Ende bringen. Und das ist schon das Problem, dass man das zu Ende bringen will.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

Ich denke nicht, dass dieser Ort diese Bedeutung, die er hat, überhaupt loswerden kann. Insofern kann man auch der Tatsache nicht ausweichen, dass alles, was ich dort mache, eine Bedeutung hat. Selbst, wenn ich nichts tue, selbst wenn man – wie das im Moment versucht wird – diesen Ort in die größtmögliche Belanglosigkeit zu überführen versucht, ist das auch eine Aussage.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Es kann nur ein Ort des mahnenden Erinnerns sein. Letztendlich ist es eine Strategie des Offenhaltens einer Wunde, eine dauerhafte Vergegenwärtigung, dass es hier Nationalsozialismus gegeben hat, dass es hier einen Anknüpfungspunkt gibt und wir nicht davor gefeit sind, dass in Zukunft nicht ähnliches passieren kann. Ein Ort einer gedanklichen Auseinandersetzung war für uns die einzige Nutzung, die wir uns vorstellen konnten, die keine Kontinuität zwischen einer heutigen Organisation und der damaligen Vereinnahmung ermöglicht.

Gabu Heindl, Architektin

Ich würde es am allerwichtigsten finden, dass bei dem Haus nichts eingefroren und damit abgeschlossen wird, sondern dass es die Möglichkeit gibt, und damit auch den Blick darauf gibt, dass sich die Gesellschaft mit dem Ort, der Wohnung, in der eine Figur wie Hitler geboren ist, auseinandersetzt. Und weiters geht es um die Frage, wie wir das in unterschiedlichen Formen der Historisierung thematisieren würden und den Zugriff darauf auf eine demokratische Art und Weise offenhalten können.

Rolle der Architekt:innenschaft

Die Auswahlwahlkriterien des Auslobers für das Teilnehmerfeld sind auf die Realisierungsfähigkeit und die Expertise des Bauens im Bestand beschränkt. Kann man komplexen, historischen Fragestellungen unter diesen Voraussetzungen mit technisch-pragmatischen, baulichen Lösungen alleine gerecht werden? Aus den Wettbewerbsbeiträgen ergibt sich ein sehr konträres Bild mit unterschiedlichsten Standpunkten hinsichtlich der historischen Verantwortung und dem Selbstverständnis der Architekturdiziplin.

Franz Knauer, Knauer Architekten

Wir sind Architekten, sprich: wir wollen bauen. Es gibt verschiedene Fachleute – zu denen zählen wir nicht – die sich im Vorfeld überlegen, was ist das geeignete Medium, das geeignete Format?

Andreas Henter, Tp3 Architekten

Ich glaube schon, dass man sich grundsätzlich der Verantwortung stellen muss, um auch sagen zu können: Wir tun mit diesem Gebäude etwas.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Als Braunauer war es für mich ein Muss, teilzunehmen. Ich wollte den Wettbewerb auch unbedingt gewinnen. Darum haben wir uns ja sklavisch an die Ausschreibung gehalten, obwohl dort einiges drinnen steht, was wir sehr kritisch sehen.

Gabu Heindl, Architektin

Es war für uns aber auch klar, dass wir sicher nicht um jeden Preis eine Antwort auf eine Frage geben, die in unseren Augen falsch gestellt war. Wäre es uns gelungen, in der Zeit einen guten, kritischen Alternativvorschlag zu entwickeln, dann hätten wir ihn vielleicht auch eingereicht. Aber wahrscheinlich hätte der Vorschlag nur heißen können, es nochmal auszuschreiben.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Man brauchte die Architekten in ihrer Fähigkeit des Vorschlags einer räumlichen Lösung. Und jetzt soll man das bitte umsetzen, weil man ein Problem lösen möchte.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

Ich denke, dass es eine bauliche Position dazu braucht. Aber völlig klar ist natürlich, dass das Bauliche nicht alles sein kann, das hat mir dieser Wettbewerb auch gezeigt. Architektur kann tatsächlich in solchen Situationen Positionen artikulieren und ich denke, sie muss das auch tun.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

[...] Als Juryvorsitzender der Wettbewerbe für das Bauhaus-Archiv Berlin und das Museum in Dessau kann ich sagen, dass es beispielsweise in Dessau 330 Einreichungen gab und nicht jeder Architekt oder jede Architektin ist davon ausgegangen, dass sie das Museum baut. Sondern da wollte man einen Beitrag liefern – so etwas ist ja auch ein Teil der Wettbewerbskultur.

Markus Rabengruber, Tp3 Architekten

Die Architektur kann alleine für sich unmöglich vollständige Antworten geben, aber sie kann ansatzweise dazu beitragen, dass es in die richtige Richtung geht. Wir sind dazu da, Kultur zu schaffen, die benutzbar ist.

Rolle der Architekt:innenschaft

Alfred Berger, Architekt, Juror

Die Frage nach dem Wie war bereits im Vorhinein von der Kommission entschieden und damit gar nicht mehr offen. Ich denke, das Thema muss in erster Linie über Kunst und Kommunikation behandelt werden. Ich glaube nicht, dass es möglich ist – vor allem langfristig – über Architektur so eine Geschichte zu erzählen.

Öffentlichkeit

Die Strategie des Innenministeriums, den nicht offenen, einstufigen Realisierungswettbewerb auch möglichst ohne öffentliche Aufmerksamkeit durchzuführen, zeigt sich in der Pressearbeit, die über den gesamten Projektzeitraum 2019 bis 2023 aus lediglich zwei offiziellen Presseaussendungen besteht. Verantwortliche Personen im Innenministerium waren in Bezug auf dieses Projekt nicht zu einem Gespräch bereit, stattdessen verwiesen sie auf die genannten Aussendungen, sowie parlamentarische Anfragebeantwortungen.

Franz Denk, ARGE PLOV-Denk

Wir sind im kakanisch-gemütlichen Österreich, und im Prinzip ist es eine Fortsetzung dieser Vergangenheitsverleugnung. Man will sich dem Problem nicht wirklich stellen, behauptet, das machen wir alles selber, das können wir alles alleine viel besser. Ich glaube, dass das hinterfragungswürdig und eigentlich ein Skandal ist.

Andreas Pils, Landespolizeidirektor OÖ, Juror

Also die Öffentlichkeitsarbeit dazu hätte man sicher intensivieren können. Dann würde man sich die kritische Nachbesprechung jetzt vielleicht sparen.

Gabu Heindl, Architektin

Es gab noch zu wenig öffentliche Diskussion. An sich setzen sich ja viele Menschen weltweit mit Erinnerungspolitik auseinander – akademisch, theoretisch, praktisch, aus sozialarbeiterischer Perspektive, aus historischer Perspektive etc. All diese Expertise lässt man außen vor, wenn man einen gewissen Stab an Expert*innen vorauswählt, die einen möglichst „historisch korrekten“ Umgang beschreiben, und wenn man den dann exekutiert.

Franz Knauer, Knauer Architekten

Was ich nicht sagen möchte ist, dass man das alles unter den Teppich kehren sollte. Ich denke aber, dass man die Diskussion – und das ist glaube ich die Grundessenz von diesem Wettbewerb, von der Historikerkommission – von diesem Ort loslösen muss. Ich bin für Diskussion, ich bin für Aufarbeitung, aber nicht anhand des Geburtshauses Hitlers in Braunau.

Jörg Springer, ARGE KABE-Springer

Ich denke, es hätte diesem Wettbewerb gut getan, wenn er im Hinblick auf den Umgang mit dem Haus eine sehr viel größere Offenheit gestattet hätte. Möglicherweise hätte man sagen können, ich lege den Wettbewerb aus für Architekten in Zusammenarbeit mit Künstlern. Oder auch ganz offen für alle, die sich beteiligen möchten. Auf diesem Weg könnte man tatsächlich nach einer Aussage für den Umgang mit diesem Haus suchen.

Wolfgang Lorch, Architekt, Juror

Ich glaube sogar, dass man über Partizipation und andere Verfahren – Architektur ist ja in diesem Fall eine öffentliche Sache, eine Res Publica – zu einem besseren Ergebnis gekommen wäre, wenn man eine breite Debatte, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs oder die Partizipation über Beteiligungsverfahren gesucht hätte.

Arnold Brückner, KABE Architekten, ARGE KABE-Springer

Eine Diskussion ist in dem Moment notwendig, in dem es ein offenes Ergebnis gibt. [...] Wenn man aber schon weiß, wie es aussehen soll, es nur noch um die Umsetzung geht, die man regelkonform gestalten muss, ökologische Kriterien einhalten möchte und bitte auch die Altstadterhaltungssatzung nicht unterlaufen möchte, wozu braucht es dann eine Diskussion?

Interviews

ARGE PLOV-Denk Architekten

Architekten Kassarnig

KABE Architekten

Knauer Architekten

GABU Heindl Architektur

Springer Architekten

Tp3 Architekten

Alfred Berger

Wolfgang Lorch

Andreas Pilsl

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Christoph Leitner und Franz Denk

Das Gespräch mit Christoph Leitner (PLOV Architekten) und Franz Denk, Teilnehmer in einer ARGE am Wettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler (Anerkennung), wurde am 25. November 2021 von Anna Paul und Daniela Mehlich geführt.

Die PLOV Architekten ZT GmbH wurde 2012 von Marion Gruber und Christoph Leitner gegründet. Das Büro mit Sitz in Wien plant vor allem Wohnungs- und kommunale Bauten und im Bereich Bauen im Bestand. Franz Denk arbeitet seit 2007 als selbständiger Architekt in Wien (Architekturbüro Franz Denk) und ist Vorstand des ORTE Architekturnetzwerks Niederösterreich.

Diskurs Architektur

Gegenstand des Architekturwettbewerbs war mit dem Gebäude in der Salzburger Vorstadt 15 das Geburtshaus von Adolf Hitler. Es handelt sich um einen beispiellosen Ort, der weder Täter- noch Opferort ist, aber als solcher eine zentrale gedenkpolitische Bedeutung innehat. Braunau wird immer damit verbunden sein, dass Hitler dort geboren wurde. Wie wird einem dieser Ort, das Geburtshaus, bewusst?

Franz Denk

Ich habe 18 Jahre in Braunau gelebt, bin dort aufgewachsen. In der Schule und in der Ausbildung haben wir nichts über das Haus gelernt. Weil es am 20. April zu Hitlers Geburtstag immer Treffen gegeben hat, zum Teil mit mehreren Hundert Leuten, war das Haus immer ein Problemhaus in Braunau. Es wurde oft darüber diskutiert. Insofern ist bei mir ein Bewusstsein schon lange vorhanden.

Christoph Leitner

Bei mir oder bei uns war das anders. Dieses Haus als singuläres Objekt war zwar theoretisch, abstrakt, bekannt, aber ich habe es nicht gekannt. Ich habe kein Bild davon gehabt – mir war nicht bewusst, wie es aussieht. Und ich hätte es nicht erkannt, wenn ich durch Braunau gegangen wäre. Natürlich gibt es gewisse Hinweise darauf, es gibt den Gedenkstein und so weiter. Aber das Gebäude fügt sich dort ja sehr gut ein, das heißt, man erkennt es auch nicht als solches, wenn man dort vorbeigeht.

FD

Vielleicht einen Satz dazu, wie die Stadt Braunau mit dem Haus umgegangen ist: Für die Politik war das immer ein heißes Eisen. Ich weiß nicht, inwieweit die Bundespolitik hineingespielt hat, aber vom damaligen Bürgermeister, von der Gemeindepolitik her, hat man lange Zeit versucht, das Haus zu „verstecken“. Es sind sehr viele Besucher gekommen, auch unter dem Jahr. Insofern hat dieses Haus schon sehr große Auswirkungen auf die Reaktionen der Bewohner der Stadt. Aber obwohl es immer wieder Thema war – vor allem in internationalen Medien – wurde es so gut wie möglich aus dem städtischen Bewusstsein verdrängt. So, als würde es nicht existieren. Ich selbst habe lange Zeit überhaupt kein Bewusstsein für das Haus entwickelt. Ich habe erst später im Ausland mitbekommen, dass „jeder“ Braunau am Inn kennt und dass man als Bewohner stigmatisiert wird. Positiv oder negativ, aber immer radikal.

DA

Also bleibt man immer mit diesem Ort verbunden?

FD

Ja. Ich kann ja nichts dafür, aber ich werde immer Braunauer bleiben. Als Architekt bekam ich glücklicherweise mit den Jahren auch einen Expertenblick und ich habe die wirklich große Schönheit dieser gotischen Stadt schätzen und lieben gelernt.

DA

Wie soll die Bedeutung dieses Ortes Ihrer Ansicht nach gestaltet werden?

CL

Da muss man auf die realpolitische Situation Bezug nehmen, in der wir uns im Wettbewerb befanden. Im Vorfeld dieses Wettbewerbs gab es einen Diskurs, der zu dem Ergebnis geführt hat, dieses Haus zu ‚neutralisieren‘, wie es in der Ausschreibung bezeichnet wurde. Es sollte nicht überhöht werden im Sinne eines Denkmals, das dann vielleicht wiederum etwas verursacht, was man nicht möchte – nämlich, dass es als Pilgerstätte vereinnahmt wird. Das war das Ergebnis dieses Diskurses, der auf einer fachlichen Ebene geführt wurde – unter anderem unter Einbeziehung des Denkmalamtes und von Historikern – und auf den wir keinen Einfluss hatten. Wir kamen erst mit der Ausschreibung dazu, in der das Ziel als solches bereits definiert war, und

mussten mit dieser Aufgabenstellung umgehen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits die inhaltliche Programmatik, dass dort eine Polizeistation hineinkommt. Es wurde alles vielfach diskutiert, auch beim Hearing gab es noch kritische Fragen dazu. Ich möchte mich jetzt auch gar nicht dazu äußern, wie dieses Haus in der Zukunft inhaltlich programmiert sein soll, denn das wurde bereits entschieden in einem Prozess, an dem sich schon viele Experten abgearbeitet haben.

FD

Ich sehe es doch ein bisschen differenzierter. Die Bedeutung des Hauses können wir nicht verändern. Die ist vorhanden oder ist nur sehr schwer und sehr langsam veränderbar. Was man verändern kann, sind die Funktionen und die Nutzungen des Hauses und wie man zukünftig damit umgeht. Da gibt es mehrere Möglichkeiten, die jetzige ist nur eine davon.

DA

Was war für Sie als Architekturbüro beziehungsweise als Arbeitsgemeinschaft die Motivation, an dem Wettbewerb teilzunehmen?

FD

Als Braunauer war es für mich ein Muss, teilzunehmen. Ich wollte den Wettbewerb auch unbedingt gewinnen. Darum haben wir uns ja sklavisch an die Ausschreibung gehalten, obwohl dort einiges drinnen steht, was wir sehr kritisch sehen. Vor dem Hintergrund der Braunauer Geschichte hat es mich überrascht, dass diese Entscheidungen so gefällt wurden und wie dieser Wettbewerb dann abgelaufen ist.

DA

Welchen Punkten der Ausschreibung standen Sie kritisch gegenüber?

FD

Es gibt einen Braunauer Zeitgeschichte-Verein, der sich schon seit Jahrzehnten sehr professionell mit der Aufarbeitung geschichtlicher Fragestellungen beschäftigt. Der Vorsitzende Florian Kotanko war mein Lateinlehrer, er ist als Historiker wirklich ein Experte. Der Verein hat gute Vorschläge für die künftige Nutzung erarbeitet: zum Beispiel das Haus international zu nutzen, es nicht zu verstecken, sondern damit in Zukunft aktiv zu arbeiten, um es im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Es hat mich überrascht, dass die Vorschläge dieses Zeitgeschichte-Vereins vom Bundesinnenministerium beziehungsweise der Bundesimmobiliengesellschaft nicht berücksichtigt wurden. In meiner Diplomarbeit hatte ich ein Haus der Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Hitlerhaus vorgesehen. Wie man mit dem vorderen Gebäude trakt umgeht, habe ich ausgespart, denn die damalige Nutzung durch die Lebenshilfe schien mir adäquat. Das war in den 1990er-Jahren und damals gab es auf stadtpolitischer Ebene eine Auseinandersetzung mit meinen städtebaulichen Ideen. Dass die jetzige Ausschreibung das Umfeld beinahe ignorierte, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

DA

Christoph Leitner, was war als Architekturbüro Ihr Interesse an dem Realisierungswettbewerb teilzunehmen?

CL

Die Motivation kam in dem Fall ganz eindeutig von Franz. Wir kennen uns schon lange. Die Ausschreibung war ein bisschen kryptisch formuliert: da stand nicht Hitlers Geburtshaus, sondern „Umgestaltung Salzburger Vorstadt 15“ – wir haben das in unserem Büro so nicht identifiziert. Dann hat Franz Denk uns angerufen und gefragt, ob wir das gemeinsam machen wollen. Uns interessiert Kontextualität prinzipiell sehr. Da haben wir nicht lange diskutieren müssen, ob wir teilnehmen wollen.

DA

Gab es während der Erstellung des Beitrags neuralgische Punkte, an denen Sie die Teilnahme hinterfragt haben?

CL

Wir haben unsere Teilnahme gut überlegt. Und wir haben darüber auch im Vorhinein diskutiert, es gab ja ein Präqualifikationsverfahren, für das wir uns beworben haben. Als wir dann am Wettbewerb gearbeitet haben, haben wir darüber nicht mehr diskutiert. Worüber wir schon diskutiert haben: wie weit wir uns da und dort über gewisse Aufgabenstellungen hinwegsetzen sollen – und ob das sinnvoll ist. Es gab bei den Wettbewerbsbeiträgen einen Anerkennungspreis, der sich ganz dezidiert über die Aufgabe hinweggesetzt hat und aus dem Gebäude ein Denkmal gemacht hat. Solche Ansätze haben wir auch diskutiert, aber wir wollten im Rahmen des definierten Verfahrens kein Projekt machen, mit dem wir ein Statement abliefern, das in einer Ausstellung hängt und dann ist es das. Es ging uns schon um die Umsetzung des Projektes.

FD

Wir wollten den Wettbewerb gewinnen, und insofern haben wir die Ausschreibung strikt befolgt. Es hat für mich einen neuralgischen Punkt gegeben beim Hearing vor Ort. Auch ich habe dort mein Unverständnis eingebracht über diese Nutzung, Funktion als Polizeidienststelle, und auch über die geforderte Neutralisierung. Es ist heftig diskutiert worden, wie man das begründet. Die Argumentation der Jury konnte nicht von jedem nachvollzogen werden. Im Wettbewerb waren diese Fragen dann aber für uns sozusagen gegessen. Die Auslobung war nicht zu hinterfragen, weil man den Wettbewerb sonst nicht gewinnen kann.

DA

Eine Historikerkommission hatte im Vorfeld des Wettbewerbs Empfehlungen für den „historisch korrekten“ Umgang mit dem Geburtshaus ausgesprochen. Dezidiert waren dies zwei Nutzungsarten: Die sozial-karitative Nutzung, die für gut geeignet angesehen wurde, um die Symbolkraft des Ortes zu brechen, und die administrativ-behördliche Nutzung, die den Enteignungszweck rechtfertigt. 2019 gab es die Entscheidung des damaligen Innenministers Peschorn, dort eine Polizeistation unterzubringen. Sie haben von dieser geplanten Nutzung schon gesprochen, was spricht in Ihren Augen gegen eine Polizeistation im Geburtshaus Hitlers?

FD

Es wurde von der Jury beim Hearing zu Recht argumentiert, dass die Polizei als Symbol, als Machtsymbol oder als staatliche Institution, durchaus eine adäquate Nutzung wäre. Ich frage mich aber: Stellt unsere Exekutive ein geeignetes Symbol für das Geburtshaus eines Diktators dar? Da sehe ich eine gewisse Schwierigkeit. Das kann sich natürlich ändern im Laufe der Zeit. Vielleicht wird bei uns die Polizei einmal nur mehr Freund und Helfer und Dienstleister – und dann ist das durchaus eine mögliche Nutzung. Ich glaube aber nach wie vor, dass es nicht möglich ist, dem Haus durch die Polizeinutzung einen geeigneten Spin zu verpassen. Es geht darum, dass man in das Geburtshaus von Hitler eine adäquate Nutzung hinein bringt, die den Machtfaktor nicht so sehr betont, sondern die sich mit gemeinschaftlichen oder sozialen oder wissenschaftlichen oder musealen oder sonst welchen Aspekten auseinandersetzt. Das ist eine Diskussion, die mir zu wenig geführt wurde.

CL

Die Polizei als Exekutive des Rechtsstaates – in der Theorie ist das als Symbol ein richtiger Zugang, finde ich. Aber in der Praxis gibt es mehrere zusätzliche Layer und Ebenen. Und das Image der Polizei verursacht Assoziationen – das ist auch, was man kritisieren kann. Ich hätte mir die alternative Variante mit der karitativen Funktion auch sehr gut vorstellen können, vor allem weil sie auch in der Vergangenheit dort schon erprobt wurde und, soweit ich weiß, auch ganz gut funktioniert hat.

DA

Im Vorfeld gab es von diversen sozialen Einrichtungen ein Schreiben, dass davor warnt, Menschen mit Beeinträchtigungen zu instrumentalisieren, indem man sie diesen Ort nutzen lässt. Sie, Herr Denk, hatten als Diplom damals ein Museum der Zeitgeschichte im Geburtshaus vorgeschlagen.

FD

Die Diplomarbeit schlug ein Haus der Zeitgeschichte vor, kein Museum, sondern eine aktive und aktuelle Auseinandersetzung mit Geschichte. Und wenn ich mir anschau, was in Europa mit Bauten passiert, die noch aus der Nazizeit vorhanden sind, mit Konzentrationslagern et cetera: es werden in der Regel europaweite Ideenwettbewerbe ausgeschrieben. Das wäre schon eine gute Idee gewesen. Da verpflichtet man sich noch gar nicht, aber es wird „die ganze Welt“ mit einbezogen und nicht nur ein kleiner Teilnehmerkreis. Der Wettbewerb ist ja auch ein bisschen versteckt worden, schon allein mit der Bezeichnung. Man hat versucht, das kleinzumachen. Ich glaube, man hätte durchaus Mut beweisen und sagen können: Wir stellen uns jetzt der internationalen Welt, wir wollen da was tun, helft uns. Und als zweiten Schritt hätte man dann vielleicht einen gesonderten Realisierungswettbewerb ausloben können. Das finde ich eine vertane Chance. Ich glaube, der Wettbewerb hätte einiges bewirken können: vor allem, indem man die Nutzung breiter denkt. Es gibt viele Möglichkeiten, aber aufgrund der vorgeschalteten Kommission reden wir nur von zwei oder dreien. Aber vielleicht gibt es noch andere sinnvolle Nutzungen, über die keiner ernstlich nachgedacht hat.

DA

Hat man sich also durch das gewählte Verfahren anderen Nutzungsvorschlägen und vor allem einer breiteren Diskussion beraubt? Warum wollte man das vermeiden?

FD

Ja, wir sind im kakanisch-gemütlichen Österreich, und im Prinzip ist es eine Fortsetzung dieser Vergangenheitsverleugnung. Man will sich dem Problem nicht wirklich stellen, behauptet, das machen wir alles selber, das können wir alles alleine viel besser. Ich glaube, dass das hinterfragungswürdig und eigentlich ein Skandal ist. Warum wird generell nicht mehr diskutiert? Da gibt es ein paar Zeitungsartikel, aber Verantwortliche, Politik und Verwaltung schweigen beharrlich und drehen damit heikle Themen möglichst schnell ab.

CL

Das war im Nachhinein interessant zu beobachten. Als das Siegerprojekt in Zeitungen publiziert wurde, gab es bei den Postings eine Flut an Beiträgen, allerdings nur sehr kurz. Diese Welle der Aufmerksamkeit war drei, vier Tage lang. Und dann war das Thema medial wieder weg. Das war wahrscheinlich für gewisse Institutionen auch gut so.

Ich stimme zu, dass so ein Ideenwettbewerb als zusätzlicher Baustein zu den Einschätzungen der Historiker sicher eine sehr positive Sache gewesen wäre, weil man einen anderen Blick von Leuten, die sich auf einer anderen Ebene mit dem Thema befassen, hineingeholt hätte. Und dass das Thema auch wirklich international, also noch größer gedacht werden hätte können, dem stimme ich auch zu. Aber die Aufgabenstellung, dass man diesen Ort der Erinnerung und diesen Ort der pilgrimage für

Rechtsradikale, dass man dieses Problem einfach beseitigen möchte, das konnte ich gut nachvollziehen.

FD

Das Wettbewerbsergebnis hat ja auch gezeigt, dass die Bandbreite der Antworten sehr schmal war. Das sagt etwas aus.

CL

Es gab eigentlich nur einen Beitrag, der sich da wirklich inhaltlich ganz anders positioniert hat.

DA

Auch auf der sprachlichen Ebene wird diese passive Vergangenheitsbewältigung sehr deutlich. Schon in den Auslobungsunterlagen wird keine Sprache für den gedenkpolitischen Umgang mit diesem Gebäude gefunden. In weiterer Folge zeichnen sich einige Einreichungen auch durch eine sehr naive bis skandalöse Sprachlichkeit aus. Wie ist es Ihnen beim Erstellen der Texte und des Entwurfes damit gegangen, dass im Auslobungstext der historische und erinnerungskulturelle Kontext sowie auch der sprachliche Umgang damit nahezu gänzlich ausgeklammert wurden?

CL

Zumindest der historische Kontext ganz bestimmt nicht, der war eigentlich unser Hauptansatzpunkt. Es war ja sozusagen eine schicksalhafte Fügung, dass Adolf Hitler dort geboren wurde. Dafür kann das Haus nichts, es stand schon vorher dort und es hat sich dort in dieses Gefüge der Braunauer Vorstadt städtebaulich ganz typisch einfügt. Es ist kein herausragendes Gebäude und kein auffälliges Gebäude, sondern ein herkömmliches Vorstadthaus. Dieses Haus ist auch nach 1938 immer wieder überformt worden – die Nationalsozialisten wollten daraus das Führerhaus stilisieren und haben das mit ihrer damals typischen Sprache mit den Fenstern und trutzburgischer Anmutung und so weiter auch versucht.

Unser Ansatz war, dieses historische Haus wieder herauszukehren. Wir haben diesen metaphorischen Ansatz gewählt, dass wir das Haus so lange schütteln, bis alles, was von der NS-Zeit vorhanden ist, abgefallen ist. Man kann das eher einen konservatorischen Zugang nennen. Es war uns wichtig, auch den Bezug zu dem mittelalterlichen Haus wiederherzustellen: es war ein giebelständiges Doppelhaus, und das hat man alles nicht mehr erkannt.

DA

Das Hauptdokument der Auslobungsunterlagen nennt den Namen Adolf Hitler nicht. Uns ist bei Ihrem Wettbewerbsbeitrag aufgefallen, dass auch Sie es vermeiden, den Namen Hitlers auszuschreiben: Sie verwenden ausschließlich die Initialen.

FD

Also das finde ich jetzt psychologisch interessant, weil uns das gar nicht so bewusst war, dass wir offensichtlich sprachlich den Intentionen dieser Auslobung auf den Leim gegangen sind. Die Auslobung und der ganze Wettbewerb wurden unglaublich samten gestaltet. Das Hauptthema dieses Normalisierungszugangs war, wie man das Haus, ohne es abzureißen, möglichst verschwinden lassen kann, obwohl es dann noch immer dasteht. Dass das ein Ding der Unmöglichkeit ist, war auch im Hearing ein großes Thema. Wenn es verschwunden ist, wird das Haus immer noch in den Köpfen sein. Man kann es nicht wegradieren. Da sehe ich die Absicht, dass mit dem Begriff der Normalisierung – der ganz geschickt gewählt ist – versucht wurde, diesen Aspekt der Zeit, die Geschichte, aus dem Haus zu entfernen. Wir schütteln in unserem Konzept zwar die nationalsozialistischen Elemente des Hauses weg, aber wir haben bewusst geschrieben, dass diese nicht entsorgt, sondern zwischengelagert werden, weil wir in 30 Jahren vielleicht anders damit umgehen. Diese Möglichkeit, diese Offenheit, war uns wichtig.

Ein Widerspruch in der Ausschreibung war, dass das Haus funktionell offen geplant werden sollte. Die Nutzung als Polizeidienststelle erforderte jedoch nicht offene, sondern konkrete, geschlossene Lösungen. Etwa die Verwahrungsräume, die Erdgeschoßzone oder die Eingangssituation mit ihren Schleusen. Der Wettbewerb hat Offenheit suggeriert und gleichzeitig Determiniertheit verlangt.

DA

Sie spielen auf den Vorschlag des Depots im Dachgeschoß an, oder?

CL

Es war uns bewusst, dass beim Abbruch auch Bauschutt entsteht, der dann womöglich über Ebay oder sonstwo in zwielichtigen Kreisen gehandelt wird. Dass die Türschnalle vom Hitlerhaus als Devotionalie gehandelt wird – das wollten wir damit vermeiden.

DA

Wissen Sie, ob dieser Vorschlag eines Depots von der Jury diskutiert wurde? Denn einen solchen Ansatz hat es ansonsten bei keinem anderen Wettbewerbsbeitrag gegeben.

CL

Im Protokoll ist dazu nichts erwähnt. Man muss sich allerdings bewusst sein, dass solche Jurys auch nur in einem relativ beschränkten Zeitraum zusammenkommen. Und ob wirklich alle Unterlagen, alle Ideen, die geschrieben sind, auch tatsächlich ankommen, das ist die andere Frage.

FD

Schon die Ausschreibung war sehr stark auf den Aspekt des Umgangs mit dem Hitlerhaus fokussiert – oder, besser gesagt: reduziert. Der Bezug zur Stadt und die Einbindung der angrenzenden Stadträume waren leider keine zentralen Wettbewerbsthemen. Das ist auch in den drei erstgereihten Projekten deutlich ersichtlich.

DA

In der Auslobung wurde dezidiert die bauliche Rückführung auf eine historische Fassung des Gebäudes in zwei getrennte, giebelständige Gebäude vorgeschlagen. Und es wird auch nahegelegt, dass dies eine gewünschte Lösung ist. Ihr Entwurf sieht den Doppelgiebel auch vor – wenngleich als klar erkennbares zeitgenössisches Element. Haben Sie im Team auch einen anderen Umgang mit dem Bestandsgebäude diskutiert?

CL

Ja. Unser Zugang war dann, im Sinne eines Umgebungsmodells zu schauen, wie sich was einfügt. Und man hat gesehen, dass die Doppelgiebel einfach genau hineinpassten. Das Dach im momentanen Zustand, die Zusammenfassung dieser beiden Dächer, das passt auch von der Proportionierung gar nicht in die städtebauliche Struktur hinein.

FD

Es ist richtig, dass die Ausschreibung eine Doppelgiebellösung nahegelegt hat. Wir haben das intensiv diskutiert. Das alte Dach war auch „ganz hübsch“. Aber als wir erfahren haben, dass dieses Doppelgiebeldach von den Nazis umgebaut wurde, damit das Haus eine prächtigere Erscheinung erhält, und dass der ganze Dachstuhl eine Konstruktion der Nazis war, war für uns klar, dass wir diesen Teil im Sinne unseres Konzeptes des Ausschüttelns wegnehmen mussten. Wir haben das dann, glaube ich, am radikalsten von allen teilnehmenden Büros neu interpretiert. Und das hat uns vermutlich auch einen besseren Preis gekostet. Wir hätten im Dachgeschoß auch liebliche Fenster machen können, wie der erste Preis, der das ein bisschen geschickter gemacht hat. Aber wir haben dort bewusst keine nachgebauten Renaissancefenster eingesetzt und haben die neue Dachzone als aktuellen Umbau deutlich kenntlich gemacht.

DA

Es ist richtig, dass der Dachstuhl unter den Nationalsozialisten saniert wurde – aber dass dieser Umbau mit einer formalen Änderung des Daches einherging, die das Gebäude mächtiger erscheinen lassen sollte, ist uns nicht bekannt. Die Grundstruktur, das traufständige Dach zur Salzburger Vorstadt hin, ist jedenfalls auf historischen Aufnahmen der frühen 1930er Jahre bereits sichtbar.

FD

Ich muss zugeben, dass ich das selber verifizieren muss. Ich war fest davon überzeugt, dass das Dach durch die Nazis umgebaut wurde. Das war für uns jedenfalls ein Hauptgrund zu sagen: der derzeitige Dachstuhl muss weg.

CL

Wir haben viel über das Dach diskutiert, und das war dann der ausschlaggebende Grund. Es ging uns hier nicht um einen Formalismus, sondern um eine stringente Antwort im Sinne unseres Konzepts. Für uns war das unser Wissensstand.

DA

Sie verlängern diesen Doppelgiebel auch in den rückwärtigen Anbau, extrudieren ihn dort.

CL

Das Haus hatte historisch ein Hinterhaus, das durch einen ortstypischen, offenen Arkadengang angebunden war. Über das ursprüngliche Hinterhaus gibt es keine Informationen mehr, wenn ich mich nicht täusche. Im Modell war es für uns naheliegend, die Giebelständigkeit, die Giebelrichtungen und die Proportionen dort in dieser Struktur fortzuführen. In diesem Hinterhof mit der Arkade haben wir eine Chance gesehen, diese als solche neu interpretieren zu können. Die Idee war, dass in der inneren Struktur die Arkade als Innenraumqualität erfahrbar ist.

FD

Wir haben einen Ansatz, den sehr viele Projekte hatten: wir sind sehr kompakt geblieben, indem wir diesen zentralen Arkadengang zum Zentrum des Hauses gemacht haben. Diese Lösung war einfach und pragmatisch. Neben der Dachzone haben wir sehr bewusst die Erdgeschoßzone verändert. Im Gegensatz zum Wettbewerbsgewinner, der versucht hat, ein paradigmatisches Renaissancehaus wiederherzustellen, wollten wir nicht so tun, als ob das Haus seit dem 16. Jahrhundert unverändert geblieben wäre und jetzt saniert wird – sondern wir wollten die von uns neu geplanten Teile ihren Funktionen gemäß gestalten und zuführen. Wir hatten Befürchtungen, dass die in der Auslobung geforderte „Normalisierung“ nicht gut funktionieren wird. Daher haben wir die Erdgeschoßzone offen geplant. Nicht mit Punktfenstern, sondern mit einer für die Polizeidienststelle geeigneten Lamellenstruktur. Das war bewusst ein Bruch mit dem Haus. Diese Lamellen ziehen sich hinten im Hof und im Garten weiter, was auch einen städtebaulichen Bezug zum Platz und zum alten Stadtkino herstellt. Da könnte ich jetzt noch viel reden, weil wir doch sehr viel mehr als das Hitlerhaus selbst bearbeitet und uns auch gründlich mit dem städtischen Umfeld auseinandergesetzt haben. Beim Haus selbst war uns wichtig, dass man es erkennt, es als historisch schönes, schlichtes Vorstadthaus wahrnimmt, das durch zeitgemäße Eingriffe „mit leisen Worten“ seine besondere Bedeutung vermittelt. Die historische Rolle dieses Ortes kann und sollte man nicht verschleiern.

CL

Es war schon ein bewusst eher unromantischer Zugang: Das Haus so weit zu schütteln, dass es ganz nüchtern dasteht und dann diesen Giebel, diesen neu-alten Giebel, neu aufsetzen und auch bewusst in Beton ausführen – sodass der Passant in der Wahrnehmung ein Bewusstsein für die Geschichte des Hauses bekommt.

DA

Ihr Entwurfskonzept folgt einem sehr analytischen Zugang. Könnte man vereinfacht sagen, dass es Ihnen darum ging, das Gebäude zu normalisieren – aber nicht zu neutralisieren? Inwieweit kann Erinnerung durch bauliche Maßnahmen überhaupt neutralisiert werden?

CL

Wir wollten definitiv nichts faken. Wir wollten nicht einen neuen Dachstuhl aufsetzen und dann so tun, als sei er schon immer da gewesen. Es ging uns nicht so sehr darum, das Gebäude als Monument darzustellen, sondern wie man als Architekt ehrlich umgeht mit so einer Situation. Dieselbe Antwort kann man im Erdgeschoß geben: Es kommt dort mit der Polizei eine neue Funktion hinein. Eine Funktion, die nicht hinter komplett geschlossenen Fassaden stattfinden soll – unter allen Entsprechungen von Sichtschutz und Diskretion, die man zu erfüllen hat. Es geht darum, diese Normalisierung auch architektonisch zu manifestieren, in dem Sinne, dass man sich auf die Funktionen bezieht, die dort einziehen.

DA

Sie haben bewusst Brüche und formale Zeichen eingebaut, die sehr gut erkennen lassen, dass das Gebäude doch kein beliebiges in der Salzburger Vorstadt ist, sondern zumindest ein Gebäude mit einer spezifischen Baugeschichte.

FD

Die Frage war: Was ist die Alternative zum Neutralisieren? Ich kann einen Kontrapunkt setzen oder ein Architekturspektakel inszenieren. Und da bin ich mit Oliver Rathkolb und mit den anderen Historikern schon einer Meinung: Ich glaube, dass außergewöhnliche Lösungen nichts bringen würden. Dass man versucht, das Haus in einer Normalität erscheinen zu lassen, finde ich schon einen logischen Schritt, weil es dadurch nicht auffällt. Und ich glaube, es soll ja auch nicht auffallen – Hitler ist zufällig dort geboren. Aber das Herstellen einer „optischen Normalität“ impliziert doch einen radikalen Bruch mit der Geschichte: das Haus wird auf sein Erscheinungsbild vor der Geburt Adolf Hitlers zurückretuschiert? Auf sein Erscheinungsbild aus welcher Zeitspanne? Man tut so, als hätte es Hitler hier nie gegeben und genau das macht das Haus wieder zu etwas Besonderem. Wäre das ein beliebiges Renaissancehaus, hätte unser Lösungsvorschlag sicher nicht so ausgesehen wie unser Wettbewerbsprojekt. Insofern kann man sagen, dass wir die Normalisierung nur teilweise unterstützt haben und die Besonderheiten des Hauses behutsam hervorgehoben haben.

DA

Würden Sie sagen, dass man komplexen historischen Fragestellungen, wie Sie dieses Gebäude in der Salzburger Vorstadt als Geburtshaus von Adolf Hitler und auch als Pilgerstätte der NS-Zeit aufwirft, mit baulichen Lösungen gerecht werden kann?

CL

Man muss, es gibt keine andere Lösung. Es wurde ja auch diskutiert, ob man das Haus schleift und eine Lücke lässt. Auch das ist eine bauliche Intervention. So gesehen ist die Frage als solches ganz undifferenziert mit Ja zu beantworten. Es ist eine gebaute Realität, und insofern kann meiner Meinung nach der Umgang damit nur auf derselben Ebene stattfinden.

FD

Alles Gebaute und auch die Freiräume dazwischen sind physisch. Insofern kann die Problematik des Hitlerhauses gar nicht anders als mit konkreten Gestaltungen gelöst werden. Wie etwas aussieht, ist zwar nicht zweitrangig, aber vor allem die Inhalte, also Funktion und Nutzung, bilden die Grundlagen, um bauliche Lösungen entwickeln zu können. Unser Lösungsvorschlag folgt den inhaltlichen Vorgaben für eine

Polizeidienststelle in einem Vorstadthaus. Die unterscheidet sich natürlich wesentlich von einem Zeitgeschichte-Institut, einer Sozialeinrichtung oder einem Museum. Es ist logisch, dass sich die bauliche Umsetzung aus den inhaltlichen Vorgaben ergibt. Beim Hitlerhaus ist der Inhalt von der Wertigkeit her genauso wichtig wie die Gebäudegestalt.

CL

Das Problem von Häusern, in denen Diktatoren geboren wurden, ist, dass sie nichts Böses darstellen, sie stellen kein Verbrechen, keinen Mord dar. Es gibt nichts, was dort passiert ist, außer der Geburt eines Babys. Es gibt mehrere dieser „Geburtshäuser“, und die werden immer sehr gerne unter dem Deckmantel der Harmlosigkeit vereinnahmt. Das war auch ein Teil dieser Geschichte, und ich glaube dieser Normalisierungswunsch setzt gerade darauf auf, dass hier kein Verbrechen stattgefunden hat, sondern etwas Harmloses.

FD

Genau da sehe ich einen Widerspruch in der Ausschreibung. Mit Blick auf Mussolinis und Stalins Geburtshäuser fällt auf, dass diese Gebäude nach der Geburtsphase immer in diese eine bauliche Richtung gedrängt wurden: sehr kleine Arbeiterhäuser, die zeigen, aus welchen einfachen Milieus die Diktatoren kommen. Um dann in weiterer Folge zu betonen, wie groß sie im Gegensatz dazu geworden sind. Die gewünschte „Normalisierung“ des Hauses in Braunau evoziert wieder eine solche Geschichte. Insofern ist das ein nicht einfach lösbarer Knoten, denn auf der einen Seite ist der Wunsch nach Normalisierung nachvollziehbar, aber man unterstützt damit genau das Narrativ, dass Hitler aus einer kleinen Beamtenfamilie stammt und sich vom Halbweisen zum deutschen Kanzler und Diktator „hochgearbeitet“ hat – das erzählt das Haus jetzt auch ein bisschen.

DA

Für das Haus, in dem Adolf Hitler geboren wurde, hat die Auslobung mit ihrer Empfehlung, „eine tiefgreifende architektonische Umgestaltung vorzunehmen, die dem Gebäude den Wiedererkennungswert und damit seine Symbolkraft entzieht“, eine klare Richtung vorgegeben.

CL

Ich glaube, dass es generell extrem wichtig ist, dass in der Vorbereitung zu so einem Wettbewerbsverfahren die eigentlichen Weichen gestellt werden. Wenn eine Ausschreibung erst draußen ist, wenn die Teilnehmer in einem Präqualifikationsverfahren ausgesucht sind, gibt es viele andere Hürden: rechtliche Themen wie das Bundesvergabegesetz und so weiter. Da ist es oft auch vergaberechtlich gar nicht mehr möglich, etwas zu ändern.

FD

Je besser eine Ausschreibung, desto besser ist ihr Ergebnis. Geschickte Ausschreibungen können gewünschte Ergebnisse hervorbringen. Und das ist bei diesem Wettbewerb auch so passiert. Das beginnt bei der Wahl des Verfahrens oder der Teilnehmer und endet bei den inhaltlichen Fragestellungen.

Ich als Braunauer habe das Hitlerhaus auch nur von außen gekannt. Man hat früher schon hineingehen können, aber erst im Zuge des Wettbewerbs habe ich das Haus umfassend kennengelernt. Und ich finde es schade, dass es künftig nicht einer breiteren Öffentlichkeit offensteht. Ich will jetzt nicht einer Nutzung als Hitler-Tourismus das Wort reden, sondern betonen, dass man sich weiter mit dem Haus befassen sollte. Für mich ist das Wettbewerbsergebnis eine vergebene Chance.

DA

Einen Wettbewerb als Mittel zu sehen, um sich als Architekt:in eingehend mit diesem Ort zu beschäftigen und in dieser Rolle Antworten zu diesen komplexen Fragestellungen zu entwickeln, finden wir einen wichtigen Punkt.

Und als Auslober den Mut zu haben zu sagen: Wir stehen hier vor einer beispiellosen Herausforderung und bitten um Ideen, Ansätze, Unterstützung. Und aus dieser Haltung heraus bewusst eine breitere Öffentlichkeit einzuladen, sich damit zu befassen – diesen Aspekt einer anderen Aufarbeitungs- und Vermittlungsstrategie hätte das gesamte Projekt auch beinhalten können. Solche Möglichkeiten wurden nicht genutzt, indem man das gesamte Verfahren intransparent und mit sehr wenig Öffentlichkeit durchgezogen hat.

CL

Das ist sicher so.

FD

Berücksichtigt man die historische Einzigartigkeit der Wettbewerbsaufgabe, waren ja recht wenig bekannte Architekturbüros dabei. Allein das hat eine gewisse Aussage.

CL

Hier spiegelt sich vielleicht auch der schwierige Zugang wider, von dem ich ganz am Anfang gesprochen habe: Bei uns ist der Wettbewerb am Anfang gar nicht wahrgenommen worden, weil er nicht als der identifizierbar war, der er war.

FD

Die inhaltliche Wettbewerbsaufgabe war extrem komplex. Und auch im Hearing hat sich gezeigt, dass man teilweise aneinander vorbeigeredet hat – besonders, was die Begrifflichkeiten angeht. Es war im gesamten Wettbewerbsverfahren nicht wirklich klar: Was genau wollen die Auslober? Obwohl ich persönlich eine in vielen Jahren erarbeitete Meinung zur künftigen Nutzung des Hauses hatte, haben wir im Wettbewerb selbst auch erst herausfinden müssen: Was wollen wir für diesen Ort letztendlich? Da waren so viele Themen in diesem Wettbewerb und die funktionale Beschränkung auf ein Polizeihaus war für uns absolut unbefriedigend. Für mich war es bisher die komplexeste Aufgabe meines Lebens.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Wilfried Kassarnig

Das Gespräch mit Architekten Kassarnig, Teilnehmer am Wettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler (3. Platz), wurde am 6. Dezember 2021 von Anna Paul und Sophia Walk geführt.

Arch. DI Wilfried Kassarnig führt seit 1993 das Büro Architekten Kassarnig ZT GmbH mit Sitz in Graz, zeitweise als Bürogemeinschaft mit Arch. DI Fridrun Hussa. Das Tätigkeitsfeld des Architekturbüros erstreckt sich von Hochbauprojekten über Stadtplanung bis zu denkmalpflegerischen Sanierungen.

Diskurs Architektur

Wie wird einem dieser Ort und das Geburtshaus von Adolf Hitler bewusst?

Wilfried Kassarnig

Ich habe Braunau vor der ersten Besichtigung der Wettbewerbsauslobung nicht gekannt. Mein Eindruck war, dass es ein äußerst sympathischer Ort ist. Aber das Haus hat natürlich eine Symbolträchtigkeit, die auch durch einen davor aufgestellten Stein markiert ist, der auf diesen Ort hinweist. Sonst ist das Haus ja relativ unauffällig. Es ist ein besonderes Haus. Ich hatte vor einigen Jahren Besuch aus Amerika, die wollten keinen Stephansdom, keine Gloriette sehen, sondern das Hitler-Haus. Das ist sichtlich weltweit eingeprägt im Denken der Menschen.

DA

Wie soll die Bedeutung dieses Ortes, die Sie ja gerade schon über die österreichischen Grenzen hinaus abgesteckt haben, Ihrer Ansicht nach in der Zukunft gestaltet werden?

WK

Eine Vorgabe des Auslobers war das Neutralisieren des Ortes: Es sollte kein Kultort werden und kein Versammlungsort, um diesem alten Gedankengut hier noch Feuer zu geben. Wir haben versucht, es möglichst gewöhnlich anzupacken, zur Hauptstraße hin wieder ein historisches Fassadenbild zu erzeugen, das sich den Nachbarhäusern gegenüber verhält. Außerdem haben wir das ganze Objekt in zwei Objekte geteilt, mit unterschiedlicher Farbgebung, und durch leichte Unterschiede in den Gliederungen das Gebäude nach hinten hin zerteilt. Eigentlich haben wir es ergänzt mit Bauformen, die in der Struktur der Stadt, des Ortes, auch gewöhnlich und üblich sind.

DA

Was war für Sie als Architekturbüro die Motivation, an dem Wettbewerb teilzunehmen?

WK

Der Reiz war auch im Persönlichen gegeben. Meine Eltern sind ja doch aus dieser Generation, die die volle Wucht der Auswirkung dieser Person zu tragen bekommen haben. Mein Vater war an der Front bis hin nach Stalingrad, wo er angeschossen wurde und als einer der Letzten herausgekommen ist. Das sind sehr tiefgreifende Erinnerungen aus Erzählungen, die einem da aufstoßen und aus dem heraus die Neugier kam, hier in der Tiefe mehr zu erfahren und hineinzusehen. Wie es dazu kam, war mit ein Grund, weil sonst ist es ja kontraproduktiv für den Architekten, zu neutralisiert zu bauen und ja nicht aufzufallen und unterzugehen in der Umgebung.

DA

Wie haben Sie von diesem Wettbewerb erfahren?

WK

Ich glaube, über die Kammernachricht, über eine Auslobung, die sich nicht namentlich auf das Haus bezogen hat, sondern auf den Ort Salzburger Vorstadt in Braunau. Die Vermutung lag aber sehr nahe, worum es geht.

DA

Es war Ihnen also gleich klar, worum es sich beim Gebäude mit der Bezeichnung „Salzburger Vorstadt 15“ handelt?

WK

Eigentlich schon. Schon aus dieser Neugier heraus habe ich dann tiefer gebohrt und mir die Unterlagen zukommen lassen und festgestellt, dass meine Vermutung zutraf.

DA

Haben Sie mit Ihrem Büro schon an ähnlichen Themen gearbeitet, beziehungsweise an vergleichbaren Wettbewerben teilgenommen?

WK

Normalerweise ist es eher umgekehrt, dass man eine Qualität schafft, die auf die Umgebung ausstrahlt und die Leute anspricht. Hier war die Zielrichtung ja doch klar anders vorgegeben: unspektakulär, kein Ort für Versammlung. So haben wir auch in unserem Projekt eher den Platz zerstört und eine Mauer um den Parkplatz herum gezogen – eigentlich Eingriffe, die man für gewöhnlich bei anderen Wettbewerben nicht unbedingt weiter verfolgt, in dieser Ausprägung.

DA

Wie war es für Sie und das Wettbewerbsteam an dem Beitrag zu arbeiten? Gab es neuralgische Punkte, an denen die Teilnahme hinterfragt wurde?

WK

Die Teilnahme grundsätzlich wurde nicht hinterfragt. Wir haben uns für die Aufgabe entschieden und haben sie dann bürointern aufgeteilt und abgewickelt. Inhaltlich ist es nicht zur Diskussion gekommen, ob man doch alles wieder weglegt und nicht teilnimmt, sondern mit der Entscheidung, die Unterlagen abzuholen und teilzunehmen, ist es dann auch durchgezogen worden.

DA

Wie war Ihr Team zusammengestellt? Haben Sie für diesen Wettbewerb Expertise aus einem anderen Feld, zum Beispiel aus der Zeitgeschichte, eingeholt?

WK

Wir sind kein großes Büro, wir sind fünf sechs Köpfe, und einer ist schwerpunktmäßig immer auf der Wettbewerbsschiene tätig. Er hat das auch auf den Tisch bekommen und hat sich in das Thema hineinfallen lassen und angefangen, es aufzubereiten. Wir sind dann eigentlich nur Gesprächspartner und Diskussionspartner, die nicht regelmäßig an der Sache arbeiten. Das war die Herangehensweise. Stefan Kropsch, der gerade neben mir sitzt, hat am Schluss auch mit hineintauchen müssen, denn als die Zeit immer knapper geworden ist, hat er mitgearbeitet, um es zu einem Ende zu führen.

DA

Was die Nutzung des Gebäudes angeht, hatte die Historikerkommission Empfehlungen für den sogenannten „historisch korrekten Umgang“ ausgesprochen. Deziert hat sie zwei Nutzungsarten empfohlen: einerseits eine sozial-karitative Nutzung, die geeignet sei, um die Symbolkraft des Ortes zu brechen und andererseits die administrativ-behördliche Nutzung, die sie als gut geeignet beschreibt, um den Enteignungszweck zu rechtfertigen. Diese Kommission war die Vorstufe zur Auslobung. Wie stehen Sie zur behördlich-administrativen Nutzung des Gebäudes als Polizeistation?

WK

Ich finde es nicht ungeschickt, sich für diese Variante entschieden zu haben, weil man Besucher oder Leute, die Nähe zum Haus suchen, damit abhalten kann. Der Inhalt des Gebäudes lässt es nicht zu, dass man einen Besucherstrom durchs Haus führt, sondern sich eher abwehrend in der Gestik zeigt. Zwar ist die Fragestellung auch aufgetaucht, ob der Ort wirklich sehr günstig ist für eine Polizeistation, die dort nur durch kleine Gassen und Umwege erreicht werden kann. Aber ich sehe die soziale Nutzung dort eher kritisch, man hätte dadurch wahrscheinlich auch Sympathisanten und Besucher in das Haus angezogen.

DA

Haben Sie den Realisierungswettbewerb als das richtige Format empfunden? Oder hätten Sie auch an einem Ideenwettbewerb teilgenommen, der die Nutzungsfrage noch einmal ganz grundsätzlich diskutiert hätte?

WK

Ich will mir gar nicht anmaßen, mehr Wissen zu dem Thema zu haben als die Leute, die sich schon jahrelang damit beschäftigt und auseinandergesetzt haben. Es hat ja schon einige Sitzungen und Kommissionsdiskussionsrunden gegeben. Ich glaube, in der Zeit, die uns vorgegeben war, war das schon der richtige Weg, es von einer Entscheidung aus, die schon getroffen ist, weiterzuführen.

DA

Die Auslobungsunterlagen haben keine Sprache für den gedenkpolitischen Umgang mit dem Gebäude gefunden. Wie ist es Ihnen beim Erarbeiten des Entwurfs und der Texte damit gegangen, dass hier der historische Kontext gänzlich ausgeklammert wurde? Es ist ja nicht einmal der Name Adolf Hitler verwendet worden.

WK

Ich habe dieses Objekt auch in der Verantwortung der Stadt gegenüber gesehen. Also nicht nur diesen historischen Makel, der auf dem Haus lastet. Braunau ist einfach eine attraktive Stadt und eine schön gewachsene Struktur. Ich glaube, dass man diese Verantwortung übernehmen muss und nicht ein geschlossenes historisches Bild zerreißt, sondern es wieder zurückführt auf eine Stufe der Vorgeschichte, weg von der Zeit 1938/40, der Zeit einer anderen Ausrichtung, die man nicht mehr in der Form haben will und zeigen will.

DA

Sie folgen mit Ihrem Beitrag auch sprachlich dem Auslobungstext, indem Sie beispielsweise davon schreiben, dass der Bestand „inhaltlich neutralisiert“ werden soll und die vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen „das geschichtliche Ereignis des Geburtshauses“ „verwischen“.

WK

Eine andere Entscheidung wäre gewesen, ganz anders zu denken als den Weg, den der Auslober schon vorbereitet hat. Ich habe es richtig gefunden, den Weg, den er vorgezeichnet hat, weiter zu gehen. Wir haben uns dort angehängt und in der gleichen Bresche weitergearbeitet. Wenn wir ganz anders gedacht hätten, wäre es auch eine Möglichkeit gewesen, dass man abgebrochen hätte, ja.

DA

Sie meinen einen Abbruch der Arbeit an dem Wettbewerbsbeitrag?

WK

Den Abbruch unserer Bearbeitung. Wenn wir etwa meinen würden, es sei nicht der richtige Weg in der Vorgeschichte vorgezeichnet und wir könnten diesen Weg nicht mehr weitergehen. Ich glaube hingegen, es war stufenweise schon so entwickelt, dass das für uns eine Möglichkeit war, weiterzumachen. Daher sind die Worte in unserer Projektbeschreibung sicher auch herausgegriffen aus den Worten, die das Innenministerium oder die Mitarbeiter aus dieser Richtung schon so in den Mund gelegt haben.

DA

Denken Sie, dass mit dem Geburtshaus von Adolf Hitler anders umzugehen ist als mit historisch nicht belastetem Bestand?

WK

Ja, eigenartigerweise ist es das Geburtshaus, das so eine Bedeutung hat und nicht irgendein anderes Bauwerk in München oder in Berlin, das vielleicht auf dem Weg Hitlers auch eine Bedeutung gehabt hat.

DA

Dort ist er geboren, das kann man nicht ignorieren. Der Geburtstag Adolf Hitlers wurde im gesamten Dritten Reich gefeiert und Hitler ist nicht nur dort geboren, sondern es fanden dort zu seinem Geburtstag jedes Jahr Feierlichkeiten statt. Darüber hinaus wurde das Gebäude von den Nationalsozialisten umgebaut und als „Geburtsstätte des Führers“ inszeniert. Noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich hier bestimmte Personen unter anderem an seinem Geburtstag weiterhin versammelt. Dadurch hat sich die Bedeutung des Geburtshauses weiter eingeschrieben in unsere Geschichte – und die Frage nach dem Umgang ist in gewisser Hinsicht losgelöst von dem reinen Ereignis der Geburt. Sollte man also mit diesem Ort architektonisch anders umgehen als mit anderen, nicht belasteten Gebäuden?

WK

Ja, man muss, glaube ich, den Faktor Zeit dort hineinweben. Alles, was zwei, drei Generationen zurück liegt, hat nicht mehr dieselbe Bedeutung, als wenn es noch über Eltern oder nahe Verwandte einen starken Bezug zu dieser bestimmten Zeit gibt. Und eine gewisse Zeitverzögerung ist, dass man dem Haus wieder ein historisches Kleid verleiht, das es so schon gehabt hat, also insofern auch eine Rechtfertigung findet. Aber das Wesentliche ist sicher der Faktor Zeit. Es ist noch immer frisch, das Thema ist noch nicht fertig gegessen. Es braucht wahrscheinlich noch ein, zwei Generationen, bis es ordentlich abgegessen ist und nicht mehr diese Bedeutung hat. Und da muss man jetzt schauen, dass man diesen Ort nicht zum Kultort werden lässt, sondern möglichst flach hält im Inhalt.

DA

Sie meinen, dass die Bedeutung oder das, was an diesem Ort geschehen ist – nämlich dass Adolf Hitler dort geboren wurde – immer mehr aus der Wahrnehmung verschwindet?

WK

Genau das glaube ich, ja. Dass er in fünfzig Jahren, in hundert Jahren nicht mehr so eine tiefe Wirkung erzeugen wird.

DA

Können Sie uns Ihren architektonischen Ansatz zum Umbau und zur Umgestaltung des Geburtshauses erläutern und uns in Ihren Entwurf einführen?

WK

Die Aufgabe hatte ja mehrere Facetten. Das eine war das Neutralisieren. Das war eine Grundhaltung der Herangehensweise. Aber es gibt einen wunderschönen Arkadengang, den wir integriert haben. Wir haben einen überdachten Innenhof erzeugt. Der Arkadengang war ein Teil des ganzen Entwurfs und der zentrale Verteilerort auch für das Gebäude. Das historische Fassadenbild zur Straße hin hatte ich ja bereits angesprochen. Bei den Fassaden zum Seitengässchen und zum Platz hin war für mich das Thema Licht/Schatten ausschlaggebend. Wir haben senkrechte Lichtschlitze als Belichtung für das Rauminnere vorgegeben und haben so versucht, dieses Alltagskleid des Hauses doch wieder zu durchbrechen gegenüber dem übrigen Stadtbild. Wir wollten uns zwar in der Bauform, in der Masse und in den Brachflächen einordnen, doch dann individuell mit einem Fassadenbild versehen.

DA

Sehen Sie dieses Verwischen und das Wegnehmen des Erinnerungswerts, das Sie in Ihrem Wettbewerbstext beschreiben, als Schritt hin zu einer Normalisierung des Gebäudes beziehungsweise seiner Eingliederung in die historische Umgebung?

WK

Ja, damit das Objekt keine zu große Selbständigkeit erzeugt oder sich in den Mittelpunkt rückt, sondern sich in eine Ortsstruktur einfügt.

DA

Bezüglich der von Ihnen vorgeschlagenen Dachform: Was war der Entwurfsgedanke hinter den Doppelgiebeln mit dem Grabendach? Warum haben Sie die Dachform verändert?

WK

Der Gedanke war, wieder eine Typologie des Ortes zu erzeugen, die Ähnlichkeiten hat. Es ist eine sehr schlanke Bauparzelle, die sich nach hinten ausdehnt und diese Dachform ist auch mit einer gewissen Asymmetrie versehen. Wir haben so dieses historische Entstehen des Unperfekten mit hineingenommen. Auch, dass es sich nicht in einer überstrengen Form präzise darstellt, sondern, so wie die Parzelle auch, nicht ganz parallel in ihren Randbegrenzungen ist. So ist das Objekt dann auch in der Dachzone dann asymmetrisch konstruiert.

DA

Konsequenz dieser Rückführung zum Doppelgiebel, den es dort vor der Zusammenführung des Hauses gab, ist die Rekonstruktion einer vermeintlich unbelasteten Vergangenheit. Ist diese formale und inhaltliche Entscheidung auch auf den Wunsch der Auslobung zurückzuführen? Oder ist sie ganz frei davon entstanden?

WK

Mag sein, dass man das im Unterbewusstsein im Ohr hatte. Aber bei der Betrachtung der Dachlandschaft von Braunau ist diese Dachform eine Typologie, ein Muster, ein Raster, das sich quer durchzieht und sich in dieser Breite und Schmalheit oftmals darstellt. Deswegen haben wir das aufgenommen in unsere Überlegungen, als ein Muster, das für uns in das Stadtbild hineinpasst.

DA

Zugespißt gesagt könnte man sagen, dass so baulich suggeriert wird, dass alles was nach 1850 oder nach dem Biedermeier passiert ist – inklusive dem Nationalsozialismus – nie stattgefunden hat.

WK

Je abstrakter man das Haus in die Zeit gedacht hätte, desto mehr hätte es sich zu einer Wichtigkeit dargestellt. Und es ist ein gewisses Mäntelchen der Historie, das sich in der Dachform darüber stülpt und dadurch auch das ganze Thema dämpft.

DA

Kann Erinnerung also beseitigt werden?

WK

Es hat ja auch den Gedanken gegeben, das Objekt komplett abzureißen und etwas Neues dort hinzustellen. Aber ich glaube, der Ort hätte trotzdem nicht ganz die Kraft verloren. Er wäre trotzdem noch mit Strahlkraft der Vergangenheit versehen gewesen, auch wenn kein historischer Ziegelstein mehr dort gewesen wäre und alles neu aufgebaut worden wäre. Ich glaube, der Inhalt wäre trotzdem noch dort.

DA

Das heißt, Neutralisieren oder „Verwischen“ kann nie ganz gelingen?

WK

Das glaube ich, ja. Es ist einfach der Geist, der Spirit des Ortes, der daran gedenkt oder nicht. Der, der es sucht, die Koordinaten hat und den Ort ausfindig macht, findet ihn. Es gibt ihn einfach, diesen Ort, von diesem Inhalt her, auch wenn er jetzt anders aussieht. Jeder der Teilnehmer hat es probiert, es anders darzustellen und zu lösen. Aber der Inhalt bleibt und am meisten, glaube ich, wird er durch die Zeit geschwächt werden und verblasst.

DA

Wie haben Sie den Anerkennungspreis von KABE-Springer Architekten wahrgenommen, die die Polizeistation in einem separaten Neubau unterbringen und im Bestandsgebäude ein Mahnmal inszenieren – mit Bäumen, die herauswachsen?

WK

Ich möchte niemanden kritisieren, aber ich finde diesen Weg nicht richtig, weil er sich so spektakulär macht. Auf seine Art und Weise versucht er, zu verändern, aber er wird sofort zum Anziehungspunkt für das Auge, weil er sich so sehr abhebt von seiner Umgebung. Und diesbezüglich war mein Gedanke, eher hinein in die Umgebung zu komponieren und nicht etwas gegen die Umgebung zu erzeugen, was dann genau den Ort so hervorhebt.

DA

Sie meinen, dass man an diesem Ort eher zu einer Art von Gewöhnlichkeit kommen müsste?

WK

Genau. Als Architekt ist man anderes gewohnt, aber da muss man loslassen, finde ich. Das ist richtig für den Ort und die Umgebung gibt schon sehr viel vor. Wenn ich mich dort unterordne, bin ich in diesem Thema in dieser Form am ruhigsten und neutralsten angesiedelt.

DA

Rückwirkend betrachtet: Kann man den komplexen historischen Fragestellungen, die dieser Ort mit sich bringt, mit baulichen Lösungen gerecht werden?

WK

Gerecht werden weiß ich nicht, aber man kann darauf reagieren. Und jeder, der daran gearbeitet hat, hat es auf seine Art und Weise probiert. Die Jury hat versucht, den Besten herauszufinden, der die meisten der geforderten Punkte erfüllt. Für unser Projekt sehe ich gegenüber dem Siegerprojekt, dass wir den hinteren Platz nicht richtig im Stadtkontext bearbeitet haben, da wäre noch mehr möglich gewesen. Wir haben eigentlich von vorne, von der Hauptfassade nach hinten gearbeitet und irgendwo in der Mitte aufgehört. So kommt unser Projekt mir jetzt im Nachhinein vor. Man hätte auch die zweite Hälfte nach hinten hin noch intensiver durcharbeiten müssen.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Arnold Brückner

Das Gespräch mit Arnold Brückner, KABE Architekten, Teilnehmer am Wettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler in Kooperation mit Springer Architekten Berlin (Sonderpreis im Rahmen einer Anerkennung), wurde am 19. November 2021 von Anna Paul und Daniela Mehlich geführt.

KABE Architekten wurde 2013 durch Birgit Kaucky und Arnold Brückner in Wien gegründet, Arbeitsschwerpunkte des Büros sind städtischer Wohnbau und das Bauen im Bestand.

Diskurs Architektur

Sie haben in Kooperation mit Springer Architekten Berlin an dem Wettbewerb in Braunau teilgenommen. Wie wird einem dieser Ort, das Geburtshaus von Adolf Hitler, bewusst?

Arnold Brückner

Die Vorgeschichte des Hauses mit der ehemaligen Eigentümerin Gerlinde Pommer und den gescheiterten Sanierungsversuchen gab den Anlass zur Enteignung 2016/17. Der damalige Innenminister Wolfgang Sobotka war für den Abriss. Die Historikerkommission empfahl jedoch den Erhalt. Ihr Bericht war die Grundlage für diesen Wettbewerb. Die Vorbereitung des Wettbewerbs verfolgten wir aufmerksam, um an dem Bewerbungsverfahren teilzunehmen. Das Verfahren war wie viele andere ein EU-offenes. Aber die Ausschreibung war aufgrund des Titels „Umgestaltung des Hauses Salzburger Vorstadt 15“ nicht leicht zu finden. Da musste man schon genau beobachten.

DA

Was bedeutet dieser Ort konkret für Sie?

AB

Dieser Ort ist fraglos für die österreichische wie die deutsche Geschichte bedeutsam. Er ist ein Teil unserer Geschichte, an die aktiv erinnert werden muss. Interessant ist auch die Frage nach dem authentischen Ort. Ist ein Geburtsort ein besonderer Ort und wie authentisch ist der heute überlieferte Ort? Meiner Ansicht nach ist das tatsächliche Ereignis der Geburt gar nicht relevant. Da liegt vielleicht auch ein Missverständnis in der Wahrnehmung dieses Wettbewerbs vor. Relevant ist, dass es dort eine vermeintlich authentische Inszenierung eines Geburtshauses gab. Das war die Inszenierung eines Ursprungs. Die Wettbewerbsaufgabe ist somit eine Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung des Ortes durch den Nationalsozialismus. Für uns stellte sich die Frage: Kann man anknüpfen oder muss man sich abgrenzen? Dass da 1889 tatsächlich ein Säugling geboren wurde, ist nicht relevant. Wenn man sich in die zahlreichen heutigen Zeitungsartikel einliest, stößt man auf viele richtige Meinungen, die sagen, das Kind ist ja erstmal unschuldig. Im Internet lassen sich aber auch Bilder finden, auf denen man sieht, wie dieses Haus ab 1938 benutzt wurde: Beflagungen, Feiern und Aufmärsche, bis hin zur musealen Inszenierung. Es findet sich aber auch Propagandamaterial: Postkarten, Briefmarken, Sonderstempel, die sich auf diesen Ort als einen Ursprungsort beziehen. In dieser Absicht wurde er inszeniert und wahrgenommen und damit ist er bis heute kontaminiert.

DA

Dieser Inszenierung des Geburtsortes durch die Nationalsozialisten wird in der Auslobung sehr wenig Raum gegeben. Dort wird auf den physischen Geburtsort deutlich mehr fokussiert als auf die Aneignung des Geburtshauses oder auf den Tourismus, der dort auch schon vor 1938 stattfand.

AB

Ja, das wird ausgeblendet. Man muss das rekapitulieren: Was ist an dem Gebäude authentisch? Wie weit kann ein Gebäude, dessen Baugeschichte bis ins Mittelalter zurückreicht und mehrfach umgebaut wurde, überhaupt authentisch sein? Im Jahr 1938 war der authentische Geburtsort nicht mehr vorhanden. Es ist zudem überhaupt nicht bekannt, wo sich die Familie Hitler einst eingemietet hatte. Dazu kommt: Das Anwesen war bis in die 1940er Jahre wesentlich größer. Es gab Hintergebäude und es wurde insgesamt als Gasthaus mit Fremdenzimmern, aber auch als Brauerei genutzt. Wenn man sich Fotos aus den 1920er Jahren anschaut, erkennt man eine neogotisierende Fassade des Wirtshauses, die nach 1889 angebracht wurde, aber heute nicht mehr vorhanden ist. Denn von 1938 bis 1943 gab es aufwändige Umbaumaßnahmen für eine museale Nutzung, während der auch die nicht repräsentativen Bauteile auf der Rückseite abgebrochen wurden.

DA

Das Thema der Kultstätte war in Ihrem Entwurf sehr präsent, das wird vor allem im Vergleich mit anderen Entwürfen deutlich. Was war die Motivation für Sie als Architekturbüro, an dem Wettbewerb teilzunehmen und wie kam es zu der Zusammenarbeit mit Jörg Springer?

AB

Wir sind als Nachgeborene nicht persönlich betroffen, aber wir leben im Kulturkreis Deutschland, Österreich, Mitteleuropa. Daher sollte man zu dem Thema einen Standpunkt entwickeln und einen Diskussionsbeitrag liefern. In der Diskussion im Vorfeld wurde deutlich, in welche Richtung das gehen kann oder sollte. Wir waren der Meinung, dass wir dort etwas anderes zu sagen haben und wollten uns daher an der Diskussion beteiligen.

Ich habe vor 15 Jahren bei Jörg Springer in Berlin gearbeitet und schätze seine präzise Haltung beim Bauen in historischen Kontexten. Daher haben wir für diesen Wettbewerb die Zusammenarbeit mit ihm gesucht. Der Wettbewerbsbeitrag ist eine Gemeinschaftsarbeit.

DA

Die Auslobung ist maßgeblich beeinflusst von den Empfehlungen der Historikerkommission, die eigens eingesetzt wurde, um diesen Wettbewerb vorzubereiten. Die Kommission spricht zwei Empfehlungen für den so bezeichneten „historisch korrekten Umgang“ mit diesem Gebäude aus: Die sozial-karitative Nutzung, die geeignet wäre, um mit der Symbolkraft dieses Ortes zu brechen und die behördlich-administrative Nutzung, die den Zweck des Enteignungsverfahrens rechtfertigt und erfüllt. Wie stehen Sie zu den Nutzungsvorschlägen der Kommission?

AB

Nach dem Krieg gab es zunächst eine kulturelle Nutzung als Bibliothek und seit den 1970er Jahren eine karitative als Tagesheim und Werkstätte für Menschen mit Behinderung. Über die damaligen Motive ist uns nichts bekannt. War dies bereits ein Versuch von Dekontaminierung? Kann dies, für den Fall, dass es eine Strategie war, heute noch tauglich sein? Um es überdeutlich zu sagen: Man nimmt Vertreter*innen einer damaligen Opfergruppe – vorgeschlagen wurden übrigens wieder Menschen mit Behinderungen – setzt sie da rein und alles ist wieder gut? Das ist viel verlangt! Wer kann das aushalten?

DA

Im Vorfeld des Wettbewerbs gab es karitative Organisationen, die sich gegen eine solche Instrumentalisierung ausgesprochen haben.

AB

Eine karitative Nutzung sollte man ganz klar ausschließen, auch wenn das vielleicht in der Vergangenheit funktionierte. Die administrative Nutzung ist hingegen nachvollziehbar. Eine Polizeistation dort als Besetzung im Sinne einer Verdrängung oder Einnahme dieses Ortes zu verstehen, ist zunächst einmal gut gedacht. Auf dass man einer missbräuchlichen Aneignung zuvorkommt, diese verhindert und unterbindet. Aber der Haken ist die geschichtliche Kontinuität, die zwischen heutiger Polizei und NS-Staat hergestellt werden kann. Zudem wissen wir auch nicht, ob sich die Polizei in all ihren Teilen immer adäquat verhalten wird. Es besteht die Gefahr, dass Assoziationen hergestellt werden, an die man lieber nicht denken möchte. Auch wenn wir heute eine rechtsstaatliche Polizei haben – und ich spreche ganz bewusst nicht gegen unsere Polizei. Es bleibt eine sehr hohe Verantwortung. Da liegt auch ein Anspruch an das Gelingen. Das aber kann niemand für die Zukunft in allen Teilen und zu jeder Zeit garantieren.

DA

Dieses Ringen um eine Nutzung des Gebäudes ist der Kern vieler Fragestellungen: Man stand vor der Herausforderung, eine wie auch immer geartete Nutzung vorgeben zu müssen, um dieses Gebäude zu füllen. Inwieweit war daher der Realisierungswettbewerb das richtige Format für den Umgang mit diesem Gebäude? Beziehungsweise wäre nicht ein Ideenwettbewerb das bessere Verfahrensmodell gewesen?

AB

Dann ist doch die Frage: Was kann der Architekt eigentlich leisten? Inwieweit kann sich die Architektenschaft an einer solchen Diskussion beteiligen? Dafür gab es die Historikerkommission, die diese Frage eigentlich beantworten sollte. Wenn ihr dieses Gespräch mit Oliver Rathkolb [Mitglied der den Wettbewerb vorbereitenden Historikerkommission] schon geführt habt, wäre für uns interessant zu wissen: Wie kommt man als Historiker zu der Annahme, dass man ein Gebäude soweit normalisieren kann, dass es nicht mehr auffindbar ist? Denn Hermann Feiner [Sektionschef des Bundesministeriums des Innern und in dieser Funktion Teil des Wettbewerbspreisgerichts] sagte während des Kolloquiums, er habe sich mit Oliver Rathkolb unterhalten. Dieser habe ihm das Bild einer Person gezeichnet, die diesen Ort aufsuchen möchte, vielleicht anhand eines historischen Fotos. Es gelingt aber nicht, weil keine oberflächlichen Zusammenhänge mehr herstellbar sind. Diesen Ort unauffindbar zu gestalten, war die eigentliche Wettbewerbsaufgabe. Unserer Ansicht nach ist dies ein Paradoxon: Unauffindbare Orte sind in der heutigen Medienzeit kaum mehr möglich. Auch aufgrund der vielen historischen Dokumente und des Mahnstens vor dem Haus. Im Wettbewerb und in den Gesprächen zum Wettbewerb ging der Auslober davon aus, dass dieser Stein entfernt werden würde. Das Wettbewerbsergebnis hat aber dazu geführt, dass sich verschiedene Eigentümer bzw. Rechtspersonlichkeiten, der Bund und die Gemeinde, nun dagegen entschieden haben. Nun wird dieses Gebäude entsprechend des Wettbewerbsergebnisses normalisiert oder neutralisiert, um in der Sprache der Ausloberin zu bleiben. Der Stein aber bleibt davor. Ist die Aufgabenstellung des Wettbewerbs deswegen schon gescheitert? Wenn ich einen spezifischen historischen Ort normalisiere und dann habe ich einen Gedenkstein davor, der sagt: Hier ist es passiert – das ist ja ein bisschen absurd, oder?

DA

Hier sind sich auch Historiker:innen uneins. Florian Kotanko, Obmann des Braunauer Vereins für Zeitgeschichte, setzt sich vor Ort sehr stark ein – unter anderem mit der Gründung der Braunauer Zeitgeschichte-Tage – und vertritt die Gegenmeinung zum Konzept der Neutralisierung. Sind Sie mit den von der Historiker:innenkommission vorgegebenen Nutzungen einverstanden? Hätten Sie als Architekt andere Nutzungskonzepte vorgeschlagen?

AB

Wir haben mit unserem Wettbewerbsbeitrag eine Antwort im Sinne der Auslobung gegeben. Wir haben uns nicht gegen die Auslobung gestellt, auch wenn das in der Presse mitunter anders geschrieben wurde. Uns war es wichtig, dass diese Polizeistation dort nahe ist, um eben eine ungewünschte Aneignung zu unterbinden. Aber wir glauben, dass es nicht zielführend, nicht möglich ist, dieses Gebäude wieder zu besetzen, weil eine Kontinuität zur historischen Vereinnahmung hergestellt werden kann. Deswegen unser Vorschlag, dieses Gebäude dauerhaft jeder Nutzung zu entziehen. Die Idee war, alles aus dem Gebäude herauszunehmen, was in der Nazizeit hinzugefügt wurde, es nicht abzutransportieren, sondern es dort als Schuttmaterial vor Ort zu belassen. Nun gibt es das Problem, dass immer gewollt oder ungewollt eine Form entsteht. Es kann kein glorifizierendes Mahnmal sein. Es kann nur ein Ort des mahnenden Erinnerens sein. Letztendlich ist es eine Strategie des Offenhaltens einer Wunde, eine dauerhafte Vergegenwärtigung, dass es hier Nationalsozialismus gegeben hat, dass es hier einen

Anknüpfungspunkt gibt und wir nicht davor gefeit sind, dass in Zukunft nicht ähnliches passieren kann. Ein Ort einer gedanklichen Auseinandersetzung war für uns die einzige Nutzung, die wir uns vorstellen konnten, die keine Kontinuität zwischen einer heutigen Organisation und der damaligen Vereinnahmung ermöglicht.

DA

... aber dennoch mit dem Gegenüber der Polizeistation in einem rückwärtigen Gebäude.

AB

Mit dieser konnten wir uns anfreunden. Wir haben diese Nutzung örtlich vom Bestand getrennt und eine andere Architektursprache verwendet. Nicht umsonst haben wir dort einen Holzbau vorgeschlagen, der sich bewusst von der Altstadtarchitektur absetzt. Wir wollten keine Rekonstruktionsarchitektur einer oberösterreichischen Altstadt vorschlagen, die es dort so gar nicht gegeben hat. Der Holzbau sollte sich auch von dem nicht mehr genutzten Steinbau deutlich absetzen.

DA

Mit dem Vorschlag, dem Bestandsgebäude jegliche Nutzung zu entziehen, ist Ihr Wettbewerbsbeitrag der einzige, der die Auslobung grundlegend hinterfragt. Hätten Sie mit mehr Beiträgen dieser Art gerechnet?

AB

Nein, das würde ich nicht sagen. Ich möchte mich auch nicht zu den Architekturen anderer an der Planung Beteiligter äußern. Ich kann nur für uns sagen: Für uns war es wichtig, einen gedanklichen Beitrag zu leisten und uns damit an der Diskussion zu beteiligen.

Es stellt sich die Frage, wie linear ein Lösungsfindungsprozess in einer solchen komplizierten Lage sein sollte. Ist es sinnvoll, die Lösungsvorschläge der Architekten allein auf ihre größtmögliche Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung zu überprüfen? Damit bleibt ein etwaiger Lösungsansatz aus einem anderen Erfahrungshorizont außen vor. Diesbezüglich ist auch eine interessante Frage: Wie eng werden Aufgabenstellungen formuliert? Die Auslobung hatte unter anderem sehr genaue Überlegungen zur Braunauer Altstadt und zum Einpassen in die Umgebung, bis hin zur Sprossengestaltung von Fenstern und zur Dachneigung, sowie sehr genaue Vorgaben zur Ökologie. Das sind für sich genommen richtige Handlungsanweisungen und Lösungsansätze, aber für diese Aufgabe sind sie sicher nicht zielführend. Wir können die Umgestaltung des Hitler Geburtshauses nicht daran bewerten, wie sehr sie sich in die Altstadt einpasst oder ob es den aktuellen ökologischen Kriterien am besten entspricht.

DA

Es entsteht ein absurder Moment, nämlich dass all diesen Kriterien und Rahmenbedingungen in der Auslobung sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde und andere – vielleicht relevantere – Kriterien wiederum unerwähnt blieben.

AB

Das ist auch eine Frage nach der Diskursfähigkeit unserer Gesellschaft. Wie können wir Probleme diskutieren, wenn wir sie nicht herauschälen können? Zumal wenn dann andere an und für sich wichtige Probleme diese überlagern. Gibt es eine Entscheidungshierarchie: erstens Ökologie, zweitens Übereinstimmung mit der Altstadtsatzung und drittens Auseinandersetzung mit dem historischen Kontext oder anders herum. So einfach ist das nicht. Wenn ich an das erinnere, was Sie zuvor gesagt haben, dass es verschiedene Sachverständige gibt, die alle zu anderen Ansichten gelangen, dann kann man auch da fragen: Inwieweit sind wir auf gesellschaftlicher Ebene überhaupt in der Lage miteinander zu diskutieren? Wenn jemand sagt: Man kann einen Ort neutralisieren und dann ist er unauffindbar – ist das eine fundierte Fachmeinung oder eine unhaltbare Aussage? Über die Unmöglichkeit der Aufgabenstellung war nicht zu diskutieren.

DA

Es gibt für dieses Bauvorhaben kein Vorbild, keinen abzuarbeitenden Punkteplan, keinen vordefinierten „historisch korrekten Umgang“. Andere historisch belastete Orte sind in der Regel einzuordnen in Opferorte oder Täterorte. Für diese Orte haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte etablierte Modelle oder Verfahren entwickelt, wie dort erinnert, getrauert, gemahnt werden kann. Das Geburtshaus von Hitler fällt irgendwie heraus. Es wird als Argument angeführt, dass gerade dieser mahnende Charakter dort nicht am richtigen Platz sei, weil es sich hier weder um einen Opfer- noch um einen Täterort handelt. Dies geht auch mit der Forderung einher, den Mahnstein, der noch aus einem anderen Verständnis von Gedenkkultur stammt, dort zu beseitigen. In Ihrem Wettbewerbstext schreiben Sie: „Die Erinnerung selbst muss diesen Ort besetzen.“ Inwieweit wird nicht der Ort selbst in seiner geschichtlichen Bedeutung dadurch noch erhöht, dass er seiner Nutzung entzogen wird und diesen mahnenden Charakter bekommt?

AB

Das ist die Frage nach dem Negativort. Es hat dort nichts historisch Berichtenswertes stattgefunden. Die Geburt ist banal. Opfer- und damit auch Tätergruppen gibt es an dieser Stelle nicht. Aber mit dem Versuch, den Ort als Bezugspunkt zu beseitigen, entsteht zwangsläufig ein aussagekräftiges Bild über das Geschichtsverständnis der Republik Österreich in den 2020er Jahren. Ist diese Strategie, die unbequemen Jahre 1938 bis 1943 zu übergehen und aus der überlieferten baulichen Substanz einen idealisierten Ort zu formen, zeitgemäß oder sind dies noch die Nachwehen eines Gründungsmythos der Zweiten Republik? Zukünftige Generationen werden es beurteilen.

DA

Das ist ein wichtiger Punkt: letztendlich trägt auch unsere Disziplin hier dazu bei, dass in Braunau eine fiktive Vergangenheit reproduziert wird – indem ein zeitlicher wie baulicher Rückgriff auf ein Gebäude stattfindet, das in seiner äußeren Gestalt die Biedermeierzeit zitiert. Dieses Bild, das hier jetzt entsteht, suggeriert, dass „das alles“ gar nicht stattgefunden hat.

AB

Ja, es ist ein Versuch, etwas beiseite zu schieben: Es gab in der Geschichte schreckliche Dinge, aber hier gerade ganz konkret – dort, wo wir sind – da nicht.

DA

Die Auslobung forderte dezidiert die Beseitigung von Erinnerung. Wie sind Sie damit umgegangen?

AB

Die Auslobung sagt ganz deutlich, was sie möchte. Und unser Wettbewerbsbeitrag ist unsere Antwort dazu. Ich denke, es ist nicht möglich, die Verbindung von Braunau und Hitler aufzulösen. Wir sind mit unseren heutigen technischen Mitteln, unseren Schriftstücken, dem Internet nicht in der Lage, diese Verbindung zu kappen. Das ist ein Vorhaben, welches man zwar in seiner Absicht nachvollziehen kann, welches aber nicht umsetzbar ist. Und dann ist die Frage: Wenn es nicht umsetzbar ist, welches Bild entsteht durch den Versuch? Es ist eine Inszenierung im umgekehrten Sinn. In der Art, wie 1938 bis 1943 das Gebäude als Führer-Geburtshaus inszeniert wurde, obwohl der authentische Ort nicht mehr vorhanden war, hat man trotzdem geschafft, diesen Ort glaubhaft zu inszenieren. Sehr direkt und sicher naiv – mit Geburtszimmer und Geburtsbett (!) aber glaubhaft. Jetzt sind wir wieder dabei, zu inszenieren. Die zweite Frage ist: Kann diese neue Inszenierung glaubhaft sein? Die erste Frage aber ist: Ist es überhaupt legitim, im 21. Jahrhundert einen historischen Zeitpunkt aus einer viel komplexeren baulichen Entwicklung herauszuschälen und zu sagen: Hier ist nichts geschehen!

DA

Das Gestalten von Erinnerungen hat immer auch eine politische Dimension. Mit Ihrem Wettbewerbsbeitrag treten Sie für ein mahnendes Erinnern ein, fordern es ein. Wie bringen Sie sich über den Wettbewerb hinaus in die Debatte um das Geburtshaus ein?

AB

Es ist ja die Frage, was passiert eigentlich, wenn wir als Architekten antworten. Dann nehmen wir eine gewisse Rolle ein. Mitunter müssen wir uns an anderer Stelle zurücknehmen, weil wir nicht glaubhaft gleichzeitig verschiedene Rollen besetzen können. Wir haben in der Diskussion die Rolle als Architekten eingenommen und versucht, auf architektonischem Wege diese Aufgabe zu lösen. Es gab eine Jury, die unseren Beitrag mit dem Sonderpreis würdigte, aber ein anderes Projekt zur Realisierung empfahl. Wenn man in dieser Schiene bleibt, ist das unser Teil der Diskussion. Es gibt verschiedene Bürger, die ihre Meinung geäußert haben. Es gibt Presseartikel dazu. Es gibt eine Entwicklung in der Ansicht, was diesen Stein angeht. Da sind Kämpfe zwischen Gemeinde und Republik ausgefochten und Linien gezogen worden, die mit zu einer Verschiebung beitragen. Vielleicht entsteht eine Neubewertung daraus.

DA

Eine Frage, die sich auch stellt: wie wird in weiterer Folge mit dem Ort umgegangen, wenn er erst als Polizeistation genutzt wird? Wird die Debatte hier weitergeführt werden?

AB

Es gibt mehrere Möglichkeiten: Entweder es gibt jetzt noch eine Debatte um die Realisierung dieses Gebäudes oder es gibt im Nachhinein eine Debatte darüber, wie es genutzt wird. Wenn man aber den Ort verändern möchte, dann hat man nur noch die Möglichkeit, jetzt diese Diskussion am Laufen zu halten. Aber da ist ein großes Engagement gefordert. Ob man dann noch in den Lauf eingreifen kann? Das ist ja nicht aus Versehen so passiert, sondern das ist eine starke Absicht, die man auch in der Auslobung schon merkt – dieses Ding möglichst ohne Wellenschlagen in der vorgegebenen Richtung umzusetzen, weil man weiß, dass diese Idee die richtige ist, die einzige Möglichkeit. Und deswegen will man das umsetzen – ohne große Diskussion, oder? So habe ich die Auslobung gelesen. Man brauchte die Architekten in ihrer Fähigkeit des Vorschlags einer räumlichen Lösung. Und jetzt soll man das bitte umsetzen, weil man ein Problem lösen möchte. Und diese Lösung sieht man in einem neutralisierenden Umbau und seiner Besetzung durch die Polizei.

DA

Es fällt schwer sich vorzustellen, dass ein Projekt mit einer ähnlichen Tragweite in Deutschland ähnlich abgelaufen wäre.

AB

Letzten Endes geht es nicht um nationale Grenzen. Aber de facto ist es so, dass weder in Deutschland noch in Österreich eine große Diskussion angestoßen oder am Laufen gehalten wurde. Es gibt bestimmte Initiativen, die durchaus nachvollziehbar und zu begrüßen sind, die noch als Ideen herumgeistern. Aber es gibt keine gesellschaftliche Diskussion dazu. Und es gibt auch eine ganze Reihe von Artikeln, in denen man sich einen fundierteren, einen interessanteren Beitrag erhofft hätte, der eine solche Diskussion anstoßen kann. Interessant ist, wie klein dieser Resonanzraum ist, in dem man sich da eigentlich befindet. Also ist es gleichgültig oder gibt es diesen Architektenwettbewerb und es wird ein schönes, altstädtisches Haus? Das ist ja eine Frage nach der Diskursfähigkeit oder der Diskurslust unserer Gesellschaft.

DA

Und eine Frage der Rahmenbedingungen: im konkreten Fall wurde der Diskurs – anders als durch die Historikerkommission empfohlen – ja schon im Vorfeld bewusst ausgeklammert und versucht, jede Öffentlichkeit für das Verfahren zu vermeiden.

AB

Da geht es darum, dass man vermeintlich zu wissen glaubt, wo die Lösung ist. Eine Diskussion ist in dem Moment notwendig, in dem es ein offenes Ergebnis gibt. Man denkt vielleicht, man könnte einen befruchtenden Prozess starten, mit offenem Ende. Wenn man aber schon weiß, wie es aussehen soll, es nur noch um die Umsetzung geht, die man regelkonform gestalten muss, ökologische Kriterien einhalten möchte und bitte auch die Altstadterhaltungssatzung nicht unterlaufen möchte, wozu braucht es dann eine Diskussion? Es ist eine Frage, wie überzeugt oder wie sicher sind wir mit unseren Lösungsansätzen und wie interessiert sind wir eigentlich an der Meinung unseres Gegenübers? Das meine ich mit Diskurslust.

Wir wissen nicht, ob das, was wir in Braunau gemacht haben, der Weisheit letzter Schluss ist. Es ist das Beste, was wir zu denken imstande waren. Deswegen haben wir diesen Beitrag dort abgegeben. Wenn jemand einen besseren Beitrag hat, dann möge er den bitte mitbringen. Und dann möge die Jury bitte darüber entscheiden und das hat sie gemacht in einer anderen Weise. Dann ist es ein Teil unserer Diskussion darüber. Wenn wir uns als Architekten, als Bürger, verstehen, dann ist es Teil unseres bürgerschaftlichen Engagements, wenn man Architektur als Kultur versteht. Peter Jungblut hat dazu geschrieben: „Die Wunde offenhalten“. Und es gibt eine Notwendigkeit dafür, eine Wunde offen zu halten, auch wenn es wehtut.

DA

Für uns steht weiterhin die Frage im Raum, inwieweit denn die Architekt:innenschaft hierfür überhaupt die richtige Adressatin ist. Man könnte es auch so lesen: eine Disziplin wird dazu aufgefordert eine Lösung zu finden für ein, nennen wir es, Problem, das noch ungelöst ist und viele andere Disziplinen berührt – aber dann plötzlich an einer Stelle abgeladen wird, mit dem Anspruch so eine gültige Lösung zu erhalten und sich des Problems zu entledigen.

AB

Wir erhielten in der Presse den Vorwurf, dass wir uns dort künstlerisch versuchen würden... Und natürlich ist es eine künstlerische Aufgabe, es hätte auch ein Künstler machen können. Es wäre gut gewesen, wenn man einen anderen, einen interdisziplinären Wettbewerb ausgelobt hätte.

DA

Aber in diesem Fall waren Künstler:innen dezidiert nicht eingeladen oder aufgefordert, sich zu beteiligen.

AB

Sie hätten vielleicht eine Koalition mit einem Architekten bilden können, also die Möglichkeit hätte es gegeben. Man hat davon gehört, dass es diesen Wettbewerb geben wird. Aber ich will auch keine Vorwürfe machen. Jedenfalls gibt es die Möglichkeit, in einer modernen Weise mit diesen Erinnerungsthematiken umzugehen. Das haben wir versucht. Rachel Whiteread hat dies am Judenplatz in Wien in hervorragender Weise gelöst und es gibt viele andere sehr positive Beispiele von Künstlern dazu.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview

Gabriele Hochholdinger-Knauer und Franz Knauer

Das Gespräch mit Knauer Architekten, Teilnehmer am Realisierungswettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler (Anerkennung), wurde am 19. November 2021 von Anna Paul und Daniela Mehlich geführt.

DI Gabriele Hochholdinger-Knauer und DI Franz Knauer arbeiten seit 1990 im gemeinsamen Architekturbüro, seit 2013 als Knauer Architekten ZT GmbH. Ihr Tätigkeitsfeld erstreckt sich von Hochbauprojekten über Stadtplanung bis zu Innenraumgestaltungen.

Diskurs Architektur

Beginnen wir mit der Wahrnehmung des Gebäudes: Wie wird einem dieser Ort und das Geburtshaus von Adolf Hitler bewusst? Wie haben Sie von diesem Ort erfahren?

Gabriele Hochholding-Knauer

Ich komme ursprünglich aus Deutschland, und die Deutschen haben einen ganz anderen Bezug zu der Thematik Hitler und dem Zweiten Weltkrieg. Auch in der Aufarbeitung unterscheidet sich das deutlich. Braunau selbst ist einem bewusst, aber es gab eine Art Haltung „nach Braunau fährt man nicht“. Erst zum Zeitpunkt des Wettbewerbs war ich das erste Mal dort und habe festgestellt, dass die Stadt eigentlich ganz schön ist. Ich hatte mir auch selbst die Frage gestellt, warum ich zuvor noch nie nach Braunau gefahren bin und musste mir eingestehen, das hat mit dieser Vergangenheit zu tun – man fährt da nicht hin.

Franz Knauer

Manche fahren bewusst hin.

GHK

Wenn man Braunau googelt, kommt als Erstes „Geburtshaus Hitler“. Dabei gibt es in Braunau unter anderem den zweithöchsten Kirchturm Österreichs. Das wissen wenige – aber Hitlers Geburtshaus, das finde ich sofort auf der Karte. Das ist schon ein interessantes Phänomen. Braunau ist einfach sehr stark von diesem Hitler-Phänomen besetzt, viele andere interessante Informationen zur Stadt werden dadurch überlagert. Gibt man zum Beispiel die Frage „Wo ist Hitler geboren?“ in Google ein, lande ich sofort in Braunau. Das ist ein Problem für die Stadt, denke ich. Ich weiß nicht, wie du [Franz Knauer] das als Österreicher siehst?

FK

Als gebürtiger Wiener – da ist man vielleicht politisch geprägt – hat man eine gewisse skeptische Distanz zu Braunau. Das war kein Ort, zu dem ich mich hingezogen gefühlt hätte – obwohl es wirklich eine sehr schöne Stadt ist. Aber Braunau war schon sehr stark negativ konnotiert: Braunau, die Geburtsstadt des Führers. Und wie Gabriele [Hochholding-Knauer] sagt, Googlemaps findet sofort das Geburtshaus. „Mahnmal“ steht da jetzt, denke ich, das wurde geändert.

DA

Es ist spannend, dass Braunau als Ort diese Konnotation nicht loswerden kann. Was bedeutet dieser Ort für Sie und wie soll seine Bedeutung – in Anbetracht seiner Vergangenheit – in der Zukunft gestaltet werden? Haben Sie sich während der Arbeit an der Wettbewerbseinreichung Gedanken dazu gemacht, wie man mit dieser Last umgehen könnte?

FK

Aus meiner Sicht sind die großen Fehler in der Vergangenheit passiert. Durch das Nicht-Aufarbeiten und durch die Duldung einer rechtsgerichteten Subkultur. Jeder hat gewusst – auch ich als Jugendlicher –, dass sich zum Geburtstag Hitlers Leute vor dem Haus in Braunau treffen. Das war nicht nur in politisch rechts gesinnten Kreisen bekannt. Dagegen hat die Politik nichts unternommen. Eine Aufarbeitung im Nachhinein ist natürlich doppelt schwer.

GHK

Ich bin in der Nähe von München aufgewachsen, bin dort in die Schule gegangen und habe dort auch studiert. Am Prinzregentenplatz links neben dem Prinzregententheater ist das ehemalige Haus von Adolf Hitler. In der Wohnung von Hitler ist nach Kriegsende auch dieses berühmte Badewannen-Foto von Lee Miller entstanden. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist das Haus im Besitz des Freistaates Bayern. Im Hochparterre ist

seither eine Polizeistation einquartiert, der Bereich vor dem Haus ist überwacht und dadurch als Versammlungs- oder Gedenkort eher ungeeignet. Das ist schon ein Unterschied zu Braunau. Vielleicht hat es auch mit der Opferrolle von Österreich zu tun, die ja lange Zeit sehr im Vordergrund stand. Je länger heikle Themen geduldet und nicht intensiv besprochen werden, desto schwieriger ist es, diese dann wieder in Griff zu bekommen. Ich habe das Gefühl, dass dieser Ort in München inzwischen wenig bis gar keine verklärerische Beachtung findet.

Beim Wettbewerb ging es verstärkt um die Erdgeschossnutzung und wie man dieses Gebäude bespielen könnte, sodass diese Aufmärsche, Fotos oder Geburtstagsfeste – die ja noch immer stattfinden – verunmöglicht werden. Der Auslobungstext schrieb eine Polizeistation vor.

DA

Der direkte Verweis auf die Wohnung in München ist auch im Vorbereitungsprozess der Wettbewerbsauslobung mehrfach gefallen, als eine Art besseres Beispiel. Sie nehmen als Büro an vielen Wettbewerben teil – was war Ihre Motivation für die Teilnahme an diesem?

FK

Wir nehmen an Wettbewerben teil, an denen wir teilnehmen dürfen. Wir sind kein großes Büro und können uns nicht aussuchen, zu welchen Wettbewerben wir geladen werden. Es ist ganz simpel, es war ein zweistufiger Wettbewerb, mit einem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren. Ich glaube, der Wettbewerbsauslober wollte durch die Bewerbung im Vorfeld sehen, wer an dieser besonderen Aufgabenstellung teilnimmt. Was wir auch verstehen, und was auch vernünftig ist bei so einem heiklen Thema.

Es gab keinen theoretischen Überbau von unserer Seite, aber wir haben eine gewisse Stärke in der Kombination von Alt- und Neubau, das machen wir sehr oft und können das auch ganz gut. Natürlich ist das ein spezielles Thema, das nur einmal vorkommt im Leben und es gibt einen gewissen Reiz, aber dass wir das aus politischen, ideologischen oder philosophischen Gründen gemacht hätten, das kann man nicht sagen.

GHK

Es gibt in den Architekturbüros pragmatische Überlegungen: Bei einem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren schaut man, mit welchen bisherigen Projekten kann man sich bewerben, habe ich Chancen auf eine Teilnahme? Das Zeitfenster hat für uns gepasst, die Verbindung von Alt und Neu interessiert uns – mehr war da nicht dahinter.

DA

Haben Sie den Realisierungswettbewerb als das richtige Format empfunden? In Anbetracht der Aufgabe wäre ja eventuell ein vorgeschalteter Ideenwettbewerb auch ein interessantes Format gewesen. Hätten Sie an einem solchen Ideenwettbewerb auch teilgenommen?

FK

Nein, eindeutig nein. Das hätten wir vielleicht nach unserem Studium gemacht. Wir sind Architekten, sprich: wir wollen bauen. Es gibt verschiedene Fachleute – zu denen zählen wir nicht –, die sich im Vorfeld überlegen, was ist das geeignete Medium, das geeignete Format? Ich denke, es war richtig, wie die Auslober an die Sache herangegangen sind – auch mit der vorgeschalteten Historikerkommission, die sozusagen den theoretischen Überbau zur Verfügung gestellt hat. Die formale Struktur an sich hat aus unserer Sicht gepasst, sonst hätten wir uns auch nicht beworben.

DA

Die Historikerkommission, die auch die zentrale Rolle bei der Empfehlung der zukünftigen Nutzung des Gebäudes hatte, hat konkret zwei Nutzungen vorgeschlagen:

Erstens die sozial-karitative, um die Symbolkraft des Ortes zu brechen, und zweitens die behördlich-administrative, für die man sich am Ende entschieden hat. War die Nutzung durch die Polizei in Ihren Augen eine gute Entscheidung?

GHK

Die empfohlene Nutzung erschien uns richtig, wir haben das nicht weiter hinterfragt. Das Beispiel von München, mit der Polizeistation in der ehemaligen Wohnung von Hitler, zeigt, dass durch die anwesende Exekutivkraft gefährliche Ideologien, die sich dort in Form von Menschenansammlungen äußern könnten, im Zaum gehalten bzw. verhindert werden. Ein Heimatverein oder ein Kindergarten löst das Problem nicht. Es fällt schwer, sich irgendeine andere Nutzung außer der Polizeistation zu überlegen – nicht einmal ein Archiv oder etwas Ähnliches könnte ich mir dafür vorstellen.

FK

Wenn wir uns entscheiden, an einem Wettbewerb teilzunehmen, dann entscheidet man sich auch dafür, dass man das Programm, wie es ist, akzeptiert. Der wesentliche Fehler, der im Vorfeld passiert ist, der nun mit diesem Wettbewerb versucht wurde auszugleichen, ist die Erinnerungskultur. Die Kommission hat gut dargestellt, dass sie diese Erinnerungskultur von diesem Ort wegbringen wollen. Sprich, dieser Stein [der Gedenkstein vor dem Haus] soll weg und es soll im Prinzip nichts an diesem Ort mehr mit Hitler in Verbindung gebracht werden. Das finden wir an sich eine richtige Entscheidung. Die Erinnerungskultur sollte zum Beispiel im Haus der Geschichte [in Wien] stattfinden und nicht vor Ort. Im Haus der Geschichte ist es, was den Kult betrifft, eine negativ konnotierte, eine klare aufklärerische Erinnerungskultur. In Braunau hingegen ist es eher eine subversive, eine „bündlerische“, da treffen sich die Eingeschworenen. Das war an sich eine richtige Entscheidung. Die Entscheidung, ob Polizei oder soziale Einrichtung, ist keine leichte. Ganz pragmatisch gesehen: Wenn dort eine Polizeistation eingerichtet ist, und es treffen sich vor dem Gebäude Anhänger bestimmter Gesinnungen, kann die Polizei gleich eingreifen, sie ist immer vor Ort, hat das Geschehen sozusagen immer unter Kontrolle.

GHK

Um den Gedenkstein gab es im Nachhinein viele Diskussionen. Nach Publikwerden der Wettbewerbsergebnisse kam sofort der Aufschrei, dass der Stein auf jeden Fall an diesem Ort bleiben muss.

DA

Der Aufschrei kam von der Gemeinde Braunau und auch von dem lokalen Verein für Zeitgeschichte, der sich bemüht, diese Erinnerungskultur – die dort auch im Negativen stattfindet – in einer positiven, aufklärerischen Weise zu gestalten. Der Verein für Zeitgeschichte hat sich unter anderem dafür eingesetzt, dass der Mahnstein 1989 vor dem Haus platziert wurde.

FK

Mir scheint es problematisch, wenn man diesen Gedenkstein dort belässt.

GHK

Auf der einen Seite steht die Historikerkommission, auf der anderen Seite die Gemeinde, beide mit unterschiedlichen Sichtweisen. Die Diskussion beginnt erneut, obwohl alle Positionen im Vorfeld des Wettbewerbs von der Kommission einer Klärung bedurft hätten.

FK

Die Idee, den Gedenkstein dort zu belassen – ohne dass ich mich genauer damit beschäftigt habe – kommt mir sehr schwierig vor. Damit erhält man dort eine Gedenkkultur weiter aufrecht. Die Umbauarbeiten müssten unter strengster Kontrolle

stattfinden – jeder Bretterboden, der da herausgerissen wird, könnte sofort als Devotionalie weltweit gehandelt werden. Ich glaube, man darf wirklich nicht unterschätzen, was da für eine Ideologie dahintersteckt.

DA

Die indirekte Empfehlung der Historikerkommission war, dass der Gedenkstein in das Haus der Geschichte nach Wien kommen soll.

FK

Ja, das würde auch gehen!

DA

Das würde bedeuten, den Gedenkstein aus dem Ort, wo er in den 1980er Jahren aufgestellt wurde – als Mahnstein zur Mahnung an die Opfer des Faschismus – zu entfernen und woanders hin zu überführen. Das ist schon eine radikale Geste. Laut Florian Kotanko, einem Braunauer Historiker, fühlen sich die Braunauer:innen so gewissermaßen ihrer Verantwortung beraubt: Sie befürworten mehrheitlich den Stein, der post Waldheim 1989 dort aufgestellt wurde – als die Debatte in Österreich überhaupt erst losging. Die Idee war, das Haus nicht mehr ohne die Mahnung fotografieren zu können. Und dass der immer noch bestehende „Hitler-Tourismus“ dadurch stets mit einer Abmahnung verbunden ist.

FK

Ich glaube, man darf nicht unterschätzen, dass diese Ideologie nach wie vor in dieser Region eine sehr große Duldung hat – würde ich mal vorsichtig sagen. Ich glaube, da ist sehr viel unter den Teppich gekehrt worden. Ich bin da sehr skeptisch und nicht sehr optimistisch.

DA

Gab es neuralgische Punkte, an denen Sie die Teilnahme am Wettbewerb hinterfragt haben?

FK

Nein, die gab es nicht.

DA

In Ihrem Beitrag gehen Sie auf der Textebene auf den historischen Kontext des Bestandsgebäudes gar nicht ein. Wie kam es zu dieser – ich gehe mal davon aus – sehr bewussten Entscheidung?

FK

Es war ein grundlegendes Anliegen, auch in der Auslobung, dass die negative Erinnerungskultur vor Ort ausgelöscht wird – um es jetzt einmal extrem zu sagen. Es sollte alles daran gesetzt werden, dass das Gebäude so umgebaut wird, dass nichts mehr an das alte Gebäude erinnert. Das war das Thema und wir haben uns dazu entschlossen, am Wettbewerb teilzunehmen.

Für uns standen rein architektonische Fragen im Vordergrund: Wie oft wurde es schon umgebaut? Was ist die bauliche Geschichte des Gebäudes? Welche Zeitschicht nimmt man heraus, in welche führt man es zurück oder baut es weiter? Da gibt es unglaublich viele, einerseits theoretische Fragen bezüglich der Haltung, mit der man an ein Projekt herangeht. Und dann gibt es pragmatische, konstruktive Überlegungen. Das sind die, die uns mehr interessiert haben. Der historische Kontext wurde im Vorfeld von der Historikerkommission überlegt, darauf bauen wir auf.

Die Berliner Gruppe, die ein Mahnmal errichtet hat, hatte natürlich eine komplett andere Herangehensweise gewählt. Wobei sich die Frage stellt, ob das die richtige Herangehensweise war. Aber als Statement war das Projekt natürlich interessant.

DA

Sie würden also sagen, dass diese Beseitigung der Erinnerung, die in der Auslobung dezidiert gefordert wurde, Ihren Entwurf maßgeblich beeinflusst hat, beziehungsweise der Entwurf darauf eingeht?

FK

Ja, genau so würde ich es sehen. Die Funktionalität ist ein ganz wesentlicher Aspekt, und wenn Sie die nicht erfüllen, dann haben Sie bei keinem Wettbewerb eine Chance. Und ich glaube, wir haben einen Preis bekommen, weil wir die sehr gut erfüllt haben. Der Überbau war für uns abgeschlossen und wir haben daran weitergearbeitet.

DA

Können Sie uns kurz in Ihren Entwurf einführen und die Entwurfsidee schildern?

FK

Man muss sich dem Thema von verschiedenen Seiten nähern. Die eine ist die städtebauliche Seite: Das alte Haus war ja schon umgebaut – eigentlich sind es, von der Struktur, von der Historie her, zwei Gebäude. Es wurde, glaube ich, im 19. Jahrhundert zu einem großen Haus vereinheitlicht. Wir haben es sozusagen optisch wieder rückgebaut in zwei Gebäude. Wobei wir im Erdgeschoss eine moderne Zone eingeführt haben. Wesentlich bei unserem Entwurf war, dass wir versucht haben, den rückwärtigen, nicht besonders attraktiven Platz mit dem Billa-Gebäude zu fassen. Wir haben versucht, die Kubatur nach hinten zu ziehen, um einerseits den Block zu schließen, der von der Kaserngasse, der Berggasse und der Salzburger Vorstadt gebildet wird, und andererseits den Platz zu fassen.

Die Größe des Wettbewerbsgrundstücks hat uns dazu veranlasst, viele Funktionen des Raumprogramms in einem Neubau auf dem hinteren Bauplatzbereich unterzubringen. Das Projekt des ersten Preises hat die Funktionen im vorderen, bestehenden Bauteil sehr stark komprimiert und im hinteren Grundstücksbereich ein Nebengebäude vorgeschlagen. Wir haben versucht, das nach hinten zu strecken und die Straßen und den Platz zu fassen. Das wurde nicht goutiert von der Jury.

GHK

Es entsteht durch unseren Entwurf ein Innenhof, der zwischen Alt und Neu ein wesentliches Bindeglied bildet, das andockt an einen alten Arkadengang, der früher in ein rückseitiges Hofgebäude führte – in eine Brauerei.

DA

Sie haben sich fernab von Ihren ansonsten sehr funktional orientierten Überlegungen dazu entschieden, die Rückführung der Fassade in zwei Fassadenelemente umzusetzen und auch die bestehende Dachkonstruktion anzugreifen. Diese haben Sie aber nicht in ihre biedermeierliche Fassung mit Doppelgiebel zurückgeführt, sondern Sie haben ein Satteldach mit einem Walm vorgeschlagen.

Die Auslobung suggerierte diese Rückführung schon: „Die Rückführung zu diesen zwei getrennten Gebäuden ist vorstellbar.“ Sie greifen das auf, und zugespitzt könnte man sagen, dass durch diese Halbierung baulich suggeriert wird, dass alles, was seit dem Biedermeier passiert ist – inklusive Nationalsozialismus – nie stattgefunden hat. Kann Erinnerung durch diese Halbierung baulich beseitigt werden, sowie die Auslobung das vorschlägt und wünscht?

FK

Wir haben das Haus gespalten. [lacht]

DA

Sie arbeiten sehr viel im Bestand. Durch den Enteignungsprozess und das Enteignungsgesetz ist der Denkmalschutz total ausgehebelt worden. In einem vormals

denkmalgeschützten Gebäude so frei agieren zu können, ist für Sie wahrscheinlich auch ungewohnt?

GHK

Innen war das Gebäude durch diverse Einbauten über die Jahrzehnte schon so stark verändert, somit war die Entscheidung eines Zurückbauens gar nicht möglich, auch im Hinblick auf ein Funktionsprogramm, das dem Wettbewerb zugrunde liegt. Wir schauen uns die historische Substanz natürlich sehr genau an – welche Mauern oder Öffnungen man erhalten kann, ohne dass man gleich das ganze Gebäude entkernt. Im Grundriss etwa zeigt sich immer noch die Typologie der beiden Häuser – wahrscheinlich war das linke Haus daneben auch einmal zwei Häuser. Schlussendlich muss man eine Entscheidung fällen – und das ist auch oft eine optische Entscheidung, die auch verlangt wird, von uns als Architekten.

FK

Das Bundesdenkmalamt wägt bei seinen Entscheidungen und Vorgaben genau ab. Oft entstehen aber auch aus gegensätzlichen Herangehensweisen Diskussionspunkte, die wiederum auch einen Denkmalschutz hinterfragen. Wir arbeiten gerne mit Alt und Neu, weil es hier um Maßstab geht, auch um historische Kontexte, aber schlussendlich muss man dann alles auf die Seite schieben, einen Bleistift in die Hand nehmen und sich vor das leere Blatt Papier setzen – da hilft auch kein Denkmalamt.

GHK

Vom Denkmalamt war keine „Bezugszeit“ vorgegeben, es waren Schichten aus diversen Zeiten vorhanden. Welche gräbt man aus? Welche ist es, von der das Denkmalamt sagt, das ist die „richtige“? Auf welche Schicht lässt man sich ein? Entweder ist eine verbindliche Vorgabe vorhanden oder wir als Architekten entscheiden uns aufgrund der Gegebenheiten und auch aufgrund dessen, was wir optisch und funktional als richtig empfinden – das ist natürlich manchmal auch subjektiv.

DA

Der Kommissionsbericht sieht vor, jede Öffentlichkeit zu vermeiden. Es beschleicht einen das Gefühl, als sollte der Wettbewerb stillschweigend abgehandelt werden, damit gar nicht erst eine öffentliche Diskussion entsteht. Haben Sie das auch so empfunden?

FK

Ja, ich habe aber auch Verständnis dafür. Ich befürchte, dass es in Braunau ein sehr großes Potenzial jener gibt, die der früheren Situation sehr positiv gegenübergestanden sind. Ich glaube daher nicht, dass man da eine große Diskussion und eine öffentliche Auseinandersetzung starten sollte.

GHK

Besser ist es, ein Projekt zu präsentieren und dann in die Diskussion zu gehen.

FK

Was ich nicht sagen möchte ist, dass man das alles unter den Teppich kehren sollte. Ich denke aber, dass man die Diskussion – und das ist glaube ich die Grundessenz von diesem Wettbewerb, von der Historikerkommission – von diesem Ort loslösen muss. Ich bin für Diskussion, ich bin für Aufarbeitung, aber nicht anhand des Geburtshauses Hitlers in Braunau.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Gabu Heindl

Das Gespräch mit Gabu Heindl wurde von Anna Paul und Sophia Walk am 6. Juni 2022 geführt. Das Büro GABU Heindl Architektur wurde nach erfolgter Bewerbung zum Wettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler zugelassen, entschied sich jedoch gegen eine abschließende Einreichung.

Gabu Heindl ist Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin in Wien. Als Professorin für Architektur Stadt Ökonomie lehrt Gabu Heindl seit 2022 an der Universität Kassel, zuvor war sie Visiting Professor an der University of Sheffield sowie Professorin für Städtebau an der Technischen Hochschule Nürnberg. Ihr Büro GABU Heindl Architektur fokussiert auf öffentlichen Raum, bezahlbares Wohnen, Gerechtigkeit und Stadtplanung.

Diskurs Architektur

Gegenstand des Architekturwettbewerbs war das Gebäude in der Salzburger Vorstadt 15, das Geburtshaus von Adolf Hitler. Es handelt sich hier um einen beispiellosen Ort, der ein inszenierter Täterort war und eine zentrale Bedeutung innehat. Braunau wird immer damit verbunden sein, dass Hitler dort geboren wurde. Wie wurde Ihnen dieser Ort bewusst?

Gabu Heindl

Ich würde eigentlich die Frage nach dem inszenierten Täterort hinterfragen wollen. Wer hat denn diesen Ort wann inszeniert?

DA

Als das Haus 1938 von Martin Bormann im Auftrag der NSDAP gekauft wurde, befand sich darin das Gasthaus der Familie Pommer. Nach dem Kauf wurde darin ein Hitler-Geburtszimmer eingerichtet – das war inszeniert, das konnte man besuchen. Der Geburtstag von Adolf Hitler war damals ein Feiertag, an dem es bei diesem Haus auch große Feierlichkeiten gab. Wir haben uns anfänglich gefragt: Handelt es sich bei dem Haus um einen Täterort? Wie sehen Sie das?

GH

Wir haben uns das im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Wettbewerb auch gefragt. Ich fände es problematisch, dem Geburtshaus das Etikett Täterort zuzuschreiben, weil Hitler dort geboren ist. Aber er ist danach zum Täterort geworden. Ein Kind an sich ist einfach nur ein Kind und ist per Definitionem noch kein Täter. Wir würden die ganze Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis weiter schreiben, auch an ihren Personenkult anknüpfen, wenn wir schon die Geburt eines Kindes als Bestandteil einer Täterbiografie beschreiben wollten, der ganz von dieser Täterschaft definiert ist. Aber natürlich ist es ein Täterort im Sinn der späteren Inszenierungen als Taten bzw. Untaten, bis heute. Das Reden von Täterschaft, das – ob affirmativ, verleugnend oder vermeintlich kritisch – mit der Faszination spielt und danach agiert, wer dort geboren ist: Das macht aus dem Hitler-Geburtshaus einen vielleicht komplizierteren Täterort als andere es sind, an denen ja tatsächlich nationalsozialistische Gewalt gegen Opfergruppen ausgeübt wurde. Es geht also um die Geschichte danach: nicht um den Moment der Geburt, sondern darum, wie das Haus danach inszeniert und instrumentalisiert wurde.

DA

Was bedeutet dieser Ort in Ihren Augen? Und wie soll seine Bedeutung in Zukunft gestaltet werden?

GH

Ich denke, der Ort kann nicht „neutralisiert“ werden, so wie es in der Ausschreibung für den Wettbewerb formuliert wurde. Denn man würde nicht nur die Geburt Hitlers neutralisieren, sondern man würde auch neutralisieren, was mit dem Haus danach geschehen ist und warum es zu einem intensiv diskutierten Ort geworden ist. Es sollte alles denkbar andere passieren, als dass man ihn mit einer Polizeistation zu „neutralisieren“ versucht.

DA

Sie haben sich in diversen Arbeiten mit verschiedenen belasteten Orten oder auch Themen auseinandergesetzt. Wie ist Ihre Wahrnehmung zum offiziellen Umgang, zum Umgang des Bundes mit diesem belasteten Ort?

GH

Der Umbau ist ein sehr deutlicher Versuch, das Problem loszuwerden, indem das Gewaltmonopol, das der Staat hat, beinahe noch einmal verbildlicht wird, indem die Polizei dort einziehen soll. Mit dem perfiden Argument, dass damit dann die Hüter

des Gesetzes selbst vor Ort wären. Im selben Moment müsste es aber eine intensive Auseinandersetzung des Bundes damit geben, in welcher – zum Teil – Nähe zu rechter Politik und rechten Ideologien die Polizei selbst steht. Ohne eine intensive Auseinandersetzung damit, wofür die Polizei leider auch steht, etwa für praktizierten Alltagsrassismus, kann das nicht gehen. An dem Ort zeigt sich noch viel deutlicher, wie unreflektiert, wie unkritisch mit diesem Gewaltmonopol umgegangen wird.

Ich denke, dass es in Österreich und Deutschland sehr unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gibt – ob es sich um Opfer oder Täter handelt. Eine im Rahmen von geschichtspolitischen Diskursen produktive Perspektive ist das Plädoyer für eine Aktualisierung der Geschichte mit gegenwärtigen Erfahrungen und zugleich mit der ganz klaren Haltung, dass es zugleich mit dem Holocaust keine Vergleichbarkeit gibt. Man kann den Nationalsozialismus und Holocaust nicht in einer Skala mit heutigem Rassismus abwägen. Aber wir können nach Formen dessen suchen, was das Erinnern für uns heute heißt. Was gibt es heute für Rassismen, Antisemitismen, was gibt es für Diskriminierungsformen, für Gewaltformen in der Gesellschaft, ohne dabei einen direkten Vergleich nach einer gemeinsamen Skala ziehen zu wollen. Die Polizei, wie sie zur Zeit besteht, ist dafür, meiner Meinung nach, eine wenig taugliche Position.

DA

Das österreichische Innenministerium unter Wolfgang Sobotka hat 2016 eine Kommission zum „historisch korrekten Umgang“ mit dem Geburtshaus von Adolf Hitler bestellt. Diese Kommission hat zwei Nutzungsarten empfohlen: erstens wurde die sozial-karitative Nutzung als geeignet angesehen, um die Symbolkraft des Ortes zu brechen. Zweitens die administrativ-behördliche Nutzung, die gut geeignet sei, den Enteignungszweck zu erfüllen. Halten Sie die Entscheidung des interimistischen Innenministers Peschorn, das Gebäude als Polizeistation zu nutzen, für angemessen hinsichtlich der gedenkpolitischen Dimension des Gebäudes?

GH

Grundsätzlich ist schon die Frage nach einem „historisch korrekten Umgang“ eine absurde Frage. Das zeigt sich auch in dem Moment, wo als Ergebnis zwei verschiedene Zugänge als historisch korrekt bezeichnet werden. Damit wird klar, dass es selbstverständlich nie um den einen Umgang gehen kann. Ich würde es am allerwichtigsten finden, dass bei dem Haus nichts eingefroren und damit abgeschlossen wird, sondern dass es die Möglichkeit gibt, und damit auch den Blick darauf gibt, dass sich die Gesellschaft mit dem Ort, der Wohnung, in der eine Figur wie Hitler geboren ist, auseinandersetzt. Und weiters geht es um die Frage, wie wir das in unterschiedlichen Formen der Historisierung thematisieren würden und den Zugriff darauf auf eine demokratische Art und Weise offenhalten können. Eine soziokulturelle Nutzung könnte ich mir eher vorstellen: den Ort zu öffnen als Bildungs- und Diskussionsort. Es gibt eine Initiative in Braunau für ein Haus der Verantwortung, die sich auch fragt, ob der Ort generell anders benannt werden kann bzw. den Namen des Nachbarorts annehmen könnte. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Bewohner:innen Braunaus nicht mehr ständig mit Hitler assoziiert werden möchten. Das löse ich aber nicht, indem ich in das Geburtshaus eine Law-and-Order und auch „Fetisch“-Organisation (ich meine die ganze Waffen-, Uniform- und Gewalt-Faszination) wie die Polizei einziehen lasse. Sondern ich müsste mich damit befassen: Was heißt der Umgang mit dem Ort, mit dem Namen, mit der Definition für den Alltag der dort lebenden Menschen? Und was heißt das als Quelle für eine ständige Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit und ihren Verbrechen? Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass das Geburtszimmer eines späteren Diktators zum Teil bis heute derart verherrlicht wird? Was ist das für ein Personenkult, was für eine absurde Auseinandersetzung mit einem Kind, das dort geboren wurde? Ich persönlich fand es wirklich interessant, dass in dem Haus davor ein Gasthaus war. Ich finde nämlich das Gasthaus als einen Ort, wo Dinge diskutiert, verhandelt werden und Konflikte entstehen und auch ausgetragen werden, interessant. Es war klar, dass

das in der Form in der Ausschreibung nicht gewünscht war, sich überhaupt einmal auf die Geschichte davor zu beziehen – und auch auf die verschiedenen Phasen der Geschichte danach. Das ist eigentlich das Bedauerliche bei dem Wettbewerb, dass eine so eindeutige Programmierung vorgeschlagen wurde und damit eine differenzierte Auseinandersetzung mit der breiteren Geschichte des Orts ausgenommen war.

DA

In der Kommission waren viele Leute aus dem Innenministerium, Clemens Jabloner, Oskar Deutsch und Oliver Rathkolb. Die Kommissionsmitglieder haben die Fragestellung nach dem Umgang mit dem Geburtshaus in einem vierseitigen PDF abgehandelt – die erste Seite ist das Deckblatt, die zweite Seite umfasst die Aufzählung der Kommissionsmitglieder. Es war ein sehr magerer Bericht. Wie sehen Sie die Arbeit der Kommission, deren Zusammensetzung und letztlich auch das Ergebnis dieser Kommissionsarbeit, das sich in einer sehr kurzen Stellungnahme niederschlägt?

GH

Die Frage ist: Beruht das Magere auf der Peinlichkeit, dass man nicht mehr sagen kann und will und dass man es deswegen so kurz und knapp hält? Oder ist die Sache tatsächlich zu wenig und zu nachlässig bearbeitet worden? Ich gehe von Ersterem aus, da das ja grundsätzlich präzise arbeitende Historiker:innen sind, aber diese wurden vom Innenministerium eingesetzt. Das, was es hier zu historisieren gilt, ist ja letztlich: Wer ist hier und heute in der Regierung? Was für ein Interesse besteht in dieser Regierung? Was für eine Vorstellung davon, wie man Probleme löst, besteht da?

Es wäre wirklich spannend, sich noch einmal genauer anzuschauen, was für ein Weltbild sich im Umgang mit dieser Situation äußert. In diesem „Neutralisieren“ steckt ja der vermeintliche Versuch, dem nicht mehr Gewicht zu geben und zumindest nicht den Neonazis den Vorschub zu leisten. Das geht aber halt mit dem perfiden Umstand einher, dass man von allen möglichen und denkbaren Gruppen und Institutionen dort ausgerechnet die Polizei reinsetzen will, die allzu oft unhinterfragt eher eine Nähe nach rechts sucht als nach links bzw. zu einer offenen, egalitären Gesellschaft – und das ist ein Problem.

DA

Es handelt sich bei der Polizei auch um eine Institution, die ihre Gewaltgeschichte nicht aufgearbeitet hat. Seit 2000 leitet die ÖVP, mit den Unterbrechungen Herbert Kickl und Wolfgang Peschorn, das Innenministerium und ist damit auch alleinig verantwortlich dafür, wie das offizielle Österreich mit dem Hitler-Geburtshaus umgeht.

GH

Genau. Wie kommt es dazu, dass die ÖVP allein entscheidet – ohne jegliche größere gesamtgesellschaftliche Diskussion? Das zeigt sich auch in der Wahl des Formats des geladenen Wettbewerbs. Wer entscheidet über die Teilnehmer:innen dieses Wettbewerbs? Bei wem liegt hier die Entscheidungsmacht, die sich dann in das Gewaltmonopol Polizei umschlägt?

DA

Ab den 1970er-Jahren wurde das Haus bereits durch eine sozial-karitative Organisation genutzt – durch die Lebenshilfe Oberösterreich, die darin eine Behindertenwerkstätte betrieben hat. Das Haus war in dieser Zeit in Teilen öffentlich zugänglich, weil die Lebenshilfe darin ein Geschäft betrieb. Inwieweit war der Realisierungswettbewerb selbst überhaupt das richtige Verfahren, gegenüber der Möglichkeit eines offenen Ideenwettbewerbs? Wie sehen Sie grundsätzlich die Ausschreibung von offenen Ideenwettbewerben, wenn es um die Gestaltung und Nutzung von solchen belasteten Orten geht?

GH

Ich glaube, das ist abhängig vom Kontext. Eduard Freudmann und ich haben vor einigen Jahren einen internationalen, offenen Wettbewerb in Warschau gewonnen, bezüglich der Erinnerung an nichtjüdische Polinnen und Polen, die während der nationalsozialistischen Zeit Jüdinnen und Juden gerettet haben. Wir waren dadurch mitten in einem weltweit öffentlichen Diskurs darüber, dass dieser Wettbewerb eigentlich am falschen Ort oder für den falschen Ort definiert war, nämlich durch die Platzierung der Erinnerung an nichtjüdische Menschen mitten im ehemaligen jüdischen Ghetto und damit verbunden die Frage danach, wer hat Recht auf welche Erinnerung an welchem Ort? Der Wettbewerb hat diese Diskussion evoziert – und wir haben in der zweiten Runde darauf reagiert. Eine solche intensive Thematisierung wurde im Falle des geladenen Wettbewerbs zum Hitler-Geburtshaus vorweg nicht in Anspruch genommen und ist auch bislang nicht passiert.

Es gab noch zu wenig öffentliche Diskussion. An sich setzen sich ja viele Menschen weltweit mit Erinnerungspolitik auseinander – akademisch, theoretisch, praktisch, aus sozialarbeiterischer Perspektive, aus historischer Perspektive etc. All diese Expertise lässt man außen vor, wenn man einen gewissen Stab an Expert:innen vorauswählt, die einen möglichst „historisch korrekten“ Umgang beschreiben, und wenn man den dann exekutiert – mitten während der Corona-Lockdowns. Es gab – zumindest meiner Recherche nach – auch keine massive Dringlichkeit, hier zu agieren, weil da womöglich sonst ständig Neonazis vor dem Haus aufmarschieren würden. Es gab ja den Versuch, über einen Gedenkstein die Kontextualisierung des Ortes umzubesetzen. Es gibt auch zivilgesellschaftliche Initiativen in Braunau, die darauf achten, dass das Haus eben nicht zum Pilgerort wird. Hier wurde eine Not herbeigeschrieben, für die man ganz schnell eine Lösung finden sollte. Ohne eine Auseinandersetzung, die viele Menschen mit einbezieht und die viel wertvoller wäre.

DA

Die Teilnahme am Wettbewerb war mit dem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren, das öffentlich war, in zwei Phasen gegliedert. Das Teilnehmer:innenfeld der zweiten Phase war sehr klein – es wurden nur 15 Büros zugelassen und schlussendlich haben zwölf davon abgegeben. Sie waren eine von jenen, die nach erfolgreicher Zulassung keine Einreichung abgegeben haben.

GH

Wie viele Bewerber:innen es in der ersten Phase tatsächlich gab, wissen wir nicht. Ich weiß nicht, ob die Zahl öffentlich ist. Dass bei einem geladenen Wettbewerb, bzw. bei einem solchen zweistufigen Wettbewerb 15 Büros geladen werden, ist eine Entscheidung der Jury und auch eine Entscheidung der Auslober – auch in Bezug darauf, wie viel Geld man ausgeben möchte. Es gab, glaube ich, ein Bearbeitungsgeld für die erfolgreiche Teilnahme, das wir nicht beansprucht haben. In dem Moment, in dem diese Form des Wettbewerbs gewählt wird, können es 15 oder 25 sein, aber es ist ganz selten, dass es 40 oder 50 wären, die dann auch anständig für die Ausarbeitung bezahlt würden.

DA

Hätte es mehr Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld des Wettbewerbs, oder mehr Öffentlichkeit allgemein gebraucht? Der Wettbewerb war ja unter anderem sehr kryptisch betitelt mit „Salzburger Vorstadt 15“.

GH

Auf jeden Fall, aber die Frage ist, hätte es mehr Öffentlichkeit für diese Form des Wettbewerbs gebraucht oder mehr Öffentlichkeit allgemein? Letzteres ist auf jeden Fall meine Position.

DA

Aus welchen Gründen haben Sie sich dazu entschieden, nach erfolgter Einladung nicht an dem Wettbewerb teilzunehmen?

GH

Zunächst einmal haben wir uns mit einem Statement beworben, in dem es darum geht, warum uns das interessiert. Wir haben darin auch geschrieben, dass wir Erfahrung auf dem Gebiet haben, uns viel damit auseinandergesetzt haben – in Form von Ausstellungsformaten, Kontextualisierungen im öffentlichen Raum, etc. Es gibt immer die Abwägung: Macht man gar nicht mit, boykottiert man schon im Vorhinein? Da die Unterlagen so kryptisch waren, wollten wir sie uns anschauen und haben das auch sehr genau gemacht. Die Bearbeitungszeit war zu kurz angelegt. Wir haben auch tatsächlich einige Zeit daran gearbeitet, es war für uns aber auch klar, dass wir sicher nicht um jeden Preis eine Antwort auf eine Frage geben, die in unseren Augen falsch gestellt war. Wäre es uns gelungen, in der Zeit einen guten, kritischen Alternativvorschlag zu entwickeln, dann hätten wir ihn vielleicht auch eingereicht. Aber wahrscheinlich hätte der Vorschlag nur heißen können, es nochmal auszuschreiben. Und das, obwohl theoretisch die Möglichkeit bestanden hätte, der Polizei „nur“ durch einen Neubau neben dem historischen Haus Raum zu geben und das Haus zumindest leer zu lassen. Innerhalb dieses Projektentwicklungsprozesses wurde umgangen und nicht eingelöst, was ein solches Projekt eigentlich bräuchte, nämlich eine längerfristige Auseinandersetzung – vor allem mit der Zivilgesellschaft vor Ort. Das war im Rahmen dieser ganz klaren, technokratischen Ausschreibung des Raumprogramms für eine Polizeistation in keiner Weise möglich. Es wäre aber spannend gewesen, hätten mehrere Büros nicht geantwortet. Wobei: Es gab ja ein paar interessante Protestabgaben, wobei man aber gemerkt hat, dass die auch nicht sehr weit gefruchtet haben.

DA

War es Ihnen ein Anliegen, diese Entscheidung öffentlich zu machen und so noch einmal gegen diesen Wettbewerb zu protestieren?

GH

Es ist mir jedenfalls kein Anliegen, das nicht öffentlich zu machen, daher sprechen wir ja gerade zusammen darüber. Die Bearbeitung des Wettbewerbs fiel in den ersten strengen Lockdown. Wir haben gemerkt, dass man gemeinsam als Team an einem Tisch sitzen muss, um solche schwierigen Fragen zu reflektieren, und wie wichtig es ist, nicht nur online miteinander zu arbeiten. Es braucht Diskussionsforen, einen gemeinsamen Raum, um auch öffentlichere Diskussionen zu führen. All das war überhaupt nicht möglich.

DA

Uns haben vor allem die Auslobungsunterlagen tätig werden lassen. Die Sprachlichkeit der Auslobung, die alles umschiff, nichts beim Namen nennt, aber dann trotzdem fordert, Erinnerung zu beseitigen, zu neutralisieren. Können Sie etwas zu dieser Sprachlichkeit in der Auslobung sagen?

GH

Ich fand es auch problematisch, dass gesellschaftspolitisch höchst wichtige und zu benennende Themen außen vor geblieben sind: die Geschichte des Nationalsozialismus, die Frage nach der Rolle Österreichs, nach der Rolle der Politik und Verwaltung in der NS-Zeit, aber auch die Frage der Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichsten Facetten, bis hin zur Fetischisierung dieses Hauses nach der NS-Zeit. Es wurde auf ein technisch-pragmatisch zu lösendes Problem reduziert: Wie das Raumprogramm der Polizei in das alte Haus reinpasst, wie das Haus am Ende ganz anders aussehen kann. Das ist letztlich eine feige Form der Ausschreibung in Hinblick auf die Ausgangssituation. Man setzt sich nicht mit der Schwierigkeit und dem Erbe dieser Zeit

auseinander, sondern versucht, es möglichst simpel zu entsorgen, einerseits ästhetisch, andererseits technisch-bürokratisch.

DA

Diese Nicht-Nennung, dieser Nicht-Umgang mit dem historischen Kontext in den vorgeschalteten Wettbewerbsunterlagen haben dazu geführt, dass die Teilnehmer:innen selbst eine Sprachlichkeit finden mussten und dadurch eine entweder unbedarfte oder teils wirklich sehr unpassende Sprache verwendet wurde. Zum Beispiel wird beim Siegerbeitrag vom „Führer-Geburtshaus“ gesprochen. Damit hat sich das Büro nicht sofort disqualifiziert, sondern auch noch gewonnen.

GH

Worüber wir eben auch sprechen sollten, ist die Jury und die Frage danach, was es in der Jury für eine Sensibilität gibt. Man braucht Teilnehmer:innen in der Jury, die auch in der Lage sind, zu decodieren, ob ein Architekturbüro nicht nur weiß, wie es diese historischen Gemäuer für die Zukunft umbaut, sondern auch weiß, worüber wir hier eigentlich sprechen. Es gibt genügend Leute, die wissen, dass es eben nicht darum gehen kann, die Sprache der Täter weiterzuschreiben. Da brauche ich in dem Haus noch nicht mal einen Täterort erkennen – ein solcher entsteht ja eher dadurch, dass diese Sprache weiterverwendet wird. Wir sollten fragen, was es bedeutet, dass irgendjemand das Haus immer noch „Führer-Geburtshaus“ nennt – dass Hitler unhinterfragt immer noch „Führer“ heißt?

Es zeugt aber auf jeden Fall davon, dass der Wettbewerb nicht als einer verstanden wurde, der dringlich die dafür notwendige Form von Auseinandersetzung miteinbeziehen sollte. Er wurde als architektonischer, technischer Wettbewerb verstanden, dieses Haus umzubauen, mit dem vorgegebenen Raumprogramm. Die Fragen danach, wie spreche ich über Hitler, worum geht es hier überhaupt, was für Themen, was für Implikationen stehen da noch im Raum? Diese Fragen sind dann offensichtlich für die erfolgreichen Büros gar nicht relevant gewesen. Damit impliziere ich nicht, dass sie das absichtlich negiert haben.

Man möchte aber eigentlich nicht glauben, dass im Jahr 2020 Büros rein pragmatisch bei einem solchen Wettbewerb mitmachen, um einen weiteren Auftrag zu bekommen. Das würde schon sehr an Zynismus grenzen oder eigentlich fast an Selbstdestruktion. Nicht zuletzt ist das ein viel beobachtetes Projekt. Man weiß auch, dass solche Projekte – hoffentlich – nicht ohne Proteste aus der Zivilgesellschaft ablaufen – Proteste aus allen ideologischen Ecken heraus. Man müsste sich darauf einstellen, dass man als Architekt:in auch eine Vermittler:innen-Position einnehmen muss. Ich glaube, dass man noch viel früher von zivilgesellschaftlicher Seite das Verfahren des Wettbewerbs beanspruchen hätte sollen.

DA

Derzeit ist die von Ihnen gestaltete Ausstellung Hitler entsorgen. Vom Keller ins Museum im Haus der Geschichte Österreich in Wien zu sehen. Lässt sich das Konzept der Ausstellung auch an einen belasteten Ort, wie das Geburtshaus von Adolf Hitler, transferieren? Das Haus der Geschichte Österreich ist letztlich auch eine Art von belastetem Ort, alleine schon durch den sogenannten Hitler-Balkon. Wie sehr ist dieses Konzept ortsbezogen? Lässt sich das auch an einen, sozusagen, noch belasteteren Ort transferieren? Und welche Antworten liefert die Ausstellung darüber, ob man Hitler einfach entsorgen sollte?

GH

Im Prozess zur Gestaltung dieser Ausstellung haben wir unter anderem den Titel oft diskutiert. Ich war eigentlich gegen Hitler im Titel, wobei mit „Hitler entsorgen“ doch wieder ein kritischer Aspekt aufgeworfen wird – denn natürlich lässt der sich nicht entsorgen. Ich würde sagen, das Geburtshaus von Hitler ist wahrscheinlich weniger belastet als der „Hitler-Balkon“ und der Heldenplatz. Es geht aber nicht darum, eine

Reihung zu machen. In der Ausstellung haben wir den Altan – so heißt dieser Balkon – direkt mitthematisiert. So wie wir anhand des Nazi-Zeugs, das ins Museum geschickt wird, Fragen stellen, die die Menschen zum Nachdenken bringen sollen, fragt die Ausstellung: Sollen wir auf diesen „Hitler-Balkon“ gehen können oder nicht? Sollen Menschen im schlimmsten Fall ungehindert Nazi-Posen nachstellen können? Diese Fragen sind überhaupt nicht unähnlich zu den Fragen, die wir uns im Rahmen meiner Professorinnenstelle in Nürnberg gestellt haben. Ich war bis vor kurzem in Nürnberg Professorin für Städtebau, dabei haben wir uns intensiv mit dem Reichsparteitagsgelände und mit der Zeppelintribüne beschäftigt. Es ist schon perfide, wie der Balkon der Zeppelintribüne die Menschen anregt, sich raufzustellen und sich kurz sozusagen wie der „Führer“ zu fühlen. Und doch, die Frage nach demokratischer Zugänglichkeit muss gestellt werden. Wie wird sie aber vermittelt? Wie wird sie gebrochen? Es muss nicht immer ein Museum sein, es muss kein Haus der Geschichte sein, aber es braucht eine kontinuierliche Auseinandersetzung damit – so wie eben auch mit dem Haus in Braunau.

Das Haus in Braunau wirft genau diese Frage auf: Sollen wir nicht endlich auch hier Hitler entsorgen? Es durch die Polizei neutralisieren und so umbauen, dass es nicht mehr wiedererkennbar ist? Es kann zu einem schönen, schicken, historischen Haus werden – immerhin gibt es viele Stimmen, die sagen, irgendwann muss es auch einmal genug sein. Mich interessiert weniger der historische Moment, dass etwa in diesem Fall jemand darin geboren wurde, oder die Geburt selbst von jemandem, von dem man längst weiß, welche Menschheitsverbrechen er begangen hat. Am meisten interessiert mich, wie die Gesellschaft seither mit dem Haus umgeht: Das ist das Spannende, das gilt es zu diskutieren, aufzuarbeiten, sich damit auseinanderzusetzen.

DA

Kann man den komplexen, historischen Fragestellungen, wie sie das Haus in dem Adolf Hitler geboren wurde aufwirft, mit baulichen Lösungen gerecht werden? Wenn sie eigentlich größer, gesellschaftlicher gedacht werden müssen?

GH

Grundsätzlich kann man nicht einer komplexen, historischen Fragestellung mit einem monofunktionalen Lösungsansatz gerecht werden. Architekt:innen und Architektur würden sich massiv überschätzen, wenn sie denken „Wenn wir ein schönes Haus draus machen, ist das alles erledigt“. Es würde sich das Innenministerium massiv überschätzen, wenn die Leute dort denken „Wenn wir eine Polizeistation reinsetzen, ist das alles erledigt“. Und es ist natürlich auch eine Überschätzung zu sagen „Wenn wir protestieren, ist alles erledigt“. Ich glaube, es geht um die Vielfalt und um die Allianzbildung von all jenen, die ein wirkliches Interesse an andauernder antifaschistischer Arbeit haben, nicht nur daran, wie das Haus umgestaltet wird. Wenn das Haus künftig die entsprechende Infrastruktur für diese Arbeit gewährleistet, um einen Diskurs vor Ort führen zu können, wäre das toll, aber ich weiß nicht, ob wir Lust haben werden, eine solche Diskussion in einer Polizeistation zu führen.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Jörg Springer

Das Gespräch mit Springer Architekten, Teilnehmer in einer Arbeitsgemeinschaft mit KABE Architekten am Realisierungswettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler, wurde von Daniela Mehlich und Sophia Walk am 8. Dezember 2021 geführt.

Prof. Jörg Springer führt seit 1995 das Büro Springer Architekten in Berlin, ein Schwerpunkt seiner theoretischen und praktischen Tätigkeit ist der Umgang mit dem geschichtlichen Kontext. Als Professor für Entwerfen und komplexe Gebäudelehre lehrt Jörg Springer an der Bauhaus-Universität Weimar und ist darüber hinaus Mitglied diverser Beiräte und als Fachpreisrichter in Architekturwettbewerben aktiv.

Diskurs Architektur

Wir möchten mit Ihnen über die Bedingungen von Architektur anhand eines belasteten Ortes sprechen: Gegenstand des Architekturwettbewerbs war mit dem Gebäude in der Salzburger Vorstadt 15 das Geburtshaus von Adolf Hitler. Es handelt sich hier um einen beispiellosen Ort, der weder Täter- noch Opferort ist, aber als solcher eine zentrale, gedenkpolitische Bedeutung innehat – Braunau wird immer damit verbunden sein, dass Hitler dort geboren wurde. Wie wurde Ihnen dieser Ort bewusst?

Jörg Springer

Dass Braunau der Geburtsort Hitlers ist, das weiß man – woher ich das weiß, das kann ich nicht mehr sagen. Die konkrete Situation kenne ich tatsächlich erst aus diesem Wettbewerbsverfahren.

DA

Was bedeutet dieser Ort in Ihren Augen? Und wie soll diese Bedeutung in der Zukunft gestaltet werden?

JS

Er ist insofern nicht Täterort, als es nicht ein Ort der Tat ist, oder einer konkreten Tat. Man kann ihn erst später so lesen, weil er natürlich später inszeniert worden ist. Aber das, was mich besonders beeindruckt hat, ist eigentlich genau dieses Problem, dass der Ort so scheinbar unschuldig ist. Das hat mich interessiert, weil es uns zurückwirft auf das, was möglich ist, also das, was in jedem von uns tatsächlich auch angelegt ist. Und deswegen ist es ein Ort, der mich eigentlich viel mehr interessiert als manche andere Orte, wo die Situation sehr viel klarer ist. Hier hat der kleine Adolf in den Pampers gelegen, um das so flapsig zu sagen, also in wirklich aller Unschuld, und trotzdem ist dieser Ort letztlich mit seinem Namen verbunden. Das macht diesen Ort zu einem mahnenden Ort für jeden von uns, dass in jedem von uns die Möglichkeit zu ganz fürchterlichen Dingen angelegt ist. Und ich glaube, das ist ehrlich gesagt nicht wenig. Deswegen halte ich es hier für fahrlässig, geradezu übelwollend, diesen Ort auslöschen zu wollen. Von derartigen Orten gibt es tatsächlich sehr wenige, die derart prägnant genau diese Fragen stellen. Ich müsste jetzt wirklich nachdenken. Ich wüsste kaum einen vergleichbaren Ort, der diese Dimension so präzise in sich trägt.

DA

Die Auslobung erwähnt nicht, um welches Haus es sich handelt: Der Name Adolf Hitler wird an keiner Stelle genannt. Würde man einen Namen, wenn es um eine positiv konnotierte geschichtliche Persönlichkeit geht, genauso wenig nennen? Oder geht es jetzt wirklich um die Person Adolf Hitler? Was die Ausschreibung aber klar formuliert ist der Wunsch, Erinnerung „zu beseitigen“. Dieser geht offensichtlich so weit, dass die Auslober Hitlers Namen nicht einmal nennen – obwohl natürlich jeder, der diese Ausschreibung gelesen hat, sofort weiß, um welches Haus es sich handelt und auch über den Ort Braunau am Inn direkt die entsprechende Assoziation hat.

JS

Wenn so ein Wettbewerb in Braunau vom Innenministerium ausgelobt wird, ist es naheliegend, um welches Gebäude es sich handelt. Ich weiß, dass man es gerne vermeiden wollte, dass die konkrete Bezeichnung angeführt wird. Man wollte das aus Google tilgen – ich weiß nicht, ob das gelungen ist – was ich höchst fragwürdig finde. Die Auslobung ist für den Gegenstand der Auslobung in der ganzen Diktion sehr technisch formuliert. In den Bereichen, wo sie das nicht ist – wo Dokumente wie zum Beispiel die Stellungnahme der Historikerkommission zur Kenntnis gegeben werden –, ist sie extrem reduziert auf allein die Position der Auslober. Das ist fragwürdig. Was auch eine ganz interessante Frage ist, die uns sehr intensiv beschäftigt hat – obwohl sie im engeren Sinne keine architektonische Dimension hat – ist die Geschichte

im Umgang mit diesem Haus. In der Auslobung taucht auch diese Dimension der Geschichte der Transformation der zwischenzeitlichen Inszenierung des Hauses nur sehr mittelbar auf.

DA

Sie sprechen von der Inszenierung als Geburts- und Kultstätte in der NS-Zeit?

JS

Ja, und danach wieder rückwärts, also das Zurücknehmen davon. Auch dazu fehlt in der Auslobung eine Auseinandersetzung. Aber ehrlich gesagt, am Ende muss man sich dies auch erarbeiten, wenn man in so ein Thema einsteigt. Ich denke, das kann man als Architekt tun. Das haben viele solcher Geburtsorte gemeinsam, dass man erst eine bedeutende Persönlichkeit hat und sich dann die Rezeption verändert, was wiederum Auswirkungen darauf hat, wie man damit umgeht. Verrückterweise gibt es hier auch die Stellungnahme der Denkmalpflege. Die ist hochinteressant im Kontext der Auslobung, weil sie in diesem konkreten Fall – aus meiner Sicht durchaus richtigerweise – bestimmte Grundsätze zumindest einmal zur Disposition stellt. Mir scheint tatsächlich auch die Denkmalpflege weiter zu sein als das Innenministerium.

Ist der klassische Umgang mit einem Denkmal, also alles zu erhalten, was da ist, als ein größtmöglicher Substanzerhalt im konkreten Fall geeignet, dem Anspruch an das „sich erinnern“ an diesem Ort wirklich gerecht zu werden? Ich denke, was die Denkmalpflege sehr gut verstanden hat, ist, dass das tatsächlich nicht der Fall ist, dass es um die relative Unabhängigkeit von der eigentlichen Substanz und von der eigentlichen Gestalt an diesem Ort geht.

DA

Grundsätzlich muss man sagen, dass durch das Enteignungsverfahren der denkmalpflegerische Schutz aufgehoben wurde. Es wäre durch die Enteignung somit potenziell jegliche bauliche Änderung möglich gewesen, auch in einem noch größeren Ausmaß. Die Auslobung legt bezüglich des baulichen Umgangs mit dem Gebäude und speziell mit dem Dach nahe, die Dachform in einen Doppelgiebel zurückzuführen – was sehr viele Büros als Einladung eben dazu verstanden haben. In der Auslobung und auch in den begleitenden Unterlagen wurde aber offensichtlich zu wenig deutlich, dass die bauliche Veränderung der Dachform vom Doppelgiebel zum traufständigen Dach zur Salzburger Vorstadt keine bauliche Veränderung der Nationalsozialisten war: die Dachform wurde ja schon vorher verändert und in der NS-Zeit nur saniert worden.

Wir sind den Eindruck nicht losgeworden, dass es in dieser Hinsicht im Teilnehmer:innenfeld auch einige Missverständnisse gab. Beziehungsweise, dass offensichtlich dieser naive Wunsch da war, die Zeit sehr weit zurück zu drehen, um jegliche negativen Assoziationen an die Nationalsozialisten mit etwas anderem zu übertünchen oder zu überbauen.

JS

Das ist völlig richtig. Diese Geschichte ist mir gut bekannt, das hat uns natürlich auch interessiert. Wobei das Missverständnis durchaus bezeichnend ist. Plötzlich hat man das Zusammenfassen zu einem Haus als den Versuch interpretiert, dieses Haus repräsentativer erscheinen zu lassen – aber nicht mit der Absicht, den Geburtsort Hitlers zu inszenieren, sondern vielleicht war es viel banaler und man hat diese technisch nicht ganz unproblematischen Sicken irgendwie loswerden wollen. Aber plötzlich wird es so gelesen und führt dazu, dass umgekehrt die Verniedlichung zum Ziel erhoben wird und man wieder die Giebelchen bauen darf.

DA

Mit Ihrem Wettbewerbsbeitrag, den Sie gemeinsam mit dem Wiener Büro KABE Architekten eingereicht haben, sprechen Sie sich hingegen für ein mahnendes Erinnern aus.

JS

Wir haben eine große Zahl von Orten der Verbrechen, bei uns in Weimar namentlich, die dramatisch sind, die uns in eine Situation des sich Identifizierens mit den Opfern bringen. So verstörend die Orte sein mögen, so komfortabel sind sie, was unsere eigene Position angeht. Ähnlich ist es mit den Orten der Taten, die als eindeutig verbrecherisch benannt und adressiert werden und damit immer eine Distanz zwischen uns als nachgeborene Betrachter und den damals dort handelnden Tätern ermöglichen. Das nimmt jeder allzu gerne für sich in Anspruch.

Hier in Berlin, etwa im Finanzministerium, kann man sich vorstellen, wie im Stechschritt in Uniform durchgelaufen wurde. Und man sagt: „Das sind die, das sind nicht wir“. Das geht an diesem Ort, Braunau, nicht. Und zwar gerade deswegen, weil er so gewöhnlich ist. Weil an diesem Ort nicht die Tat stattgefunden hat und auch nicht das Verbrechen, sondern an diesem Ort scheint die Möglichkeit auf – für uns alle – und das ist nicht wenig.

DA

Was war für Sie als Person und als Architekturbüro die Motivation, an diesem Wettbewerb teilzunehmen?

JS

Zu dem Zeitpunkt war mir ehrlich gesagt nicht klar, dass die Auslobung des Wettbewerbs geradezu explizit – wenngleich mit einigen argumentativen Schleifen – die Auslöschung dieses Ortes als Erinnerungsort gefordert hat. Wir haben uns beworben, wir sind dafür eingeladen worden. Absurderweise ist man, wenn man einmal ein Geburtshaus entworfen hat, offensichtlich Experte für Geburtshäuser in der Architektur. Das verdanken wir dem Vergaberecht. Wer da zur Welt kommt, spielt dann offensichtlich keine Rolle mehr.

Als wir uns mit dieser Aufgabenstellung beschäftigt haben, war mir sehr schnell klar, dass wir diesem Anliegen der Auslobung so nicht entsprechen würden können. Und dass das ökonomisch möglicherweise nachteilig ist für den Architekten, der Geld in so ein Ding investiert. Aber ehrlich gesagt, dafür ist es dann auch zu wichtig, dort etwas zu tun. Allerdings sehen das, wie gesagt, ganz offensichtlich die meisten anderen Kollegen anders. Und die werden Ihnen wortreich erklärt haben, warum das alles gut ist, so wie es ist.

Marte. Marte haben in ihrem Erläuterungsbericht ausdrücklich und wörtlich geschrieben, dass die Erinnerung an dieser Stelle verschwinden dürfe. So einen Text hat jemand mal geschrieben. Da ich niemandem unterstelle, er schreibe etwas, ohne darüber nachzudenken, tut er womöglich auch andere Dinge, ohne nachzudenken. Es wäre nicht erfreulich, sich das vorzustellen. Dass das Projekt inzwischen nicht mehr auf deren Website auftaucht, zeigt das schlechte Gewissen, das man möglicherweise inzwischen hat. Es reicht aber natürlich in Österreich nicht so weit, dass man dann einen Auftrag zurückgibt. Oder jedenfalls habe ich davon keine Kenntnis. Das wäre die einzig angemessene Reaktion.

DA

Schön, Ihre klare Perspektive von außen zu hören. Wir haben Ihrem Wettbewerbsbeitrag und auch Ihrer Website entnehmen können, dass Sie auch der Nutzung als Polizeistation kritisch gegenüberstehen. Warum halten Sie die Entscheidung des damaligen Innenministers Peschorn, das Gebäude als Polizeistation zu nutzen, für nicht angemessen?

JS

Zunächst einmal muss man sich diese Gemengelage anschauen. Eine Nutzung sei geeignet, den Enteignungszweck zu rechtfertigen, heißt es im Abschlussbericht der Kommission. Das ist eine juristische Argumentation, die versucht, ein gut gemeintes Ziel zu legitimieren. Das kann aber im Nachgang für den tatsächlichen Umgang mit

dem Gebäude nicht mehr der Maßstab sein. Ich glaube, das sind unterschiedliche Situationen und in unterschiedlichen Situationen wurde in einer bestimmten Weise argumentiert. Ich kann das auch nur aus den mir zur Verfügung stehenden oder zugänglichen Dokumenten so schließen. Das zweite ist, die Kommission ist von der Auftraggeberseite besetzt worden mit einem bestimmten Ziel und einer bestimmten Intention. Ohne alle Mitglieder der Kommission persönlich zu kennen, scheint mir die Gemengelage und die Art und Weise, wie diese Stellungnahme der Kommission aufgebaut ist, sehr eindeutig darauf hinzudeuten, dass man hier eine relativ komplexe Legitimation für ein eigentlich im Vorfeld beschriebenes Ziel gesucht hat. Ich glaube, da gehe ich nicht zu weit, wenn ich das sage.

Wir haben diese Frage völlig unvoreingenommen und auch jenseits solcher Verflechtungen in irgendwelchen Verfahrensfragen für uns diskutiert: Wie kann man mit einem solchen Ort überhaupt umgehen? Ganz offen gestanden, ich hätte möglicherweise, wenn es eine klug konzipierte, sozial-karitative Nutzung gewesen wäre, sogar noch einmal anders darüber nachgedacht. Ich glaube aber, dass grundsätzlich jegliche Nutzung wahnsinnig problematisch ist. Ich denke nicht, dass die Erinnerung an diesem Ort durch einen Umbau, durch eine Veränderung dieses Hauses getilgt werden kann. Die Erinnerung daran, dass es sich hier um Hitlers Geburtsort handelt, ist nicht gebunden an die Substanz dieses Hauses, und sie ist auch nicht gebunden an das Erscheinungsbild dieses Hauses.

Das Erscheinungsbild ist ganz erheblich verändert worden, mit dem Ziel der Inszenierung des Geburtsortes. Das kann man tun, das kann man auch wieder zurücknehmen. Das wird aber nichts daran ändern, dass dieser Ort immer mit diesem historischen Ereignis, mit dem Geburtsort Hitlers adressiert werden wird. Das setzt ganz zwangsläufig alles, was dort passiert, immer in einen Bezug zu diesem Ort. Selbst wenn Sie eine sozial-karitative Nutzung reinsetzen, hat diese immer nur den Zweck, diesem Ort gewissermaßen etwas entgegenzusetzen. Ich bin mir nicht sicher, ob es anständig ist, von einer Behinderteneinrichtung zu verlangen: „Ihr seid jetzt hier, weil ihr damit diese Erinnerung unterdrückt.“ Das scheint mir als Vorstellung einigermaßen grotesk. Und noch schwieriger ist es, wenn eine Polizeistation in das Gebäude einzieht, weil die armen Polizeibeamten, die dort sitzen, plötzlich in der absurdesten Rechtfertigungssituation sind. Wenn man das zu Ende denkt, stellt man fest, dass für jeden, der dort täglich sein müsste, dieser Umstand, dass dieser Ort immer Erinnerungsort ist, eine Zumutung ist, der man niemanden aussetzen sollte. Das war der Grund, weswegen wir generell eine Nutzung hier für ausgeschlossen halten und das wollen wir auch zeigen. Das war einer der Gründe, warum wir den Vorschlag gemacht haben, den wir gemacht haben.

DA

Haben Sie das Verfahrensmodell des Realisierungswettbewerbs als das richtige Format empfunden? Hätten Sie auch an einem Ideenwettbewerb teilgenommen?

JS

Man kaschiert die Verlegenheit, die Dinge nicht wirklich durchdacht zu haben, indem man einen Ideenwettbewerb ausschreibt. Ich finde es sogar fast richtiger, ihn Realisierungswettbewerb zu nennen. Was ich für problematisch halte, ist die extreme Festlegung in dem Wettbewerb auf den Umgang mit dem Geburtshaus. Der Gedanke, zu sagen, „ich mache an diesem Ort eine Polizeistation“, ist gar nicht mal so abwegig, in Hinblick auf diese Aneignungen, die dieser Ort bisweilen auch erfährt. Präventiv ist es gar nicht so schlecht, wenn dort ein paar Gendarmen sind – aber die müssen nicht direkt in dem Haus sein.

Ich denke, es hätte diesem Wettbewerb gut getan, wenn er im Hinblick auf den Umgang mit dem Haus eine sehr viel größere Offenheit gestattet hätte. Möglicherweise hätte man sagen können, ich lege den Wettbewerb aus für Architekten in Zusammenarbeit mit Künstlern. Oder auch ganz offen für alle, die sich beteiligen möchten. Auf diesem Weg könnte man tatsächlich nach einer Aussage für den Umgang mit diesem Haus

suchen. Was mich schockiert hat ist, dass kein einziger der Wettbewerbsteilnehmer sich mit dem eigentlichen Kern der Aufgabe auch nur ansatzweise auseinandergesetzt hat. Das, muss man so sagen, ist ein Armutszeugnis.

DA

Das ist der Grund, warum wir hier sitzen. Aber den eigentlichen Kern der Aufgabe sehen die Auslober woanders, es ist ja in gewisser Hinsicht um einen Nicht-Umgang gegangen.

JS

Nein, das haben die Auslober auch so gesehen. In der Auslobung steht, dass die Erinnerung getilgt werden soll. Normale Auslobungen zu Polizeistationen in Vorstädten irgendwelcher Kleinstädte enthalten meines Wissens nicht seitenlange Stellungnahmen von Historikerkommissionen.

DA

Die Auslobungsunterlagen haben keine Sprache für einen gedenkpolitischen Umgang mit diesem Gebäude gefunden. Folglich zeichnen sich auch viele der Einreichungen durch eine unsensible bis skandalöse Sprachlichkeit aus – um zum Beispiel das „Führergeburtshaus“ von Marte.Marte zu nennen. Inwieweit haben diese Auslassungen in der Auslobung bei Ihnen dazu geführt, ein Plädoyer für einen gedenkpolitischen Umgang mit dem Gebäude zu verfassen? Als solches lesen wir Ihren Wettbewerbsbeitrag.

JS

Ja, ich halte es für unausweichlich im Umgang mit diesem Ort, das zu tun. Ein anderer Beitrag wäre mir nicht möglich gewesen, an der Stelle. Ich könnte höchstens sagen, ich mache gar nichts. Ahnend, wissend, dass das herauskommt, was herausgekommen ist, hielt ich es schon für wichtig, wenigstens den Versuch zu unternehmen, mit unseren Mitteln, mit den Mitteln der Architektur, tatsächlich eine Position zu verfassen.

DA

Sie haben gemeinsam mit KABE als einziges Büro vorgeschlagen, das Geburtshaus an sich ungenutzt zu lassen und die Polizeistation in einem komplett separaten Zubau anzusiedeln. Wäre es für Sie auch eine Option gewesen, nur das ungenutzte Haus als Mahnmal einzureichen?

JS

Ja, das hätte man machen können, aber das wäre in diesem Verfahren möglicherweise schwierig gewesen. Da hätte gleich die Gelegenheit genutzt werden können, das Projekt auszusortieren. So leicht wollten wir dem Auslober das Leben auch nicht machen. Es gibt gute Gründe dafür zu sagen, an diesem Ort, im Umfeld von Hitlers Geburtshaus, wäre die Polizeistation richtig situiert. Das würde ich jetzt noch nicht einmal kritisieren. Ich glaube, da liegen auch der Auslobung durchaus nachvollziehbare Gründe oder Argumente zugrunde. Insofern zielt unsere Kritik nicht auf die Nutzung ab, sondern auf den Umgang mit dem Geburtshaus an sich.

DA

Aus diesem Gegenüber des Geburtshauses und dem Zweckbau der Polizeistation ergeben sich Synergien. Und eine Polizeistation an diesem Ort erhält eine Berechtigung – wenn man davon ausgeht, dass es um eine gewisse Präsenz an diesem Ort geht, die wünschenswert ist.

JS

Wir haben diese unglückliche Situation in Österreich, wie auch in Deutschland, dass wir Orte haben, die ohne Polizeipräsenz praktisch nicht auskommen – wie etwa alle

Synagogen. Und möglicherweise sind es auch solche Orte wie das Geburtshaus Hitlers. Dass das nötig ist, ist traurig, aber ich fürchte, ich kann nicht einfach behaupten, es sei nicht nötig.

DA

Sie schreiben im Text zu ihrem Wettbewerbsbeitrag „die Erinnerung selbst muss diesen Ort besetzen“. Sehen Sie die Gefahr, dass der Ort dadurch in seiner geschichtlichen Bedeutung noch erhöht wird?

JS

Das haben wir sehr intensiv diskutiert, möglicherweise ist das sogar der Fall. Ich denke jedoch, dass es gar nicht zu verhindern ist. Ich denke nicht, dass dieser Ort diese Bedeutung, die er hat, überhaupt loswerden kann. Insofern kann man auch der Tatsache nicht ausweichen, dass alles, was ich dort mache, eine Bedeutung hat. Selbst, wenn ich nichts tue, selbst wenn man – wie das im Moment versucht wird – diesen Ort in die größtmögliche Belanglosigkeit zu überführen versucht, ist das auch eine Aussage. Wenn mir das bewusst ist, kann ich eigentlich kaum noch anders, als mich aktiv dazu zu verhalten. Dann ist die Überführung in die Belanglosigkeit keine Option mehr.

DA

Ihr Wettbewerbsbeitrag hat den Anstoß gegeben, den Diskurs um den „richtigen“ Umgang mit diesem Gebäude zumindest kurzzeitig noch einmal anzuregen. Sind Sie der Meinung, dass diese Debatte auch nach der Entscheidung des Wettbewerbs weitergeführt werden sollte? Beziehungsweise inwieweit verfolgen Sie diese noch aktiv und bringen sich ein?

JS

Wir verfolgen das insofern aktiv weiter, als wir heute zum Beispiel beieinander sitzen. Ich freue mich, wenn sich in Österreich jemand dafür interessiert und bin natürlich gerne bereit, mit Ihnen zu sprechen. Wenn uns jemand dazu einlädt, unsere Position deutlich zu machen, tun wir das gerne und mit großem Engagement. Letztlich ist es die Aufgabe derjenigen vor Ort, aber auch des Innenministeriums, unter Umständen noch einmal über den Umgang mit dem Haus nachzudenken und vielleicht die eigene Position noch einmal in Frage zu stellen. Aber das Projekt ist mir schon ein Anliegen. Es ist eine dieser seltenen Situationen, wo in unserer Disziplin tatsächlich auch Verantwortung gefragt ist. Ich denke, das können wir leisten.

DA

Hat es Sie gewundert, dass es nicht mehr kritische Wettbewerbsbeiträge gab?

JS

Ja! Ich hatte nicht damit gerechnet, dass sich alle so verhalten würden wie wir, aber ich hatte durchaus erwartet, dass es eine Handvoll von Projekten geben würde, die sich in einer vergleichbaren Art und Weise verhalten würden. Das ist etwas, was mich tatsächlich sehr gewundert hat. Das scheint mir angesichts dieser Aufgabenstellung problematisch.

DA

Einige potenzielle Teilnehmer:innen haben Kritik an der Auslobung und an dem Bewerbungsverfahren an sich geäußert und angeführt, dass man jegliche Form der Teilnahme als ein Gutheißen dieses Prozederes interpretiert hätte. Diese Haltung kann und sollte man natürlich auch diskutieren und in Frage stellen, weil sie schlussendlich dazu geführt hat, dass kaum kritische Wettbewerbsergebnisse vorliegen.

JS

Das ist in der Tat ein Thema, das uns auch beschäftigt. Wir haben uns auch die Frage gestellt: Können wir überhaupt etwas abgeben an der Stelle oder geben wir möglicherweise gar nichts ab? Aber ich glaube, das ist keine hinreichende Haltung. Ich glaube, wenn man sich einmal damit befasst hat, dann muss man auch etwas dazu sagen können. Als Büro ist das ökonomisch nicht besonders sinnvoll, es kostet einen fünfstelligen Betrag so einen Wettbewerb zu machen. Ich glaube aber es gibt nicht so viele solcher Situationen, wo das so nötig ist. Aber es gibt sie und ich denke, dann sind wir als Architekten in der Verantwortung, uns zu positionieren.

DA

Inwieweit kann man komplexen historischen Fragestellungen, wie sie das Geburtshaus aufwirft, mit baulichen Lösungen im Rahmen eines Realisierungswettbewerbes überhaupt gerecht werden?

JS

Ich denke, dass es eine bauliche Position dazu braucht. Aber völlig klar ist natürlich, dass das Bauliche nicht alles sein kann – das hat mir dieser Wettbewerb auch gezeigt. Architektur kann tatsächlich in solchen Situationen Positionen artikulieren und ich denke, sie muss das auch tun.

So wenig, wie mit dem Versuch eines nicht-sichtbar-Machens die Geschichte abgeschlossen ist, so wenig ist sie das auch mit einer Position wie der unseren. Auch das entlässt uns nicht aus der Verantwortung, der immer wieder neuen Auseinandersetzung damit. Im Gegenteil, es regt sie möglicherweise an. In der Historikerkommission ist darüber diskutiert worden, ob es im Rahmen einer musealen Nutzung möglicherweise Probleme durch die Aneignung durch unerwünschte Gruppen gibt. Da hängen eine ganze Menge Themen dran, die nicht mehr architektonischer Natur sind, die möglicherweise auch nicht zwangsläufig an diesen Ort gebunden sind. Dennoch denke ich, dass die Architektur eine Position einnehmen kann und sich dem stellen muss.

DA

Ihrem Verständnis folgend ist die Erinnerung, die diesen Ort besetzt, losgelöst davon, was baulich dort passiert. Wird die Erinnerung auch mit der baulichen Veränderung, wie sie im Siegerprojekt angedacht ist, an diesem Ort bleiben?

JS

Ja, aber auf eine andere Art und Weise. Es wird sozusagen das Bild der Verdrängung gebaut, ganz bewusst. Die Verdrängung wird zum Thema.

DA

In einem Interview haben Sie eine Aussage getätigt, die konträr zu dem ist, was Sie gerade gesagt haben: „Dieser Ort wird in hundert Jahren nicht mehr die Bedeutung haben, die er jetzt hat“, lautete hier Ihre Aussage. Das sehen wir durchaus problematisch – eine solche Aussage suggeriert doch, dass man nur Gras über die Sache wachsen lassen müsse und dann funktioniert das schon.

JS

Genau das haben wir doch jetzt in unserem Wettbewerbsbeitrag vorgeschlagen – aber das wollte ja keiner [lacht]. So pessimistisch bin ich nicht. Ich bin bereits Nachgeborener, Sie sind deutlich jünger als ich und beschäftigen sich wieder mit der Sache.

DA

Den ganzen Prozess und auch das bauliche Ergebnis dieses Prozesses wird man daran messen müssen, zu welcher Zeit es entstanden ist. Dass dieses Bild der Verdrängung jetzt, in diesem Jahr, aktiv vorbereitet, beschlossen und umgesetzt

wurde, wäre unser Bewertungskriterium und nicht, was eine Gesellschaft in 50 oder 100 Jahren vielleicht darüber denkt.

JS

Natürlich, aber das ist ja das Unglaubliche, dass Österreich ein paar Millionen Euro ausgibt, um Erinnerung zu tilgen. Selbst in den oberen Hierarchien der Politik gibt es auch jene, die alles andere als glücklich sind mit der Weisung ihres Innenministeriums – um es sehr vorsichtig zu sagen. Ich neige nicht dazu, einem Polizisten generell eine Nähe zu rechtem Gedankengut vorzuwerfen – umso schlimmer finde ich es, ihnen zuzumuten, ausgerechnet in diesem Haus Dienst tun zu müssen.

DA

In der Diskussion um eine mögliche sozial-karitative Nutzung gab es von diversen „Opfergruppen“ den Vorwurf der Instrumentalisierung. Dahingehend, dass man sie als benachteiligte Gruppen instrumentalisieren würde, indem man sie zur Nutzung des Gebäudes heranzieht. In den 1970ern bis in die 2000er Jahre gab es genau diese Situation: das Haus wurde von der Lebenshilfe Oberösterreich genutzt. Als eine Fortführung dieser Nutzung diskutiert wurde, war die Instrumentalisierung erneut Thema – in Bezug auf die Polizei aber wurde die Perspektive der tatsächlichen Nutzer:innen kaum besprochen.

JS

Deswegen waren wir auch gegenüber den karitativen Nutzungen am Ende eher kritisch. Letztlich ist der Ort eine Last, die eigentlich keiner tragen kann, nur damit ein Raum genutzt wird. Dafür sind unsere Gesellschaften zu reich. Das kann nicht das Argument sein.

DA

Es war mehrfach herauszuhören, dass Sie die Bewohner:innen Braunaus in der Verantwortung sehen, die Debatte noch einmal zu öffnen – und sich möglicherweise gegen diese Entscheidung von oben zu wehren oder zumindest klar Position zu beziehen.

JS

Es ist auch ein bisschen unfair, weil Braunau das Pech hat, dass sich das ausgerechnet bei ihnen abspielt. Aber letztlich liegt die eigentliche Verantwortung im Innenministerium. Das Innenministerium hat meines Erachtens eine große Fehlentscheidung getroffen und setzt sie Kraft ihrer Weisungsbefugnis gegenüber den nachgeordneten Polizeibehörden auch operativ durch. Im Grunde genommen könnte sich Braunau dazu klar verhalten – viele Leute tun das ja auch. Aber die Verantwortung liegt anderswo. Sie liegt auch bei den Architekten, das muss man so klar sagen. Ich bin nicht geneigt, meine Kollegen so ganz leicht aus der Verantwortung zu entlassen, also zu sagen: „Die Auslobung sei so gewesen, wir mussten das so machen.“ Nein, das mussten wir nicht! Überhaupt nicht! Es gibt niemanden, der Druck auf uns ausgeübt hat, das abzugeben, was wir abgegeben haben, außer vielleicht einem marginalen, durchaus tragbaren wirtschaftlichen Risiko, was damit verbunden war. Es geht um ein bisschen Geld und mehr nicht. Das kann man leisten als Architekt. Das kann man von Architekten erwarten zu tun.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Andreas Henter und Markus Rabengruber

Gespräch mit Markus Rabengruber und Andreas Henter (Tp3 Architekten), Teilnehmer am Realisierungswettbewerb zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler (2. Preis), geführt von Daniela Mehlich und Anna Paul Stürzenbecher am 23. November 2021.

Markus Rabengruber und Andreas Henter führen das Büro Tp3 Architekten in Linz. Das Büro ist seit 2005 als Generalplaner im Bereich Neubau sowie in der Altbausanierung tätig.

Diskurs Architektur

Wie wird einem das Geburtshaus Adolf Hitlers als Ort bewusst, wie erfährt man davon?

Markus Rabengruber

In meiner Kindheit wurde der Zweite Weltkrieg, die NS-Zeit, in der Schule noch ausgelassen. Erst als Jugendlicher habe ich über diese Zeit gelernt – dafür war es dann umso brennender, sich damit auseinanderzusetzen. Vor der Zeit in der HTL in Hallstatt hat es das Thema einfach nicht gegeben. So ehrlich muss man sein, das war die Generation, die das noch nicht behandeln wollte.

DA

Von welcher Zeit sprechen Sie genau?

MR

Ich bin Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre in die Volksschule gegangen und danach in die Hauptschule in Haag am Hausruck. Die NS-Zeit war da nicht präsent. Sie ist einfach ausgelassen worden – der Geschichtsunterricht hat eigentlich mit dem Dollfuß-Regime aufgehört.

Andreas Henter

Bei mir war es ähnlich, von der gesamten Zeit rund um das NS-Regime habe ich nicht in der Schule gelernt, sondern von meinem Großvater, durch die Gespräche über den Krieg – und dieses Thema beschäftigt mich bis jetzt, denn ich will versuchen, es irgendwie zu begreifen. Wir haben uns zwar erst spät damit auseinandergesetzt – dadurch aber wahrscheinlich auch intensiver – es hat mich nicht mehr losgelassen. Wir waren froh, als wir von diesem Wettbewerb erfuhren und haben uns gedacht, nun können wir uns tatsächlich auch beruflich damit beschäftigen. Dennoch muss gesagt werden, dass man sich gerade bei der gegenständlichen Bauaufgabe dessen Vergangenheit und dessen Spuren bewusst sein muss, damit nicht ignorant mit diesen „Erinnerungen“ umgegangen wird.

DA

Welche Bedeutung würden Sie dem Geburtshaus beimessen?

MR

Die Bedeutung bezieht sich ja eigentlich auf den Ort. Das Gebäude kann nichts dafür, dass Hitler darin geboren wurde, er hat ja auch nur kurze Zeit dort verbracht. [Anm.: Adolf Hitler hat in dem Gebäude in der Salzburger Vorstadt drei Monate gelebt, bevor die Familie innerhalb von Braunau umgezogen ist] Das Gebäude existiert schon lange, in der Geschichte dieses Gebäudes ist das ein Wimpernschlag – und es ist einige Male umgebaut worden. In der Biedermeierzeit ist es von ursprünglich zwei Gebäuden auf ein Gebäude zusammengelegt worden. Die Nazis haben dann eine eigene, romantisierende Architektur daraus gemacht, weil sie es als Geburtshaus inszenieren wollten. Dadurch hat es auch so einen starken Wiedererkennungswert bekommen – durch dieses schräge Erdgeschoss, diese Bogenfenster und die Farbe. Es hat einen sehr markanten Ausdruck, der auch haften bleibt.

AH

Die Frage der Bedeutung zieht sich durch den gesamten Wettbewerb. Bei der Kritik, die man darüber liest, wird deutlich, wie schwierig der Umgang damit ist. Belastet hat das Haus ja eigentlich gar nicht so sehr die Geburt Hitlers, sondern der Kauf durch Martin Bormann, der das Haus dann stilisiert hat. Die Nazis haben Hitlers Geburt im Haus überhöht und es damit zu diesem für uns jetzt „unerwünschten Kulturgut“ gemacht. Wir sind der Meinung, dass der Ort, auch wenn man das Geburtshaus in Google eingibt, leider immer gefunden wird, ganz egal wie das „Ding“ aussieht. Wenn man es wegrißt, bleibt der Ort, der belastet ist – es ist also nicht nur die Architektur an sich.

MR

Die Architektur kann per se nichts dafür. Das Problem macht diese rechte Anhänger-schaft, die das Gebäude zu einer Pilgerstätte hochstilisiert. Man müsste die Hinweise auf den Ort aus digitalen Medien wie Google Maps komplett löschen, damit das Haus nicht Pilgerstätte bleibt.

DA

Wie sind Sie als Büro auf den Wettbewerb gestoßen?

AH

Der Wettbewerb schien das erste Mal 2017 auf ORF.at auf und für mich war schnell klar, das muss ich weiterverfolgen. Die Teilnahme daran war zu dem Zeitpunkt noch gar nicht sicher, denn mittlerweile ist es teilweise sehr schwierig, an solchen Wettbewerben teilnehmen zu können. Aber wir haben gleich gesagt, wenn die Möglichkeit besteht, dann möchten wir uns dieser Verantwortung auch stellen.

MR

Der Wettbewerb war in den oberösterreichischen Medien sehr stark vertreten, weil es natürlich ein großes Thema ist und immer polarisiert. Es gibt ein ständiges Für und Wider, insofern konnten wir eigentlich gar nicht daran vorbei.

DA

Wie war es für Sie dann konkret, an dem Wettbewerb zu arbeiten? Gab es Momente, in denen Sie die Teilnahme noch einmal hinterfragt haben?

AH

Nein, die Teilnahme selbst haben wir nicht hinterfragt. Wie zuvor schon erwähnt, beschäftigt uns dieses Thema und es war uns dann einfach auch wichtig. Für uns war dann der allgemeine Planungsprozess und die allgemeine thematische Ausein-der-setzung eine unheimlich wichtige Zeit, da sie zum einen genau in den Lockdown ge-fallen ist, und wir uns sehr persönlich mit dem Thema beschäftigen konnten. Wir saßen alleine im Büro und haben sehr ernsthaft an dem Thema gearbeitet. Manche Fragen, die sich bei diesem Thema stellen, sind wahrscheinlich bis heute nicht beantwortet. Ganz egal, wie du mit dem Thema umgehst, es ist immer, von der einen oder der anderen Richtung gesehen, falsch. Für uns war aber klar, dass wir eine gestellte Aufgabe bekommen haben, die auch ganz klar definiert war – und die wollten wir umsetzen und lösen.

DA

Die Historikerkommission hatte Empfehlungen für den so bezeichneten „historisch korrekten Umgang“ mit dem Gebäude ausgesprochen. Es wurden dezidiert zwei Nutzungsarten hervorgehoben: einerseits die sozial-karitative Nutzung, die, wie die Kommission schreibt, „geeignet ist, um die Symbolkraft des Ortes zu brechen“ und andererseits die behördlich-administrative Nutzung, „die gut geeignet ist, um den Enteignungszweck zu erfüllen“. Wie stehen Sie zu der Entscheidung für die behördlich-administrative Nutzung des Gebäudes, zu der Polizeistation?

MR

Grundsätzlich sehen wir die Nutzung als Polizeistation ein bisschen ambivalent. Aber man muss schon auch sagen, dass die Polizei Teil unserer Demokratie und daher auch etwas Positives ist. Wir haben nicht sofort erkannt, dass das Gebäude diese Nutzung auch ermöglicht. Wir haben aber gesehen, dass wir die Chance haben, im Bestand umzubauen und damit der Polizeistation auch gerecht zu werden – mit den heutigen Anforderungen und Qualitäten, die es eben braucht.

AH

Wir haben das positiv gesehen, weil wir an unsere Demokratie gedacht haben und nicht an einen Polizeistaat. Dem kann ich ja auch wieder aus zwei Richtungen begegnen.

DA

Der Wettbewerb wurde dezidiert als Realisierungswettbewerb ausgeschrieben. Inwieweit haben Sie das als richtiges Format empfunden?

MR

Wir sind schon daran interessiert, dass die Architektur, die wir planen, auch umgesetzt wird. Gerade auch bei Projekten im Bestand, weil wir da immer große Chancen sehen. Wir haben einen anderen Zugang als das Berliner Büro [die ARGE KABE-Springer], das quasi eine Ruine daraus gemacht hat. So einen Ansatz wollten wir grundsätzlich nicht verfolgen. Dadurch wird es aus unserer Sicht erst recht romantisiert. Trotzdem ist es uns aber auch wichtig hier zu erwähnen, dass dies innerhalb der gesamten Diskussion und Themenstellung ein sehr ernsthafter Projektbeitrag ist.

Unser Ansatz war eher, dass man das Gebäude wieder benutzen soll. Es soll alltäglich im Gebrauch sein und den heutigen Anforderungen angepasst werden. Diese Anforderungen, da sind wir auch sehr pragmatisch, sind durch die Polizeistation gestellt worden. Dem wollten wir maximal gerecht werden: Wie kann man das Gebäude wieder nutzbar machen, wie richtet sich die Architektur danach und wie ist das Erscheinungsbild nach außen? Das war ein langer Diskussionsprozess.

AH

Es ist aber wichtig, dass man auch versteht, dass wir das Thema, eigentlich die „Grundlage“ dieser Problematik, nicht negiert haben. Erinnerungskultur oder Erinnern heißt aber nicht, wir lassen irgendetwas stehen, sondern Erinnern bedeutet auch, daraus wieder etwas Neues zu schöpfen. Das Problem mit der Erinnerung ist, wie man sie einordnet. Wir sind uns bewusst, was das für ein Gebäude ist. Nur sehen wir es nicht als unsere Aufgabe, die Frage der Erinnerung, und wie die Leute diese einordnen, festzulegen. Ich weiß auch nicht, ob uns das überhaupt möglich wäre.

DA

Wir sind bei Ihrem Beitrag über folgende Redewendung gestolpert: „Nach dem Regen kommt Sonnenschein“. Können Sie erklären, was diese Metapher für Sie im Kontext des Geburtshauses bedeutet?

MR

Damit war gemeint, dass wir dem Gebäude, das durch eine „düstere Zeit“ vorbelastet ist – und auch heute immer noch belastet wird durch Anhängerschaften, die dorthin pilgern – eine Transformation verpassen, die eine Lichtdurchflutung in das Gebäude bringt. Diese Transformation macht etwas völlig Anderes aus dem Gebäude, weil wir die Gewölbe im Erdgeschoss aufbrechen, die Räume höher machen und einen durchgehenden Lichthof vorschlagen. Dadurch entsteht eine völlig andere, neue Architektur und die Sonne wird im wörtlichen Sinne reingelassen. Es wird auch diese Verwinkeltheit und diese Enge im Inneren dieses Gebäudes gebrochen.

Uns ist es in der Diskussion immer darum gegangen, das eigentliche Problem zu definieren. Das ist, wie schon erwähnt, diese Anhängerschaft und diese Nazi-Aufmärsche vor dem Haus. Den hinteren Bereich, den Parkplatz, haben wir zu einem Park umfunktioniert, um Aufmärsche zu verunmöglichen und den Braunauern etwas zurückzugeben. Sie hätten dann wieder einen kleinen „Beserlpark“ – denn unser eigentliches Ansinnen war, das Umfeld städtebaulich so zu verändern, dass es etwas Positives ausstrahlt.

AH

Diese Metapher, ein Gebäude wieder mit Licht zu füllen, war für uns der gedankliche Befreiungsschlag, um sagen zu können: jetzt können wir ganz pragmatisch an das Thema herangehen. Es war uns wichtig, ein freundliches und helles Gebäude zu entwerfen, das im Widerspruch zu diesen rechten Aufmärschen und zu dieser dunklen Zeit steht.

DA

Auf Ihrem Wettbewerbsplakat begründen Sie die gewählte Architektursprache, indem Sie sich „gegen eine zwanghafte Rückbesinnung zur Verdeutlichung einer Vergangenheitsbewältigung“ aussprechen. Diese Absage, auch an einen formalen Rückgriff, wird in Ihrem Entwurf sehr deutlich.

MR

Vor allem wäre es für uns eine falsche Aussage gewesen: Wenn im Gebäude selbst noch zwei Stiegehäuser vorhanden gewesen wären, dann hätte es durchaus eine Berechtigung gegeben, doch wieder zwei Fassaden daraus zu machen. Da das aber nicht mehr gegeben ist, wäre es aus unserer Sicht reine Folklore.

AH

Für uns war es wichtig, das Gebäude nicht ein zweites Mal mit „irgendetwas Formalem“ aus der Geschichte zu überlagern. Natürlich haben wir uns damit beschäftigt und haben erkannt, dass diese drei Achsen innerhalb der Häuserfronten in Braunau ein markantes Thema sind. Aber es ist jetzt ein Gebäude und es hat eine Funktion, daher haben wir keine Begründung dafür gefunden, formal zwei Gebäude daraus zu machen – nur weil man 1830 aus diesen zwei Giebeln einen Giebel gemacht hat. Wir wollten das Gebäude genauso behandeln wie jede andere architektonische Aufgabe. Ohne – das ist uns auch wichtig zu betonen – ohne diese ganzen Erinnerungen zu verleugnen. Also, wir sind uns dessen schon bewusst, aber wir wollten es aufgrund der gestellten Aufgabe ganz neutral bearbeiten und weder das eine noch das andere überhöhen. Im Sinne der architektonischen Bauaufgabe erscheinen uns zwanghafte Rückbesinnungen (zur Verdeutlichung einer Vergangenheitsbewältigung) mit überzogenen Anleihen aus vergangenen Zeiten, banalisierend und kulissenhaft. Daher sehen wir eine funktionale, angemessene und gestalterische Schlichtheit als beste Lösung im Umgang mit der Geschichte dieses Hauses.

DA

Laut dem Juryprotokoll wurde die von Ihnen vorgeschlagene Sachlichkeit im Umgang mit dem Geburtshaus als „Semi-Modernität“ und monumentale Geste kontrovers diskutiert. Sie begründen auch die Sockelzone, entfernen die Fensterverzierungen und verlegen den Eingang. Versuchen Sie damit, der Vorgabe der Auslobung die „Erinnerung zu beseitigen“ gerecht zu werden oder ist das nicht auf diese Weise zu verstehen?

AH

Eigentlich doch, schon!

MR

Das Beseitigen der schrägen Erdgeschosszone war eine bewusste Entscheidung, weil es den stärksten Wiedererkennungswert für dieses Gebäude ergibt. Diesen wollten wir brechen, weil er erst durch die Umbauten der Nazis entstanden ist. Der Sockel war vorher, als es in der Zwischenkriegszeit ein Wirtshaus war, auch nicht vorhanden. Dass man diesen Erinnerungsbereich bricht und die Bogenfenster und Fensterverzierungen, die sehr markant sind, bewusst beseitigt, war uns wichtig. Und wir wollten dem Gebäude auf eine selbstverständliche Art und Weise eine eigene Ästhetik verleihen, die sachlicher ist und sich befreit von diesen historischen Anklängen. Wir wollen nur

leichte Anklänge belassen, darum haben wir das alte Eingangsportal in seiner Kontur erhalten, quasi als ein kleines Zeichen der Erinnerung. Alles andere haben wir rein auf ästhetische Proportionen reduziert.

DA

Ihr Büro hat sich im Rahmen des Wettbewerbs vertieft mit dem Gebäude und seiner Geschichte auseinandergesetzt: Sie haben mit einem Denkmalpfleger, Christian Hackl, zusammengearbeitet. Inwieweit hat diese Zusammenarbeit Ihre Entwurfsentscheidungen beeinflusst?

AH

Wir arbeiten generell gerne im Team. Die Zusammenarbeit mit Christian Hackl hat unheimlich gut gepasst, weil wir auch gewusst haben, dass dieses Thema auch bei ihm noch sehr vorherrschend ist und irgendwo drängt. Wir glauben schon, dass im Vorfeld Diskussionen und Auseinandersetzungen wichtig sind. Bei klassischen Umbauten nennen wir das: man muss die DNA eines Gebäudes erkennen. Die DNA bei diesem Gebäude – puh! – ist natürlich schon sehr kräftig und geht weit über das Gebaute hinaus. Für uns war es klar, das Gebäude nicht aus der Erinnerung weiter zu denken oder zurückzuführen, sondern dass es mit einer neuen Funktion überlagert wird. Da tritt die Schlichtheit für uns in den Vordergrund – ob wir es am Plakat zu glatt dargestellt haben, weiß ich nicht. Diese Kritik haben wir selber nicht ganz verstanden.

MR

Das Rendering ist vielleicht ein bisschen schlecht rübergekommen, weil wir am Ende etwas Stress hatten. Wir wollten die Fassade eigentlich etwas haptischer darstellen – das mag vielleicht ein Grund sein. Aber das soll keine Ausrede sein, die Jury hat so entschieden.

Zurück zu Christian Hackl: Das war ein ganz interessanter Input, weil er noch einmal eine Generation älter ist. Das waren spannende Diskussionen, weil er eher aus der Zeit von Coop Himmelb(l)au kommt. Er hätte lieber einen Pfeil durch das Gebäude geschossen, wie in Nürnberg Günther Domenig. Aber das war gar nicht unser Ansatz, weil wir immer sagen: wir müssen weiterbauen, wir können ein Gebäude nicht einfach zerstören. Das ist für uns einfach der Dekonstruktivismus der 1980er und 1990er Jahre, das wollten wir auf keinen Fall. Wir wollten aus dem Gebäude etwas machen, das diesen neuen Funktionen gerecht wird. Wir wollten eine neue Ästhetik, die nicht schreit: Hier bin ich!

AH

... denn das führt wieder zu einer Art Überhöhung dieses Gebäudes, ganz egal, wie man es jetzt sieht. Es wird so zu einem Mahnmal, das man dann ja wieder auf zwei Arten auslegen könnte. Wir wollten diese einfache, funktionsbedingte Neustrukturierung.

Das gegenständliche Gebäude trägt zweifellos eine schwere Bürde, ist aber aus architektonischer Sicht weit davon entfernt, unter dem Begriff NS-Architektur mit ideologisch geprägter Bauweise eingereiht werden zu können. Im vorliegenden Fall ist ein scheinbar gewöhnliches Gebäude belastet, jedoch für den „historischen Laien“ auf den ersten Blick nicht als ein Profanbau aus der NS-Zeit zu erkennen. Dennoch muss hier ein „Spagat“ gefunden werden, um jeden Ansatz einer verherrlichenden Erinnerungskultur zu unterbinden.

MR

Diese Sachlichkeit ist begründet, denn wenn man durch die Salzburger Vorstadt oder über den Hauptplatz von Braunau geht, dann gibt es viele Gebäude, die zusammengefasst wurden. Auf sechs Achsen statt drei oder teilweise auch nur eine. Das hat eine Selbstverständlichkeit, das ist gewachsen und genauso wollten wir das Gebäude weiterdenken. Es ist jetzt zusammengefasst, es hat sechs Achsen statt drei und das belassen

wir auch so. Das Störende war aus unserer Sicht diese „Nazi-Architektur“ und das Fehlen der Attikamauer. Dadurch ist aus unserer Sicht das Dach auch so dominant geworden, es haben einfach die Proportionen nicht gestimmt. Wir wollten das bereinigen, auf relativ simple Art und Weise und auch ohne dass wir alle Fenster wegnehmen und neu positionieren, sondern durch klassisches Weiterbauen.

DA

Hinzugefügt haben Sie ein rundes Fenster in der Mitte des Gebäudes.

MR

Mehr haben wir uns nicht getraut. [lacht] Das war ganz bewusst ein Spiel mit fast klassischen Proportionsansätzen, sozusagen eine Symmetrie in der Asymmetrie. Der Versuch, einen Spannungsaufbau zu erzeugen mit diesem einen runden Fenster. Mehr ist eigentlich nicht dahinter, es hat nicht wirklich eine Funktion – es ist rein aus der Ästhetik geboren.

DA

Bei vielen der anderen Wettbewerbsbeiträgen taucht der Doppelgiebel auf – die Empfehlung der Auslobung wurde mehrheitlich aufgegriffen. Uns hat es im Studieren der Auslobung schon verblüfft, dass man diesen formalen Rückgriff – den man ja unter anderem auch aus dem Kontext von Rekonstruktionsdebatten kennt – dezidiert vorschlägt. Anstatt die Entscheidung offenzulassen und darauf zu setzen, dass das Teilnehmer:innenfeld im Rahmen des Wettbewerbs Vorschläge für den Umgang mit dem Dach entwickelt.

AH

Das wurde bei uns auch sehr lange diskutiert, wahrscheinlich bis kurz vor der Abgabe. Schlussendlich hat sich Markus durchgesetzt, auch zurecht: Es ist eben ein Gebäude – und ein Gebäude hat nicht zwei Giebel. Nicht einmal, wenn man in der Geschichte der Architektur zurückgreift.

Auch wenn es das Ziel ist, dass der „Ort des Erinnerns“ neutralisiert wird, darf man die diesbezügliche, zeitgeschichtliche Einordnung nicht verleugnen und ignorieren. Dies bezieht sich für uns besonders auf die Frage, ob es richtig ist, den Gedenkstein zu entfernen – denn die Geschichte kann man nicht auslöschen oder einfach „verlegen“.

DA

Ihr Wettbewerbsbeitrag lässt sich als sehr persönliches Plädoyer für den Umgang mit belasteten Orten lesen. Als solches präsentieren Sie das Projekt auch auf Ihrer Bürowebsite. Sind Sie der Meinung, dass diese Debatte über die Entscheidung des Wettbewerbs hinaus fortgesetzt werden muss?

MR

Naja, wir haben ja schon drüber gesprochen. Es gibt auch diesen Gedenkstein in der Salzburger Vorstadt, der ist ein Riesenthema bei den Bewohnern von Braunau: Soll man den Stein weggeben oder nicht? Und wenn ja, wohin? Oder braucht es vielleicht gerade so einen Mahnstein? Ich bin der Meinung, dass wenn die Braunauer ihn dort haben wollen, man ihn dort belassen sollte. Und wenn der Stein dann als Mahnung dient, dann ist er absolut gerechtfertigt. Wir als Architekten können solche Dinge auch nicht alle beantworten. Ich glaube, das übersteigt unsere Kompetenz. Wir müssen funktionale und formale Antworten geben auf Aufgaben und Fragestellungen, die uns gestellt werden.

AH

Schwierig scheint es mir für die Braunauer, dass sie nicht besser eingebunden wurden. Diese Diskussionen müssen aus unserer Sicht aber geführt werden. Es gibt in Deutschland viele Beispiele, wo heute die wichtigsten Ämter in sogenannten NS-Architekturen

sitzen. Das ist eine absolute Selbstverständlichkeit und kein Mensch fragt sich, ob das richtig ist oder nicht. Wir müssen mit unserer Geschichte „leben“ – das heißt aber auch, sie weiter zu führen und hoffentlich in eine „bessere“ Zukunft zu führen!

MR

Wir sind in Linz, da sind wir natürlich auch gezeichnet davon. Die halbe Stadt besteht aus NS-Architektur, auch dass wir viele tausend Wohnungen aus der NS-Zeit haben, wissen wenige. Und das ist auch ambivalent, denn einerseits stammen sie aus der Nazizeit und haben eine „rückwärtsgewandte“ Ästhetik. Andererseits funktionieren sie bis heute, die Leute wohnen gerne dort, weil es großzügige Grünräume zwischen ihnen gibt. Es gibt eine gewisse städtebauliche Qualität, die heute oft verloren gegangen ist, mit raumbildenden Maßnahmen. Da würde niemand auf die Idee kommen, zu sagen, dass alle diese Wohnungen abgerissen gehören. Im Gegenteil, das ist ein Grundpfeiler der Wohnpolitik in Linz. Und auch dort ist es so, dass man diese Gebäude einfach nach und nach sehr sanft weiterentwickeln muss.

DA

Sind Sie in Linz auch mit Umbauten an anderen belasteten Orten beschäftigt?
Oder haben Sie vorher an anderen Wettbewerben in vergleichbaren Kontexten teilgenommen?

MR

Nein, im Bereich der NS-Architektur nicht.

AH

... aber unsere Ausbildung hat in „so“ einem Haus stattgefunden: Die Kunsthochschule in Linz ist tatsächlich eines dieser sogenannten Hitlergebäude. Wir stammen aus diesen baukulturellen Erinnerungsräumen.

DA

Kann man komplexen historischen Fragestellungen, wie sie das Geburtshaus von Adolf Hitler aufwirft, mit baulichen Lösungen gerecht werden?

MR

Ich glaube, nur zum Teil. Die Architektur kann alleine für sich unmöglich vollständige Antworten geben, aber sie kann ansatzweise dazu beitragen, dass es in die richtige Richtung geht. Wir sind dazu da, Kultur zu schaffen, die benutzbar ist. Wenn wir uns dem nicht mehr stellen, stellt sich die Frage wer es denn sonst macht? Wir wollen bauen und wir wollen so nachhaltig wie möglich bauen. Deswegen bauen wir sehr viel im Bestand, weil das die beste Form der Nachhaltigkeit ist – alles benützen, solange es geht. Und wenn das Gebäude noch 300 Jahre stehen kann, ist es am besten. Dann braucht man keine graue Energie, um es wieder aufzubauen. Dieses kreative Unterlassen ist schon unser Ansatz. Den haben wir beim Hitler-Geburtshaus ein bisschen mehr strapaziert, weil wir da natürlich mehr rausgerissen haben, als wir das sonst üblicherweise bei alten Gebäuden machen. Aber dort war es ein bewusster Akt, weil wir das Gebäude verändern mussten, um den Anforderungen gerecht zu werden.

AH

Ich glaube schon, dass man sich grundsätzlich der Verantwortung stellen muss, um auch sagen zu können: Wir tun mit diesem Gebäude etwas. Für uns war es wichtig, dass es diese geschichtliche Abhandlung über das Expertengremium [Anm.: die Historikerkommission] gegeben hat. Ihr Ergebnis haben wir bewusst nicht hinterfragt.

MR

Aber selbst die Historiker sind sich hier auch nicht einig, was richtig und was falsch ist. Aus unserer Sicht ist es richtig, dass das Gebäude benutzt wird und nicht einfach leer steht und dadurch zum Denkmal wird, sondern in den Alltag eingewoben wird.

AH

Es braucht einfach ein sichtbares Zeichen. Und das war bei uns, mit „Licht und Luft“ räumlich genau das Gegenteil von dem zu schaffen, was es damals war, nämlich eine dunkle Zeit. Unser Ansatz war etwas Positives – auch für die Bevölkerung zu schaffen – und kein Gebäude, das zum verschlossenen Angstraum wird. Es sollte eine Behörde sein, die sichtbar ist nach außen. Auch wenn man dafür Panzerglas im Erdgeschoss braucht.

DA

Wenn es im Vorfeld einen Ideenwettbewerb gegeben hätte, hätten Sie dann einen anderen Nutzungsvorschlag diskutiert?

AH

Den hätten wir sicher diskutiert. Wenn es nutzungs offen gewesen wäre, wären wir vermutlich nicht auf eine Polizei gekommen. Aber wir haben dann nicht mehr darüber diskutiert, weil wir das im Rahmen des Realisierungswettbewerbs nicht als unsere Aufgabe gesehen haben.

MR

Diese Frage muss man ausklammern. Das ist das Wichtigste unter der Architekten- und Kollegenschaft, dass man den Aufgaben und den Anforderungen folgt. Es ist eine ganz wichtige Voraussetzung, da sonst der Wettbewerb nicht fair und auch nicht transparent ist. Wir müssen uns darauf verlassen können, dass eine Expertenkommission die richtigen Empfehlungen ausspricht. Denn die Frage ist auch: Wer ist überhaupt in der Position, so eine fundierte Auseinandersetzung zu hinterfragen?

DA

Wir fragen uns, ob es nicht grundsätzlich ein anderes Verfahren gebraucht hätte – zum Beispiel einen Ideenwettbewerb, offen auch für Nicht-Architekt:innen, – um einen breiteren Diskurs zu ermöglichen? Die Intransparenz, die dieses Verfahren ja aufgrund der künftigen Nutzung als Polizeistation ohnehin schon aus rechtlichen Gründen hatte, stellen wir in Frage. Ohne jedoch einen konkreten Gegenvorschlag machen zu können, was hier Best Practice sein könnte – die Bauaufgabe in diesem Wettbewerb mit all ihren gedenkpolitischen und gesellschaftlichen Dimensionen ist beispiellos. Gleichzeitig hat der hier gewählte Umgang Modellcharakter und wirft ein sehr klares Bild auf die heutigen politischen Verhältnisse in Österreich.

AH

Ein Stück weit hat man sicherlich die Diskussion gescheut, auch als Auslober. Grundsätzlich war der Wettbewerb aber öffentlich, er wurde auf einer Plattform publiziert, die jeder abrufen konnte. Aber unsere Resonanz bei den anderen Kollegen war, dass sie sich einfach nicht „drübergetraut“ haben. Wir versuchen, uns genau diesen Aufgaben zu stellen – aber das ist eine Entscheidung, die jeder für sich selbst treffen muss. Wir waren auch überrascht, dass eher wenige Büros am Wettbewerb teilgenommen haben. Dass es überhaupt keinen Nachhall gegeben hat, außer in den Zeitungen, hat uns selber überrascht. Und der Nachhall, den es gegeben hat, war hart und teilweise auch ungerecht.

MR

Ich finde, solch eine Kritik muss man auch argumentieren können. Und da haben manche Historiker, meiner Meinung nach, schon etwas über das Ziel hinausgeschossen.

Die Wettbewerbsbeiträge sind Vorschläge, wie man mit einer solchen Aufgabenstellung umgehen könnte – deshalb gibt es Architekturwettbewerbe. Im Vorfeld hätte einiges sicher transparenter ablaufen müssen, vielleicht auch die Expertenbestellung. Aber wir als Architekten können die Ausschreibung nur als gegeben hinnehmen und dann entscheiden: machen wir mit oder machen wir nicht mit? Wir haben uns dafür entschieden, dass wir mitmachen und uns in unserem Sinne mit dem Gebäude auseinandersetzen und das Bestmögliche für diesen Ort und für diese Aufgabe liefern wollen

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Alfred Berger

Das Gespräch mit Alfred Berger, Jurymitglied (BIG Architekturbeirat) des Wettbewerbs zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler, wurde am 7. Dezember 2021 von Teresa Klestorfer und Anna Paul geführt.

Architekt mag.-arch. Alfred Berger gründete 1995 gemeinsam mit Tiina Parkkinen das international tätige Architekturbüro Berger+Parkkinen Architekten. Seit 2017 ist Alfred Berger Vorsitzender des Architekturbeirates der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und in dieser Funktion regelmäßig Mitglied in Wettbewerbsjurys.

Diskurs Architektur

Gegenstand des Architekturwettbewerbs war das Gebäude in der Salzburger Vorstadt 15 – das Geburtshaus von Adolf Hitler. Es handelt sich hier um einen beispiellosen Ort, der weder Täter- noch Opferort ist, aber als solcher eine zentrale gedenkpolitische Bedeutung innehat. Braunau wird immer wieder damit verbunden, dass Hitler dort geboren worden ist. Wie wurde Ihnen dieser Ort bewusst?

Alfred Berger

Ich war nie dort, das ist aber aus meiner Sicht gar nicht so entscheidend. Es gibt einerseits die Salzburger Vorstadt, die sehr harmonisch ist und irgendwann im Vormärz gebaut wurde, mit lauter sehr ähnlichen Gebäuden, die auch noch weitestgehend in ihrem Urzustand sind – also als großes Ensemble dastehen, daher auch der Ensemble-schutz. Wie Sie sagen, ist es ein Ort, der nicht ein Ort der Taten ist, sondern ein Ort, wo ein Leben seinen Anfang genommen hat. Nicht irgendein Leben, sondern das Leben von Adolf Hitler.

DA

Hitler wurde dort geboren und hat die ersten Monate seines Lebens dort verbracht, danach hat er an einer anderen Adresse in Braunau sowie in Passau gewohnt.

Die Frage zielt eher darauf ab, wie man überhaupt von diesem Ort erfährt, ob etwas darüber in der Schulzeit vermittelt wurde – war Braunau da ein Begriff?

AB

Es ist ein richtig unauffälliges Haus. Ich bin sehr kritisch aufgewachsen und wurde auch sehr kritisch sozialisiert, sowohl in der Schule, als auch an der Akademie. Das Geburtshaus von Hitler hat mich nie interessiert, weil es einfach kein wie auch immer bedeutsamer Ort gewesen ist. Mich hat es daher auch nie dort hingezogen. Esmir anzuschauen, war nie Thema. Ich habe von dem Haus erst so richtig Kenntnis erlangt als die Enteignungsthematik durch die Medien gegangen ist und fand es damals interessant, dass sich da eine Gruppe von Leuten zusammengesetzt hat und eigentlich den ganzen Vorgang programmiert hat, wo, so glaube ich zu wissen, kein einziger Architekt dabei war.

Das waren alles tolle Leute, es war eine gute Kommission, aber mir ist ein bisschen der Architekt abgegangen. Man hätte dann allerdings auch wieder gefragt, wieso gerade der und nicht jener, das ist immer schwierig.

Wir waren in den 1990er-Jahren sehr oft in Berlin. Ich habe diese Stadt schon vor dem Mauerfall relativ intensiv studiert – beidseitig, Ost und West. Meine Oma war Berlinerin. Im Rahmen unseres ersten Wettbewerbs für die Nordischen Botschaften waren wir 1995 bis 1999 sehr oft dort. Zu diesem Zeitpunkt waren die Diskussionen um den Umgang mit den Naziprunkbauten – allen voran die ehemalige Reichsbank – aktuell. Dafür gab es Pläne von Abriss bis zur Neunutzung durch einen neutralen Zweck. Schlussendlich ist dort dann das Außenministerium eingezogen, in einen Umbau von Hans Kollhoff, der interessanterweise diese Monumentalität in keinster Weise abgeschwächt hat. Das Portal und der Eingang blieben an der gleichen Stelle, also keinerlei Maßnahmen, die die vorherige Nutzung relativiert hätte. Wir waren da nicht sehr aktiv an der intensiven Diskussion beteiligt, ob und wie das möglich ist. Es hat jedoch einen Denkprozess ausgelöst, wenn die Deutsche Republik, die – zumindest im Vergleich zu Österreich – eine gute Aufarbeitung des nationalsozialistischen Erbes betrieben hat, in das Gebäude der Reichsbank, das architektonisch schon eine sehr starke Botschaft hat, ein Ministerium reingibt. Die [architektonische Botschaft] kann man nicht abstreiten, die autoritäre Staatsform ist einfach eingeschrieben in diese Architektur.

DA

Wie soll die Bedeutung des Ortes Ihrer Meinung nach gestaltet werden?

AB

Ganz grundsätzlich trifft das Haus, im Unterschied zu Bauten aus der Nazizeit, überhaupt keine wie auch immer geartete Aussage. Es ist einfach ein Haus aus einer anderen Zeit. In Frankreich gibt es beispielsweise in jeder mittleren Stadt ein Haus mit einer Plakette, die darauf hinweist, Napoleon hätte irgendwann einmal dort übernachtet. Das ist eine Folklore gewissermaßen – nicht wegen der Person Napoleons, sondern in Bezug darauf, aus einem nichtssagenden Haus einen historischen Ort zu machen. Wir haben das im positiven Sinne mit den Geburtshäusern aller möglichen Dichter und Musiker und sonstiger herausragender Menschen, die durch Tafeln hervorgehoben werden. Ich mache mir systematisch die Mühe, dass ich sie, wenn ich an ihnen vorbeigehe, auch lese, weil sie mich einfach interessieren. Aber das ändert üblicherweise den Bezug zu diesem Objekt nicht wirklich. Ich bin kein Anhänger von dem Glauben, dass Steine die Geschichte tragen.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass das Haus [in der Salzburger Vorstadt] selbst gar nichts erzählen kann, weil es einfach ein Haus ist, in dem jemand gewohnt hat. Aber dass es genau dieses Haus war, in dem Hitler geboren wurde, muss man natürlich irgendwo adressieren. Die Frage nach dem Wie wurde bereits im Vorhinein von der Kommission entschieden und damit gar nicht mehr offen. Ich denke, das Thema muss in erster Linie über Kunst und Kommunikation behandelt werden. Ich glaube nicht, dass es möglich ist – vor allem langfristig – über Architektur so eine Geschichte zu erzählen.

DA

Wir haben eine ganz ähnliche Erfahrung gemacht, als wir im Zuge unserer Recherche in Braunau waren: Das Haus hat keine Präsenz als solche, die über die Präsenz eines normalen Vorstadthauses hinausgeht. Aber natürlich wird es von anderen Personengruppen mit dieser Präsenz und Bedeutung aufgeladen.

Sie waren als Mitglied des Architekturbeirats der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) Teil der Jury. Wie wurden Sie Teil dieser Jury und hatten Sie bereits Erfahrungen mit Wettbewerben zu nationalsozialistisch belasteten Gebäuden?

AB

Solche Wettbewerbe sind nicht sehr häufig, also nein, nicht in der Form. Ich war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des Architekturbeirats der BIG, die als Eigentümerin in jeden Wettbewerb ein Mitglied des Beirates schickt. Ich habe mich dafür gleich gemeldet – von den anderen Mitgliedern wollte es glaube ich ohnehin keiner machen. Da ich mich schon davor mit dem Enteignungsprozess beschäftigt hatte, war ich bereits ein wenig gebriefft, was da auf uns zukommt. Ich hatte schon eine gewisse Vorstellung davon, dass durch die Begründung der Enteignung notwendigerweise irgendeine Nutzung durch die Republik folgen muss, weil ansonsten die ganze Enteignung wieder anfechtbar wäre. Das war das Rahmenwerk, ich habe einen eher pragmatischen Zugang zu solchen Dingen, es ist nicht meine Aufgabe als Jurymitglied, die Uhr nach hinten zu drehen und Sturm zu laufen gegen die Historikerkommission. Außer es wäre etwas, wo ich wirklich sehr überzeugt dagegen bin.

DA

Der Wettbewerb wurde im Dezember 2019 als EU-weiter, nicht offener, einstufiger Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren ausgeschrieben. Waren Sie in das Bewerbungsverfahren bereits involviert? Und hat Sie die geringe Anzahl an zugelassenen Bewerber:innen überrascht?

AB

Ehrlich gesagt, ja, ein bisschen. Wäre ich nicht in der Jury gewesen, hätte ich sicher selbst mitgemacht. Ich fand die Ausschreibung interessant, aber man muss natürlich auch erwähnen: Zu dieser Zeit war eine relativ gute Auslastung bei den Architekten gegeben – das merkt man dann immer an den Teilnehmerzahlen. Ein weiterer Grund

für die geringe Zahl an Bewerbungen hat sicherlich auch damit zu tun, dass das Projekt sehr klein ist und dementsprechend das Honorar relativ bescheiden ist. Daher haben sich eher die lokalen Architekten beteiligt. Das sehe ich als einen der Hauptgründe, warum so wenige Büros am Wettbewerb teilgenommen haben. Es haben ja nicht einmal alle abgegeben, die wir ausgesucht haben. Ich glaube auch, dass manche Architekt:innen das Thema als sehr kompliziert wahrgenommen haben und sich einfach davor gefürchtet haben.

DA

Die Hürde war Ihrer Meinung nach auch inhaltlich vorhanden und nicht nur aufgrund der Größe des Projekts?

AB

Genau, weil angeschaut haben es sich deutlich mehr Büros als sich schlussendlich angemeldet haben. Gerade in Österreich haben viele einen großen Respekt vor dem Thema. Bei der schwachen Diskurskultur hierzulande ist es natürlich für viele auch so, dass sie Angst davor haben, irgendwas Falsches zu sagen. Daher lassen sie dann eher die Finger davon – das war schon enttäuschend.

DA

Die Historikerkommission hatte im Vorfeld bereits eine Empfehlung für den sogenannten „historisch korrekten Umgang“ mit dem Geburtshaus und zwei Arten der Nutzung empfohlen: eine sozial-karikative oder eine administrativ-behördliche. Das Innenministerium unter Peschorn traf 2019 schlussendlich die Entscheidung für die Nutzung als Polizeistation. Kam die Frage nach der Nutzung in der konstituierenden Jurysitzung und im Vorfeld des Wettbewerbs noch einmal auf?

AB

Ja, die Frage der Nutzung wurde aufgegriffen und sogar sehr intensiv diskutiert. Nicht zuletzt auch durch Professor Lorch aus Deutschland. Er, und auch andere, haben da ordentlich nachgestochert. In der ersten Sitzung war noch keine große Lockerheit vorhanden. Die [Auslober] hatten Angst, dass Ihnen das Projekt aus den Händen gleitet und wieder alle Termine abgesagt werden und es zu keiner Umsetzung kommt. Die wollten das im Sinne des Auftrages vom Innenministerium durchziehen. Am Ende des Tages waren alle einverstanden oder zumindest gab es einen einstimmigen Zustand, dass die Ausschreibung so – also kleine Adaptierungen wurden sicher gemacht – rausgeht, wie sie dann schlussendlich war. Eine grundsätzliche Frage, die wir auch im Beirat in der BIG immer wieder diskutiert haben – unabhängig von diesem Wettbewerb – ist, inwieweit und wann eine Jury in den Auslobungsprozess eingebunden wird.

DA

Glauben Sie, dass es zu besseren Lösungen käme, wenn Jurymitglieder bereits in die Erstellung der Auslobung eingebunden wären?

AB

Nein, das glaube ich nicht – ich bin ein Freund der schlanken Abwicklungen. Die Bauwerber müssen irgendwann einmal wissen, was sie wollen. Die Kultur des jeweiligen Auslobungsgremiums ist entscheidend. Die BIG hat mittlerweile eine sehr strukturierte Vorgehensweise entwickelt. Ich habe bereits mit allen Abteilungsleitern gearbeitet und kann sagen, dass sie engagiert sind, gute architektonische Lösungen und Raumprogramme zu finden

DA

In unseren Interviews mit der Architekt:innenschaft wurde erwähnt, dass bei den Hearings von Seiten der Teilnehmer:innen auch Kritik an der gewünschten Nutzung geäußert wurde. Waren Sie bei diesen Hearings dabei?

AB

Bei den Hearings war ich nicht dabei. Ich persönlich habe von keiner anderen Nutzung [als der der Polizeistation] gehört, die in irgendeiner Weise kompatibel gewesen wäre mit der Enteignung. Daher habe ich das Thema nicht zu meinem Thema gemacht. Ich schließe mich grundsätzlich gerne an, wenn etwas im Raum steht, für das es zu kämpfen Sinn macht. Wahrscheinlich kommen wir später auch noch auf das Projekt mit den Bäumen am Dach zu sprechen.

DA

Die Jurierung fand im Mai 2020 in zwei Durchgängen mit einer Abstimmung nach kurzer Pause statt. Im zweiten Wertungs- und Diskussionsdurchgang wurde laut Protokoll bei jedem Projekt der Umgang mit dem historisch belasteten Bestandsgebäude – teilweise kontrovers – diskutiert. Können Sie diese Kontroversen schildern?

AB

Unter den eingereichten Projekten gab es nutzungsmäßig einen Ausreißer – das Projekt mit den Bäumen am Dach. Sonst haben alle das geforderte Programm umgesetzt. Es gab auch eine Beurteilung vom Bundesdenkmalamt, die hat aber nicht wirklich eine große Entscheidungsgrundlage geboten. Am Ende des Tages gab es aus meiner Sicht jene Teilnehmer:innen, die zeigen wollten, dass sie gute Architekten sind und nur ein einziges Projekt, das vordergründig auf diese Möglichkeit, ihre Handschrift einzubringen, verzichtet hat. Das war der spätere Sieger. Sie wollten nicht auf das Haus aufmerksam machen, sondern es einfach nur sauber herrichten. Die Diskussion hat sich dann relativ schnell um das Hintergebäude gedreht, um den Neubau. Dort haben viele der Beiträge versucht, persönliche Architekturvorstellungen stark zum Ausdruck zu bringen. Wir hatten einige auseinandergerissene Projekte – vorne eine Renovierung und hinten diverse Ausformungen. Die haben aber zum Diskurs, was der Ausdruck des Hitler-Geburtshauses ist, eigentlich nichts beigetragen. Es war immer das losgelöste Hinterhaus, das ja historisch nicht Bestandteil des Ensembles ist. Wir waren uns eigentlich alle einig, dass die Bäume am Dach total interessant waren. In dieser relativ geringen Auswahl der Projekte, die eingereicht wurden, hat dieses Projekt eine Alternative gezeigt, man könnte das auch ganz anders machen.

DA

Wie wurde der Vorschlag des Mahnmals von KABE und Springer Architekten mit dem autonom gestellten Neubau diskutiert, der damit von den Nutzungsvorschlägen abweicht?

AB

Ich war sehr daran interessiert, das Projekt nach vorne zu bringen und es in den engeren Diskussionskreis aufzunehmen, weil es wirklich mit Abstand herausragend war. In dem Sinne, dass es nicht nur was anderes macht, sondern es war auch gut gemacht. Ich war begeistert von dem Mut, von der Art und Weise, wie dieser Ansatz zweifellos selbst ja schon ein Mahnmal darstellt. Relativ bald nach der ersten Begeisterung, ist ein großes Problem – für mich persönlich zumindest – aufgetaucht: Wenn ich dort nun wirklich ein Mahnmal errichten wollte, stellt sich die Frage: Was würde man denn von den zahllosen Künstler:innen, die da mitmachen würden, für Antworten bekommen? Ist dieser Pathos mit den Bäumen am Dach und dem mit Erde vollgefüllten Haus die gescheiteste Lösung für ein Mahnmal? Oder ist es nur deswegen die gescheiteste, weil es der einzige Beitrag war, der ein Mahnmal vorgeschlagen hat?

DA

Ein weiterer Beitrag, der sich mit der belasteten Geschichte des Hauses beschäftigt hat und eine andere, zusätzliche Nutzung vorgeschlagen hat, stammt von PLOV + Denk Architekten. Sie schlagen ein Depot im Dachgeschoss als eine Art Archiv für alle baulichen Relikte vor, um sie der ideologischen Verwertung zu entziehen. Im

Juryprotokoll fand dieser Vorschlag keine Erwähnung, beziehungsweise wurde hier nur auf die „Schwere der Giebelzone“ eingegangen.

AB

Ist das vergleichbar mit der Mitnahme von Steinen der Berliner Mauer? Holen sich die Leute dann Abbruchmaterial von dem Hitler-Haus? Die ARGE zwischen PLOV und Herrn Denk hat sehr intensiv über diese Fragen nachgedacht.

DA

Nachdem dieser Aspekt in dem Protokoll keine Erwähnung fand, stellt sich die Frage, ob dieser erweiterte Nutzungsvorschlag überhaupt diskutiert wurde?

AB

Das entzieht sich meiner Erinnerung. Es gibt jedoch oftmals Seitenthemen in Beiträgen, die eröffnet werden, die aber vorbeischießen. Das dürfte hier passiert sein, aber ich kann mich daran ehrlich gesagt nicht erinnern.

DA

Sie haben die meisten Beiträge als „Renovierung“ bezeichnet. Viele der Beiträge schlagen allerdings eher eine Rekonstruktion des Gebäudes in seinen baulichen Zustand aus dem 18. Jahrhundert vor. Das betrifft vor allem die Rückführung der Biedermeierfassade, aber auch die der Dachform. Wie wurde die Methode der Wiederherstellung eines vermeintlich originalen Zustands, die von vielen Teilnehmer:innen aufgegriffen wurde, diskutiert? Es handelt sich hier immerhin um die Rückführung in eine Zeit vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus.

AB

Das ist eine sehr gute Frage! In der Diskussion – im Detail kann ich mich jedoch nicht erinnern – wurde viel darüber gesprochen. Auch schon in der Stellungnahme vom Bundesdenkmalamt ist das Thema natürlich aufbereitet gewesen, da gab es eine relativ profunde Studie. Der Zugang zu einer Renovierung heutzutage wäre, dass man sagt, die Spuren sind im Wesentlichen zu bewahren. Bei manchen Bauten ist das schwierig. Man kann aber auch etwas weggeben, was einmal hinzugefügt wurde – das ist ein sehr lebendiger Diskurs.

Bei diesem Gebäude, glaube ich, haben viele unterschwellig einen gewissen Gefallen daran gefunden, die Portallösung, die in der Nazizeit im Erdgeschoss errichtet wurde, zu entfernen. So weit zu gehen, dass man diese Ansträgung des Sockels wieder entfernt, haben glaube ich wenige gemacht. Es war wahnsinnig interessant, gewisse Elemente der Nazi-Baukultur als solche überhaupt zu entlarven, die als „normal“ wahrgenommen werden. Das waren unheimlich interessante Diskussionen im Detail, aber ich muss gestehen, dass ich mich nicht mehr genau erinnern kann, wo diese bei jedem einzelnen Projekt anzuwenden waren.

Fakt ist, dass sich in der Jury sehr schnell ein Konsens etabliert hat, dass die Rückführung der Fassade auf eine Zeit vor 1938 wünschenswert ist. Der Giebel war von Anfang an Hauptthema des Bundesdenkmalamts – zwei Häuser oder ein Haus? Der Doppelgiebel ist sicher eine ansprechende Lösung, aber so richtig „falsch“ waren eigentlich nur die Entwürfe, die mit Gesimsen gearbeitet haben, das kann man nicht so machen. Aber sonst ist das ziemlich gleichwertig gesehen worden.

DA

Diese Doppelgiebel-Dachform war also kein übergeordnetes Wettbewerbskriterium?

AB

Nein, der Sieger hat das aber überzeugend umgesetzt.

DA

Sie sind in vielen Wettbewerben als Juror tätig: hat sich diese Jury von anderen Jurysitzungen wesentlich unterschieden?

AB

Das Entscheidende bei Jurys ist für mich die Verfahrensqualität und die war hier sehr gut. Es gab keine Einflussnahmen, es gab genug Zeit, dass jeder sich äußern konnte, die Diskussionen wurden nicht abgewürgt. Es war grundsätzlich so wie jede andere ordentlich und sauber geführte Jury.

DA

In der Jury sind alle Entschlüsse einstimmig gefallen. Wie kam es zu dieser Einstimmigkeit? Wurde diese finale Einstimmigkeit vorab beschlossen, weil es sich um ein sensibles und politisches Thema handelte?

AB

Nein, nein, solche Beschlüsse gab es nicht. Da hat sich die Kultur und die Gesellschaft in den Jurys schon enorm verändert. Wenn ich mich an die Frühzeiten erinnere, vor etwa 20, 25 Jahren war es relativ normal, dass es Kampfabstimmungen gab – acht zu sieben usw. Das waren aber auch noch solche Situationen, wo die Architekt:innen sehr angriffig argumentiert haben.

DA

Also wurde so lange diskutiert, bis der Beschluss einstimmig war?

AB

Wir sind heute der Meinung, dass man sich alle Sachen miteinander ausreden kann – meistens, nicht immer. Jedem, der öfter in Jurys ist, ist klar, dass es einen Unterschied macht, wenn man sich zum Ende des Gesprächs einig wird, oder ob man sagt, nein, zwei oder drei waren dagegen. Aber einen Druck in diese Richtung gab es überhaupt nicht – und auch keine Abmachungen.

DA

Uns ist aufgefallen, dass die Auslobungsunterlagen konsequent vermeiden, den Namen Adolf Hitler zu nennen und außer dem Wunsch der Beseitigung von Erinnerung keinen gedenkpolitischen Umgang mit dem Gebäude formulieren. Wurde diese fehlende Sprachlichkeit in der Jury thematisiert? In weiterer Folge zeichnen sich viele der Wettbewerbsbeiträge durch naive bis skandalöse Formulierungen aus: beispielsweise betitelt Marte.Marte das Gebäude auf seinem Plakat als „Führer-Geburtshaus“.

AB

Interessant! Nein, das wurde garantiert nicht besprochen. Ich habe diese Passage nicht gesehen oder gehört. Wenn, dann wäre das sicher ein Thema gewesen.

DA

Wir zitieren kurz aus dem Juryprotokoll, in dem es über das Siegerprojekt heißt: „[...] Der Doppelgiebel (...) kommt der Intention der Purifizierung und der Einordnung in den Kontext des Stadtbildes mit der geforderten Neutralisierung besonders nahe. [...]“ Es war auch diese Form der Sprachlichkeit, nämlich der Wunsch nach einer „Purifizierung“ und „Neutralisierung“, die uns als Verein aktiv werden lassen hat. Können wir für dieses Gebäude wirklich eine glatte, bruchlose bauliche Lösung andenken, die die NS-Zeit ungeschehen machen will? Wie wichtig war das Kriterium der Beseitigung von Erinnerung in der Bewertung der Beiträge?

AB

Ich habe die Auslobung nicht geschrieben. Aber darin war als Ziel festgelegt, dass man keine Erinnerungskultur und auch kein Mahnmal baut, sondern dass die Eingliederung in das Ensemble eine gewisse Neutralität hervorrufen soll. Hätte man das Haus einfach so gelassen, wäre es vermutlich auch egal gewesen. Es ist einfach eine ordentlich gemachte Generalsanierung notwendig. Das Haus hatte ja vorher auch nichts Besonderes an sich – es war ja auch kein Nazi-Treffpunkt. Das Hauptanliegen – damals noch unter Schwarz-Rot, wo die Enteignung gemacht wurde – war, dass man verhindert, dass irgendwelche Leute in diesem Haus irgendetwas machen. Deswegen war in der Vergangenheit diese soziale Einrichtung [Lebenshilfe] drinnen, wo man die Kontrolle darüber hatte, wer ein- und ausgeht. Und es sollte definitiv kein Wirtshaus werden, wo sich dann eventuell bestimmte Gruppen treffen, um dort gemeinsam zu feiern. Das war also ein sehr pragmatischer Zugang. Aber das Haus an sich hat überhaupt nie irgendeine Art von Erinnerungen getragen – also visuell. Im Grunde genommen sind das relativ komplizierte Worte dafür, dass man auch sagen hätte können: Es soll so bleiben. Weil es ein belangloses, ein ganz normales Vorstadthaus ist. Daher war ich auch immer ein Unterstützer dieser Linie. Denn was immer man dort für ein besonderes Haus errichtet, wird es auf jeden Fall vielleicht ein paar Amerikaner anlocken, aber in erster Linie wird es Nazis anlocken – vor allem wenn man es auch noch so anti-Nazi-mäßig gestaltet. Und da sind wir jetzt noch einmal bei dem Mahnmal [von KABE Springer]: Das hatte einen gewissen Walhalla-Charakter, sodass man nicht genau weiß, in welche Richtung das wirkt, das kann man bei einem Kunstwerk nur bis zu einem gewissen Grad festlegen, vor allem bei so monumentalen Sachen. Das kann man in viele Richtungen nutzen und deuten.

Abschließend komme ich noch einmal zur Reichsbank bzw. zum Außenministerium zurück. Hier ging die Umdeutung durch den Einzug des Außenministeriums in die gute Richtung. Auch in Italien hat das funktioniert, wo die ganzen Faschistenbauten heute zum Teil recht gut genutzt werden. Auf der anderen Seite möchte man es nicht riskieren, dass ein demokratisch gemeintes Gebäude in seiner Deutung womöglich auf die andere Seite kippt. Das wäre besonders schlecht. Aber das ist nur Spekulation, das war in der Jury nicht wirklich das Thema.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview Wolfgang Lorch

Das Gespräch mit Prof. DI Wolfgang Lorch, Fachpreisrichter der Wettbewerbsjury zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler, wurde von Anna Paul und Daniela Mehlich am 18. Februar 2022 geführt.

Wolfgang Lorch ist Architekt, der laut eigener Aussage im Kontext von belasteten Orten „relativ kontinuierlich Antworten gesucht“ hat. Er ist Mitbegründer des Büros für Architektur und Stadtplanung Wandel Lorch Götze Wach, Saarbrücken/Frankfurt am Main, und Professor für Entwerfen und Baugestaltung an der TU Darmstadt.

Diskurs Architektur

Sehr geehrter Herr Lorch, wir suchen das Gespräch mit Ihnen, um die Hintergründe des Wettbewerbs zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler zu beleuchten. Sie waren geladenes Jurymitglied der Kammer der Ziviltechniker:innen, Architekt:innen und Ingenieur:innen für den Wettbewerb zur Umgestaltung des Gebäudes Salzburger Vorstadt 15 – wie der Realisierungswettbewerb offiziell hieß. Warum denken Sie, hat man Sie dazu eingeladen?

Wolfgang Lorch

Ich war in diesem Fall der einzige Internationale in der Jury und die Anfrage vonseiten des Auslobers hat sich bezogen auf meine Beschäftigung mit der „vierten Dimension“. Mit der Aufgabe – im engeren Kontext – von Zeit und Architektur. Als Architekt habe ich in diesem Kontext doch relativ kontinuierlich Antworten gesucht.

DA

Mussten Sie abwägen, ob Sie die Einladung zur Teilnahme an der Jury annehmen?

WL

Man hat davor eigentlich nur vom Projekt in Braunau, Salzburger Vorstadt, gelesen und man verknüpft Braunau mit diesem – wohl bekanntesten – Haus der Stadt. Die Vorgeschichte war eigentlich Teil des Feuilletons. Sie war mit all ihren Wendungen, die es im Vorfeld gegeben hat, die letztlich zu diesem Wettbewerb geführt haben, bekannt. Ich habe zugesagt, weil ich glaube, man kann das verantworten, in diese Jury zu gehen.

DA

Hat sich die Jury bei diesem doch sehr besonderen Verfahren von anderen Jurys unterschieden, in denen Sie involviert waren?

WL

Im Normalfall gibt es bei einer Kunst- oder bei einer Architekturjury ein Framing, das relativ klar ist und das auch verbindlich ist. Ich sage eine „normale Jury“, denn das war eine besondere Jury. In diesem Fall war das Framing nicht so klar: Der Vorgeschichte, die ich jetzt nicht zu erwähnen brauche, ist eine lange Debatte vorangegangen. Aus dieser Vorgeschichte heraus entstanden Bedingungen – ob glücklich oder nicht glücklich, möchte ich jetzt nicht sagen.

Ich möchte hier nicht über einzelne Inhalte der Jury berichten – man trägt das Ergebnis der Jury nach außen. Man kann exemplarisch sagen, dass es durchaus nicht nur konsensuale Meinungsbildungen gab.

Da war zum einen die Thematik, bestimmten Gruppen den Zugriff auf das Haus zu verwehren. Dass diese Aufgabe vom österreichischen Staat übernommen wurde, war ja keine unkluge Entscheidung. Ob im Vorfeld die Enteignung mit dieser Zweckbindung glücklich war, das überlasse ich Ihnen. Das waren weder Voraussetzungen für den künstlerischen, noch den inhaltlichen Ansatz, sondern die Voraussetzung, um den Zugriff auf dieses Haus zu bekommen, um die Politik der falschen Zeichen zu vermeiden. In der eigentlichen Befassung in der Jury gab es natürlich zuerst die Durchsprache der Auslobung, in der relativ viel vorgeschrieben war. Und natürlich die Frage, was ist richtig an dieser Aufgabe? Die Debatte, die damit zusammenhängt, ist eine ganz wichtige. Gerade hinsichtlich der Frage, was richtig oder falsch ist – diese Frage beginnt schon in der Auslobung.

DA

Das österreichische Innenministerium unter Minister Sobotka hatte 2016 eine Kommission zum „historisch korrekten Umgang“ mit dem Geburtshaus von Adolf Hitler einberufen. Der Abschlussbericht dieser Kommission hat die später folgende Auslobung im Wesentlichen bestimmt, indem er zwei Nutzungsarten formuliert und empfiehlt: erstens eine sozial-karitative Nutzung, die geeignet sei, um die Symbolkraft

des Ortes zu brechen, zweitens eine administrativ-behördliche, die gut geeignet sei, den Enteignungszweck zu erfüllen. Das Innenministerium unter Minister Peschorn trifft 2019 die Entscheidung, das Gebäude als Polizeistation zu nutzen. Halten Sie diese Entscheidung für angemessen hinsichtlich seiner gedenkpolitischen Dimension?

WL

Ich würde sagen, es ist die zweitbeste Wahl. Ich habe mich natürlich gefragt, ob die Polizei sich da wohl fühlt. Es ist definitiv nicht die schlechteste Wahl, die einen Zugriff von ganz anderer Seite auf das Haus möglich gemacht hätte und die es wieder in die Nähe eines völlig falschen Bildes gerückt hätte. Ein normales Geburtshaus ist ein Haus, wo man eigentlich etwas zur Ehre einer Person in einer Stadt macht. Das Geburtshaus in Braunau hingegen ist eine historische Altlast – das ist ja in gewisser Weise toxisch. Aber als radikalste Lösung eine Leerstelle zu erzeugen, wäre falsch gewesen.

DA

Eine Entscheidung, die wir immer wieder in Frage gestellt haben, ist, inwieweit der Realisierungswettbewerb selbst das richtige Verfahren war – gegenüber der Möglichkeit eines offenen Ideenwettbewerbs. Wie sehen Sie grundsätzlich die Ausschreibung von Ideenwettbewerben und das Eröffnen einer breiteren Debatte, wenn es um die Gestaltung und die Nutzung von belasteten Orten geht?

WL

Der Fokus der Auswahlkriterien der Teilnehmer lag auf deren Realisierungsfähigkeit, doch diese sehe ich in dem Fall sogar als nachrangig. Das zweite Kriterium war die Fähigkeit der Qualität in Umbaufragen. Beide Kriterien sind eigentlich sekundär. Gewünscht hätte ich mir – egal ob es ein Ideen- oder Realisierungswettbewerb wäre –, dass die wesentlichen Auswahlkriterien der Teilnehmer zumindest um ein Kriterium ergänzt worden wären: Die wesentliche Frage in diesem Haus wäre der Umgang mit der vierten Dimension der Architektur, mit der zeitlichen Dimension, gewesen. Gibt es eine angemessene – falls man da überhaupt von „angemessen“ sprechen kann – Befassung mit dieser Zeitschicht, bei dieser historischen Altlast? Diese inhaltliche Befassung hat jedoch in den Auswahlkriterien keine Rolle gespielt. Es wäre gut gewesen, wenn in dem Kreis der geladenen Bewerber mehr Expertise zum Thema vierte Dimension, Erinnerungskultur, vertreten gewesen wäre. Ich sage nicht ein Denkmalspezialist, sondern einfach mehr Befassung. Und man sieht das an den Ergebnissen, wie wenige das zum Thema machen.

DA

Gab es für Sie die Möglichkeit, diese Kritik an den Auswahlkriterien an den Auslober zurückzugeben oder diesen in der Jurierung mehr Bedeutung beizumessen?

WL

Die waren zu dem Zeitpunkt bereits verabschiedet. Im Prinzip war das ein Schritt, der davor lief und man hat an Bewerbern das ausgewählt, was da war. Aber ich glaube, man hätte das Feld der Bewerber über die Kriterien etwas anders setzen können. Und das hätte letztlich eine andere Auswahl an Teilnehmenden ergeben. So hätte man noch mehr Potenzial, noch mehr Lösungen im Ergebnis erreicht. Im Wettbewerb kann man nur das prämiieren, was abgegeben wird.

DA

Für die zweite Phase des Wettbewerbs, für die man sich bewerben musste, waren fünfzehn Architekturbüros geladen – davon haben zwölf dann einen Beitrag eingereicht. Das waren vorwiegend österreichische Büros, somit gab es ein sehr überschaubares, wenig internationales Teilnehmerfeld. Wäre eine größere internationale Resonanz bei der gedenkpolitischen Bedeutung des Wettbewerbs Ihrer Meinung nach wichtig gewesen?

WL

Internationalität ist nicht unbedingt gleich Qualität. Der Wettbewerb wurde wohl in Deutschland in einigen entsprechenden Portalen veröffentlicht. Ich glaube, die vorangegangene Frage war die richtigere. Man erkennt im Verfahren das fehlende Kriterium der Befassung mit Erinnerung und Zeit. Dieses Kriterium hätte man in der Auslobung stärker in den Vordergrund schieben können. In einer kritischen Nachbesprechung kann das eine Erkenntnis sein.

DA

Bemerkenswert ist, dass es kaum teilnehmende Architekt:innen gab, deren Expertise im Feld der Gedenkarchitektur lag – aber das ist eigentlich auch nicht das richtige Wort.

WL

Gedenkarchitektur, Mahnmal oder Geburtshaus sind als Begriffe eigentlich falsch, weil an was gedenkt man eigentlich dort? Gedenken wäre ja genau die falsche Botschaft. Deswegen habe ich auch gerade um Begrifflichkeiten gerungen und deswegen vielleicht den sperrigen Begriff von Architekten, die sich mit dieser Frage der vierten Dimension im Sinne von Narrativ schon mal auseinandergesetzt haben, untergebracht. Es war ein Realisierungswettbewerb – vielleicht braucht es an dieser Stelle Denkmalwettbewerbe, jetzt verwende ich selber den Begriff. Die Debatte um das Denkmal – aber es ist kein Denkmal. Die Debatte um diese schwierigen Projekte in der vierten Dimension, in der Zeitlichkeit, ist gleich wichtig wie die Realisation. Davon bin ich inzwischen überzeugt. Es gab den Zwang, dass innerhalb eines Zeitfensters eine Lösung sichtbar werden sollte. Die Zeit davor hingegen hat man nicht genutzt, indem man es zwei Generationen lang anders gesehen hat.

DA

Die Auslober, das haben Sie auch schon angedeutet, sind vermutlich mit einem ganz anderen Interesse in diesen Wettbewerb reingegangen.

WL

Allgemein in Rekonstruktionsdebatten oder auch im Kontext von belasteten Orten, will man als Auslober ein Thema zu Ende bringen. Und das ist schon das Problem, dass man das zu Ende bringen will.

DA

Das beschreibt es ganz gut, „etwas zu Ende bringen zu wollen“. In Bezug auf die Salzburger Vorstadt 15 ist das auch das extrem aufwändige und kostspielige Enteignungsverfahren, das die Republik Österreich 2016 eigens für das Gebäude angestrengt hat.

Aber noch einmal zu den Auslobungsunterlagen, die eigentlich keine Sprache für den gedenkpolitischen Umgang mit dem Gebäude gefunden haben. Diese Auslassung hat dazu geführt, dass die Teilnehmer:innen – über ihre architektonischen Beiträge hinaus – aufgefordert waren, eine eigene Sprache zu finden, insbesondere in den einzureichenden Erläuterungstexten. Hier gab es dann Texte, die Hitler mit keinem Wort erwähnt haben und damit das Nicht-Thematisieren als Strategie der Auslobung quasi fortgesetzt haben. Andere Einreichungen sind durch naiven oder skandalösen Umgang mit Sprache aufgefallen. Hervorzuheben ist hier vor allem ein Plakattitel des Gewinnerbeitrags von Marte.Marte, die das Gebäude als „Führergeburtshaus“ bezeichnet haben und von der „traurige[n] Berühmtheit der Salzburger Vorstadt 15“ sprechen. Da gibt es einige Dinge zu entdecken. Wie bewerten Sie die Sprachlichkeit der Beiträge?

WL

In einer Reihe von schriftlichen Beiträgen, ist das, was Sie mit unbedarft, naiv oder eben als Nicht-Annäherung an das Thema beschreiben, deutlich geworden. Wobei ich viel wichtiger finde, dass das Haus in irgendeiner Weise in der Neuinterpretation zum Sprechen findet. Nicht der Erläuterungsbericht wäre das Wichtige gewesen, sondern die Haltung, die die Architekten aus einer inhaltlichen Position zu dem Haus haben – eine Haltung, die man herauslesen kann. Die hätten noch so einen guten schriftlichen Beitrag liefern können, wenn das Haus dann nicht diese Botschaft in die Stadt trägt. Es ging ja nicht darum, eine Gedenktafel an das Haus zu machen.

Also zuerst einmal hat die Conclusio des Entwurfes aus der inhaltlichen Annäherung bei vielen Arbeiten gefehlt, was ich weit höher gewichte als die Tatsache, dass eine Reihe von Erläuterungsberichten besser nicht geschrieben worden wären. Was sich gezeigt hat, ist, dass die eigentlich weit weg waren vom Thema – obwohl überwiegend gute Architekten. Das Wesentliche in der Priorisierung war, eben nicht nur eine nette Architektur dort hinzusetzen – das ist ja auch kein nettes Thema – sondern eine Position zu diesem Ort, Unort, Geburtshaus zu finden, das nicht zu Ehren des dort Geborenen steht. Das ist mir eigentlich viel wichtiger, als dass Begrifflichkeiten nicht richtig verwendet werden. Wenn man sich so einer Aufgabe über die bauliche Abwicklung und über die Konstruktion oder nur über eine Morphologie annähert, und nicht über das Narrativ, dann zeigt sich das im Ergebnis, im Entwurf.

Man wünscht sich eigentlich einen sprechenden Entwurf, der in diesem Fall unmissverständlich sprechen muss. Und das gerade bei Denkmalfragen, einem Feld, wo es in der Mehrdeutigkeit und der falschen Deutung unendlich viele Möglichkeiten und nur sehr wenige richtige Antworten gibt. Ich habe übrigens eine Arbeit gesehen, die diese inhaltliche Annäherung in bester Weise durch eine Umdeutung geschafft hat.

DA

Vonseiten der Auslobung wurde die „Beseitigung von Erinnerung“ gefordert. In den Auslobungsunterlagen stand: „durch die äußerliche Umgestaltung des Bestandsgebäudes soll die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus beseitigt und dem gesetzlichen Auftrag aus dem Bundesgesetz über die Enteignung der Liegenschaft entsprochen werden“. Entsprechend waren die Beurteilungskriterien der zweiten Runde der Umgang mit der historischen Bestandsfassade und der Erhalt der inneren historischen Bausubstanz.

In Bezug auf das Siegerprojekt liest sich die Beurteilung aus dem Juryprotokoll dann wie folgt: „Der Doppelgiebel der geputzten Lochfassade kommt der Intention der Purifizierung unter Einordnung in den Kontext des Stadtbildes mit der geforderten Neutralisierung besonders nah.“ Es wurde sich also für eine bruchlose, glatte Lösung entschieden. Andere Beiträge, die die NS-Zeit thematisieren, indem sie bauliche und zeitliche Brüche zeigen, konnten nicht überzeugen. Kann man sagen, dass in der Bewertung der Beiträge das Kriterium der Beseitigung von Erinnerung übergeordnet war?

WL

Es gibt ja eine Reihe von künstlerischen Auseinandersetzungen, die mit dem Thema Bruch und Zerstörung arbeiten, und mit Verlaub, die kann man auch mehrdeutig lesen. Was wird da zerstört? Ist das die richtige Sprache? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage in der Jury war richtig. Ich sehe das Wort Neutralisierung nicht so negativ, wie Sie das in Ihrer Frage angedeutet haben. Es geht nicht um das Verschwinden von Erinnerung. Gleichzeitig ging es, ohne eine theoretische Diskussion zu führen, so weit, dass die maximale Neutralisierung die Beseitigung des Hauses ist. Dann entsteht eine Leerstelle, die der größtmögliche Bruch ist. Ich würde nicht so weit gehen, dass man sagt, beim Neutralisieren geht es per se um eine Beseitigung von Geschichte.

Dieses Unfassbare, dass in diesem Haus der Jahrhundertverbrecher geboren ist – noch unschuldig, aber er ist da geboren – ist mit seinem Heimatort, mit seinem Geburtsort verknüpft. In dem Haus wurde von Martin Bormann, dem Sekretär von Hitler, ein

Gedenkort eingerichtet. Nach 1945 wurde es eigentlich banal oder neutralisierend weitergenutzt. Ob das jetzt thematisiert werden hätte müssen – da gab es keinen Beitrag in die Richtung.

Wenn ich an Nürnberg denke – das ist zwar kein Gedenkort, sondern ein Dokumentationszentrum, im sogenannten Reichsparteitagsgelände – Günther Domenig hat da einfach reingeschnitten im wahrsten Sinne des Wortes. Und auch eine entsprechende Architektur abgeliefert. Aber man kann nur das prämiieren, was da ist.

DA

Viele der Beiträge schlagen eine Rückführung des Gebäudes in das 18. Jahrhundert vor und befinden sich damit direkt auch in der Rekonstruktionsdebatte. Konkret wird vorgeschlagen, die ehemalige Biedermeierfassade in ihrer Dachform mit den zwei Giebeln wiederherzustellen – so wie es auch schon in der Auslobung angeregt wird. Wie wurde die Methode der Rekonstruktion eines vermeintlichen Originalzustands, die von vielen Teilnehmer:innen aufgegriffen wurde, in der Jury diskutiert?

WL

Man kann eigentlich sagen, und das habe ich in der Jury auch argumentiert, es in einen Zustand zurückzusetzen wäre auch die falsche Antwort, weil letztlich wäre das die Botschaft, „es ist nichts geschehen“. Bei der Neutralisierung wird das Haus aus einer Überhöhung in eine Art Normalität zurückgeführt, die es nicht gibt. Selbst der Abriss wäre keine Normalität gewesen. Und man hätte es noch künstlerisch überhöhen können und vorschlagen können, die Stollen von Gusen wären der ideale Entsorgungsort für die baulichen Reste gewesen, weil man noch nicht mal die Mauerpicker dort haben möchte für diese Steine, die so auch noch ihre Verwertung gefunden hätten. Aber es ist nicht meine Aufgabe, zu entwerfen. Ein künstlerisches Projekt, das die Sache wirklich materiell beseitigt hätte, diese Altlast, das wären konzeptionelle Ansätze. In einer Arbeit sah ich einen konzeptionellen Ansatz.

DA

Neben dem Projekt von KABE und Springer Architekten, das mit dem Sonderpreis ausgezeichnet wurde, haben wir auch in dem Projekt der ARGE PLOV-Denk einen Ansatz gefunden, der sich mit den baulichen Relikten des Umbaus befasst: Das Team schlägt ein Depot im Dachgeschoss, ein Archiv für alle anfallenden baulichen Relikte vor, um sie ideologischer und ökonomischer Verwertung zu entziehen. Im Juryprotokoll wird dieser Beitrag allerdings nicht erwähnt.

WL

Das habe ich nicht als konzeptionellen Beitrag verstanden. Denken Sie an die Berliner Mauer. Es gibt keine Mauerpicker, es gibt keine Steine, die ich mitnehmen kann. Die ganze Altlast im Dachboden zur Reliquie zu erklären, kommt für mich einer Überhöhung gleich. Wir haben das auch diskutiert, es war in der konsensualen Abwägung aber nicht die entscheidende Position, auch wenn es eine Position war. Dieser Beitrag hatte definitiv andere Schwächen, die ihn auf diesen Platz gesetzt haben.

DA

Zum Beitrag den Sie vorher vermutlich im Sinn hatten, nämlich dem der ARGE KABE-Springer: Dieser schlägt vor, dem Geburtshaus die Nutzung zu entziehen und die ausgeschriebene Polizeistation in einem separat stehenden Neubau unterzubringen. Das Geburtshaus wird zum Mahnmal erklärt und gestaltet. Wie wurde dieser Vorschlag, der ja als einziger eine gedenkpolitische Idee für den Ort formuliert, in der Jury diskutiert?

WL

Er wurde doch auf den zweiten Platz gesetzt.

DA

Auf den Anerkennungsplatz.

WL

Es gab eine nicht-mehrheitsfähige Position, die gesagt hat, es ist die einzige Arbeit, die eine richtige Antwort auf die Nutzung gegeben hat, indem sie die Polizeistation nach hinten gepackt hat. Die haben einen klugen Vorschlag gemacht: Vorne, das eigentliche Haus, wird zu einer Art Pflanztrog, es wird zum nicht nutzbaren Haus. Ich interpretiere die Bäume nicht so, als dass da Gras drüber wächst. Ich interpretiere sie auch nicht als Hoffnung. KABE und Springer beginnen vom Bild. Ich lese dieses Zumauern nicht nach deren Worten, sondern ich versuche mir selbst ein Bild zu machen. Das ist mir viel wichtiger, wenn ich in einer Jury bin. Man steht vor dem Haus, da ist ein Trog, das Dach wurde weggenommen und damit ist das Haus unbenutzbar gemacht.

Es ist von beiden Positionen her ein sehr kluger Beitrag, der die vierte Dimension wohl als einzige Arbeit in einer klugen Weise interpretiert. Ich hätte gerne viel mehr solche Arbeiten gesehen. Das wäre eine Arbeit, die man sich weiter vorne gewünscht hätte, aber in einer Jury brauchen Sie Mehrheiten. Ich war der Meinung, dass das Ergebnis des Wettbewerbs nicht das Ende, sondern erst der Anfang der Diskussion ist.

DA

Es gab mehrere Architekturbüros, die sich entschieden haben in der zweiten Phase nichts abzugeben – und sich damit der Debatte in gewisser Hinsicht auch entzogen haben.

WL

Ich war nicht Vorsitzender der Jury, das ist ja bekannt. Aber als Juryvorsitzender der Wettbewerbe um das Bauhaus-Archiv Berlin und das Museum in Dessau kann ich sagen, dass es beispielsweise in Dessau 330 Einreichungen gab und nicht jeder Architekt oder jede Architektin ist davon ausgegangen, dass sie das Museum baut. Sondern da wollte man einen Beitrag liefern, so etwas ist ja auch ein Teil der Wettbewerbskultur. Es ist letztlich ein intellektueller Anreiz, um einen Beitrag zur Interpretation des Bauhauses in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts zu leisten, nachdem das Bauhaus lange Geschichte ist.

Und insofern ist es wichtig, dass wir als Architekten und Architektinnen bei diesen Fragen nur versuchen können, Position zu beziehen, indem wir in unserer Sprache der Zeichnungen, der Entwürfe, Beiträge liefern und sagen, unser Beitrag ist aufgrund dieser und jener Begründung der bessere. Marte.Marte sind formal gute Architekten, die werden auch die Neutralisierung hinkriegen. Aber die haben überhaupt keine Annäherung an die engere Fragestellung, sie liefern letztlich zur Denkmaldebatte keinen Beitrag – da muss man einfach sagen, das ist nicht deren Thema.

Der Entwurf war der beste von denen, die sich mit der Neutralisation beschäftigt haben, aber eben nicht der beste, der sich mit der Erinnerung und der Denkmal-Debatte befasst hat. Ich glaube sogar, dass man über Partizipation und andere Verfahren – Architektur ist ja in diesem Fall eine öffentliche Sache, eine Res Publica – zu einem besseren Ergebnis gekommen wäre, wenn man eine breite Debatte, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs oder die Partizipation über Beteiligungsverfahren gesucht hätte.

DA

Kann man den komplexen historischen Fragestellungen wie sie das Geburtshaus in Braunau aufwirft, ausschließlich mit baulichen Lösungen im Rahmen eines Realisierungswettbewerbes gerecht werden? Inwieweit müssten sich Wettbewerbe zu historisch belasteten Orte von anderen Wettbewerben unterscheiden, um ihrer gesellschaftlichen Dimension gerecht zu werden?

WL

Viele Jurys sind zu groß, diese hätte aber im Nachgang breiter aufgestellt werden

können – das heißt über den engeren fachlichen Kontext hinaus – um eine breitere Debatte zu führen. Vielleicht hätten wir, wenn man den Wettbewerb für Künstlerinnen und Künstler geöffnet hätte, noch mehrere konzeptionelle Antworten gefunden oder erwarten können.

Der Wettbewerb für den Börneplatz in Frankfurt am Main führte Ende der 1980er zur ersten Denkmaldebatte in Deutschland. Das war ein Kunstwettbewerb, mit 249 internationalen Teilnehmern. Es wurden drei zweite Preise vergeben: An einen weltbekannten Architekten – Hans Hollein –, an den Bildhauer Ansgar Nierhoff und an irgendwelche Studenten, die niemand gekannt hat, um die mögliche Breite aufzuzeigen. Und die Studenten [Anm.: Nikolaus Hirsch, Wolfgang Lorch und Andrea Wandel] konnten nur deswegen mitmachen, weil jeder Künstler ist, also jeder dort abgeben konnte. Das Ding war schon ein Politikum. Aber eine mutige Jury kann, selbst im Realisierungswettbewerb, Arbeiten rausschmeißen und sagen, da war keine dabei oder eine konzeptionelle Arbeit mit dem Sonderankauf versehen und diese dann beauftragen. Aber derartige Jurys hängen von Mehrheiten ab. Ein oder zwei einsame Rufer reichen nicht.

Gebaute Verdrängung?
Kritische Nachbesprechung des Architekturwettbewerbs
für eine Polizeistation im Geburtshaus von Adolf Hitler

DA-Diskurs Architektur, 2023
diskurs-architektur.eu

Interview

Andreas Pisl

Das Gespräch mit Landespolizeidirektor Andreas Pisl, Jurymitglied (Sachpreisrichter) des Wettbewerbs zur Umgestaltung des Geburtshauses von Adolf Hitler, wurde am 20. Jänner 2022 von Anna Paul und Daniela Mehlich geführt.

LPD Mag. Andreas Pisl MA ist seit 2012 Landespolizeidirektor für Oberösterreich und war in dieser Funktion Mitglied der „Kommission zum historisch korrekten Umgang mit dem Geburtshaus Adolf Hitlers“ (2016), sowie beratendes Mitglied ohne Stimmrecht in der Jury des 2019 ausgelobten Architekturwettbewerbs.

Diskurs Architektur

Sehr geehrter Herr Landespolizeidirektor Pils, Sie sind in die geplante Umgestaltung des Hauses in dem Adolf Hitler geboren wurde in vielfältiger Weise eingebunden: als Mitglied der vorbereitenden Kommission, als Sachpreisrichter in der Wettbewerbsjury und letztendlich als Direktor der Landespolizeidirektion Oberösterreich auch als Nutzer.

Bei dem Gebäude in der Salzburger Vorstadt 15 handelt es sich um einen Ort von zentraler gedenkpolitischer Bedeutung, der weder Opfer- noch klarer Täterort ist. Braunau wird immer damit verbunden sein, dass Adolf Hitler dort geboren wurde – obwohl er nach seiner Geburt 1889 nur noch wenige Monate dort lebte. Wie wurde Ihnen dieser Ort, also dieses Geburtshaus, erstmals bewusst?

Andreas Pils

Für mich ehrlicherweise erst durch die Arbeit. Ich habe natürlich gewusst, dass Hitler in Braunau geboren ist, das hat man schon in der Schule gelernt – aber das Geburtshaus an sich war mir nicht bekannt, etwa wie es aussieht. Ich bin schon sehr lange bei der Polizei, auch als Teil der Einsatzeinheit Oberösterreich, die immer wieder zum Geburtstag Hitlers in Braunau bei Demonstrationen und Veranstaltungen eingesetzt wird, die möglicherweise abgehalten werden. Also das ist mir schon sehr lange bewusst, noch als Mitarbeiter und dann als Leitender in der Einsatzeinheit. Sicher seit 25, 30 Jahren.

DA

2016 hat der damalige Bundesminister Wolfgang Sobotka die Kommission zum „historisch korrekten Umgang“ mit Expert:innen, Zeithistoriker:innen, Jurist:innen, Vertreter:innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik eingesetzt, um rechtliche wie historische Fragen zum Umgang mit dem Haus zu erörtern – und eine Empfehlung abzugeben, wie mit dem Gebäude umzugehen ist. Diese Kommission hat mit ihrem Abschlussbericht die wichtigste Grundlage für den Architekturwettbewerb bereitgestellt. Welche Expertise haben Sie in die Kommission eingebracht?

AP

Meine Rolle war durchaus auch, das Vorhaben in sicherheitspolitischer Hinsicht zu beleuchten. Was bedeutet das? Womit haben wir unter anderem „sicherheitstechnisch“ zu kämpfen? Und wie könnte man dem entgegenreten, was wäre eine Lösung, die zur Entschärfung der Situation beitragen könnte? Weniger der architektonische Blick.

DA

Die Kommission bestand aus 13 Mitgliedern, von denen fünf direkt dem Bundesministerium für Inneres zuzuordnen sind. Positionen aus dem musealen Bereich oder aus der Architektur waren hier gar nicht vertreten. Ist Ihnen bekannt, wie die Kommission grundsätzlich zusammengestellt wurde und wie ihre grundlegenden Fragestellungen erarbeitet worden sind?

AP

Das weiß ich nicht, das ist schon wieder so lange her, das entzieht sich meiner Erinnerung. Ich weiß nur, dass ich als sicherheitspolizeilicher und politisch Verantwortlicher im Land mit eingebunden worden bin, um diese Situation auch darstellen zu können. Und in einer gewissen Form auch Einfluss darauf zu nehmen, wie die weitere Gestaltung sein wird. Weniger in Bezug auf die Architektur, sondern eher auf die architektonische Umgestaltung, damit das Gebäude den Wiedererkennungswert verliert. Der Erkennungswert erzeugt quasi diese Pilgerstätte – um das ist es eigentlich gegangen.

DA

Die Kommission hat abschließend zwei Empfehlungen ausgesprochen: eine sozial-karitative Nutzung, sowie eine administrativ-behördliche Nutzung, die als gut geeignet eingeordnet wurde, um den Enteignungszweck zu rechtfertigen. Können

Sie uns die Hintergründe dieser Empfehlungen schildern und vielleicht auch darauf eingehen, warum museale oder edukative Nutzungen von der Kommission abgelehnt worden sind?

AP

Da hat es natürlich Diskussionen gegeben, die in erster Linie dominiert waren von Zeitzeugen und Personen, die sich mit dieser Zeit umfassend beschäftigten. Da war auch nicht unbedingt meine Expertise gefragt. Das finde ich schwer zu beantworten, das müssten andere Kommissionsmitglieder beantworten.

DA

Sie haben sich 2017 direkt in die Debatte um den Umgang mit dem Gebäude eingebracht, indem Sie dessen Abriss gefordert haben. Es nur einer Umnutzung zuzuführen, hielten Sie nicht für ausreichend.

AP

Ja? Wirklich?

DA

Ja, die entsprechenden Artikel sind online noch abrufbar. Es wäre interessant, wenn Sie Ihre damalige Position noch einmal darlegen könnten. Halten Sie einen Abriss nach wie vor für richtig?

AP

Sagen wir einmal so, in Wahrheit ist es darum gegangen, den Wiedererkennungswert zu reduzieren. Mit einem Neubau ist der total reduziert. Das war der einfache polizeiliche Zugang, weniger jetzt der historische Zugang. Dieser Zugang ist natürlich nicht getragen von geschichtlicher Expertise und von der weitreichenden Entscheidung für viele Menschen, die sich inhaltlich damit beschäftigen. Durch den geplanten Umbau wird das Gebäude jedenfalls seinen Wiedererkennungswert verlieren – es ist natürlich wesentlich teurer umzugestalten, als neu zu bauen. Das ist die sehr einfache polizeiliche Sicht. Die hat bei Historikern und Architekten für Empörung gesorgt – dass man so etwas überhaupt andenken kann.

DA

Bundesminister Sobotka hatte ungefähr zur selben Zeit ebenfalls den Vorschlag eines möglichen Abrisses eingebracht. Wie wurde denn der Abriss in der Kommission diskutiert? Hier waren ja durchaus auch gegensätzliche Positionen vertreten, die einen Abriss des Gebäudes kategorisch abgelehnt haben – unter anderem mit Verweis auf die Geschichte: die Alliierten hatten die Zerstörung des Gebäudes nach Kriegsende aktiv verhindert.

AP

Ja, das ist umfangreich diskutiert worden, jeder hat seine Sichtweise eingebracht. Für mich ist es in erster Linie darum gegangen, den Wiedererkennungswert zu reduzieren. Und wenn das anders auch funktioniert ... mir war nicht bewusst, welche Bedeutung ein Abriss für manche gehabt hätte. Mich hat das als Polizist relativ wenig betroffen. Daher war das einfach, meine sicherheitspolizeiliche Meinung einzubringen, wenn es darum geht, dass man dort die Pilgerstätte in irgendeiner Form unattraktiv machen will. Historiker haben mich davon überzeugt, dass das vielleicht nicht gescheit ist, und dass das einen Sturm der Entrüstung auslösen würde.

DA

Ausgehend von den Empfehlungen der Kommission hat Wolfgang Peschorn laut parlamentarischer Anfragebeantwortung dann 2019 die finale Entscheidung getroffen, das Gebäude als Polizeistation zu nutzen. Waren Sie als zukünftiger Nutzer in diese Entscheidung eingebunden?

AP

Ja natürlich. Es ist ja auch schon in der Kommission diskutiert worden, was die Nutzung sein könnte. Wenn man von sozial-karitativ spricht, muss man ja auch überlegen, was könnte das sein? Genau wie bei einer möglichen behördlich-administrativen Nutzung – und da war die Polizei schon Thema. Ich habe mich dann natürlich auch massiv eingebracht: wenn wir da quasi reingehen müssen, dann muss das den Bedürfnissen der Polizei auch entsprechen. Weil nur in die historischen Mauern einzuziehen, das würde ich für eine völlig falsche Information nach außen hin deuten. Es muss schon klar sein, dass sich da massiv etwas verändert hat. Ich war dann auch noch eingebunden in die Entscheidung, die der Minister getroffen hat. Ich glaube, dass die Nutzung als Polizeistation eine sehr gute Lösung ist, die vielen Ideen entspricht – auch denen der Polizei. Dass wir dort ordentlich arbeiten können – das war mir wichtig. Dass wir nicht nur, um das Ganze politisch zu rechtfertigen, herhalten, sondern es muss polizeilich dann auch etwas bringen. Das hat sich schlussendlich gut zusammenführen lassen.

DA

Das heißt, eigentlich wurde mit der Entscheidung für die Nutzung als Polizeistation die Möglichkeit eines Zubaus festgelegt?

AP

Ja, es war klar, dass die Ausmaße für die Polizei zu klein sind. Man hat gewusst, man muss da etwas tun. Wie das dann zum Schluss wirklich aussieht, das war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt.

DA

Waren Sie nach dieser Entscheidung in die Erstellung der Auslobungsunterlagen für den Architekturwettbewerb durch die Bundesimmobiliengesellschaft eingebunden?

AP

Ja, natürlich. Allerdings nur über das Bundesministerium, das ja auch der Besitzer der Liegenschaft sein wird. Nur zu Ihrer Information: wir sind überall in ganz Österreich eingemietet. Das Geburtshaus ist, glaube ich, dann das einzige Objekt in Oberösterreich, das tatsächlich auch dem Bund gehört – in dem Fall dem Innenministerium. Es gibt ganz klare Richtlinien, die erfüllt werden müssen für eine Polizeidienststelle. Und das muss sich wiederfinden, auch in diesem Projekt. Darüber hinaus ist ja auch noch etwas mehr angedacht, weil die Örtlichkeit natürlich nicht nur historisch, sondern auch geografisch betrachtet interessant ist.

DA

Wie wird sich diese Polizeistation von anderen Polizeistationen unterscheiden?

AP

Die Polizeiinspektion plus dem Bezirkspolizeikommando – das wird von den Abmessungen und von den Raumaufteilungen usw. ähnlich anderen sein, natürlich ein bisschen angepasst durch die Umbaumaßnahmen. Aber was noch hinzukommt, sind zusätzliche Schulungsräume, wo wir mehr machen, als es normalerweise in einer Polizeiinspektion oder einem Bezirkskommando stattfindet. In der Arbeit, die dort dann geleistet wird, wird es um die Aufarbeitung historischer Hintergründe gehen, aber in erster Linie um Menschenrechtsthemen. Denn die Polizei versteht sich auch als die größte Menschenrechtsschutzorganisation. Dem wird dort ein weiterer Raum gewidmet

und daher werden auch die Räumlichkeiten entsprechend adaptiert, sodass dort entsprechende Veranstaltungen stattfinden können.

DA

Wurden mit dieser spezifischen Ausrichtung der Polizeistation an diesem Standort Vorschläge einzelner Kommissionsmitglieder berücksichtigt? Es war ja auch von einer Ausbildungsstätte für Menschenrechte oder einer Forschungseinrichtung, die sich der Aufarbeitung der Geschichte der Polizei widmet, die Rede. Wurden diese Vorschläge nach dem offiziellen Kommissionsbericht an das Bundesministerium herangetragen?

AP

Es gibt seit Jahren ein Projekt, das heißt Polizei. Macht. Menschenrechte. Das soll ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir nur in die Rechte des Einzelnen eingreifen, wenn es darum geht, die Rechte anderer gerechtfertigt zu schützen. Das ist ein Schwerpunkt in der Ausbildung seit vielen Jahren und dem wird dort in Braunau ein besonderer Raum gewidmet. Daher sind die Räumlichkeiten dann auch so adaptiert worden, dass so etwas in einem optimalen Umfeld möglich ist. Das ist aber isoliert von der Polizeiinspektion zu sehen, weil die muss funktionieren. Und dann gibt es einen zweiten Teil, wo diese anderen Themen abgearbeitet werden.

DA

Sie waren als Berater des Preisgerichts ohne Stimmrecht auch in den Architekturwettbewerb direkt involviert. Laut dem Juryprotokoll wurde bei allen Projekten der Umgang mit dem historisch belasteten Bestand kontrovers diskutiert. Können Sie sich noch an diese Kontroversen erinnern?

AP

Ich weiß, dass es unterschiedliche Meinungen gegeben hat. Für mich war es spannend zu sehen, wie denn so etwas überhaupt abläuft. Letztendlich ist das ganz gut geführt worden. Es waren trotzdem ganz unterschiedliche Zugänge zu manchen architektonischen Ideen. Das war für mich interessant und da hat man gemerkt, dass das doch was mit Kunst zu tun hat. Hier gilt nicht „das ist Gesetz“ – so wie wir das gewohnt sind – sondern da gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Es war nicht so, dass jemand abgedreht wurde, weil es muss in eine Richtung gehen. Letztendlich haben sich die Sichtweisen trotzdem gefunden. Es waren schon einige spannende Projekte dabei, die an der Funktionalität für die Polizei schon massive Zweifel aufkommen haben lassen. So habe ich meine Rolle gesehen, dann zu sagen, das geht für eine Polizei halt gar nicht. Es mag architektonisch nett sein, aber da waren schon ein paar ganz spannende Geschichten, mit irgendwelchen Wäldern am Dach.

DA

Der Entschluss für das Siegerprojekt ist schlussendlich einstimmig gefallen, trotz der Kontroversen zuvor. Wie ist es zu dieser Einstimmigkeit gekommen?

AP

Ich glaube, durch eine gute Leitung, die es dann geschafft hat, alle unter einen Hut zu bringen. Und auch durch eine entsprechende Wertschätzung der Kollegen untereinander. Das ist denke ich auch essentiell, dass die Leute miteinander können und bereit sind, andere Sichtweisen zu akzeptieren. Das war schon sehr beeindruckend. Als letztendlich entschieden wurde, da waren die Jurymitglieder nicht mehr weit auseinander. Da war die Entscheidung für einen jeden, glaube ich, tragbar.

DA

Wie wurde denn die Sprachlichkeit der Beiträge in der Jury diskutiert? Auf dem Wettbewerbsplakat des Gewinnerbeitrags von Marte.Marte ist beispielsweise von

einem „Führergeburtshaus“ die Rede. Ist Ihnen dieser – sagen wir unbedarfte – sprachliche Umgang auch aufgefallen?

AP

Mir persönlich ist das nicht aufgefallen. Für mich waren die Sprachlichkeit und die historische Bedeutung und der Umgang damit nicht so bedeutsam wie für manche andere Jurymitglieder. Ich habe das eher aus dem sicherheitspolitischen Bereich heraus betrachtet und darauf geachtet, dass es aus polizeilicher Sicht Sinn macht. Aber in Wahrheit war das natürlich immer ein Thema für uns – jedes Mal im April in erster Linie, aber auch sonst. Wir haben jetzt Anti-Corona-Demos, die positionieren sich vor dem Gebäude und heben auffällig die Hand, also es ist immer wieder Thema.

DA

Sie haben vorhin erwähnt, dass aus polizeilicher Sicht die größtmögliche Unkenntlichmachung wichtig ist. Ich zitiere kurz die Ausschreibung: da heißt es „durch die äußerliche Umgestaltung des Bestandsgebäudes soll die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus beseitigt werden“. Wie stehen Sie zu dieser Aussage, die konträr zu jeder Form von geschichtspolitischer Vermittlungs- und Bildungsarbeit steht?

AP

Entscheidend war für mich das Entziehen des Wiedererkennungswertes. Ich glaube, dass „beseitigen“ vielleicht so gemeint war, dass der Erkennungswert reduziert werden soll. Und zwar in einem verträglichen Ausmaß, so wie es auch passiert ist. Sehr salopp gesagt, wenn das Gebäude weg wäre und da steht ein Hofer-Markt, dann weiß ich nicht, wo der Nazi jetzt hingehet und irgendwen huldigen will. Das ist nämlich die radikale Variante, zu sagen: so und fertig. Die ist es ja nicht geworden. Es ist allen sehr bewusst, mit dem Ganzen verantwortungsvoll umzugehen und eine gute Lösung zu erarbeiten. Wiewohl ich weiß, dass es Personen gibt, lokale unter anderem auch, die sich auch ein Museum vorstellen hätten können. Nur dann wäre das Gebäude möglicherweise wieder zu einer Pilgerstätte geworden. Es gibt viele Sichtweisen, ich bin mit der Entscheidung jetzt grundsätzlich ganz zufrieden. Wahrscheinlich gibt es nicht das einzig Richtige und das einzig Falsche. Dafür haben wir uns jetzt entschieden und ich glaube, dass das ein guter Weg ist.

DA

Zum Abschluss noch zwei Fragen, die auch das Thema der Verantwortung noch einmal aufnehmen. Die Polizei als Institution soll und wird das Gebäude nutzen. Die eigentlichen Nutzer:innen aber werden Einzelpersonen sein. Gibt es Überlegungen, wie die Polizei im Anlassfall mit externer oder interner Vereinnahmung verfährt?

AP

Eines ist klar: die Polizisten, die in dieses Gebäude einziehen, werden auch darauf vorbereitet werden. Weil nicht jeder das historische Wissen hat, die Weitsicht, was selbst Kleinigkeiten auslösen können. Das heißt, wir werden uns um die Kollegen im Vorfeld kümmern, auch um diejenigen, die dann hinkommen, um entsprechend ausgebildet oder fortgebildet zu werden. Aber dass es eine Vereinnahmung immer wieder geben kann, von einem Gegenüber, das ist uns bewusst. Da muss man sensibel sein und auch entsprechende Umfeldermittlungen laufend führen, damit nicht wieder etwas entsteht, was man in der Form ja genau unterbinden wollte.

DA

Ein anderes vorstellbares Szenario: im Rahmen einer Verhaftung oder einer Vernehmung im Gebäude kommt es zu einer Wiederbetätigung und es werden Fotos über soziale Medien verbreitet.

AP

Wir sensibilisieren jetzt nicht nur unsere Kollegen, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit im Haus. Die sind da schon sehr weit – der Leiter unseres Büros ist sehr bewandert und kümmert sich darum. Aber ja, man muss immer total aufpassen, weil nicht alle Kollegen diese Sensibilität an den Tag legen. Daran muss gearbeitet werden. Wir sind bereit, das zu tun. Wir sind in Oberösterreich extrem sensibel, was das Thema anlangt. Das Mauthausenkomitee hat uns unlängst auch wieder einmal gelobt. Wir zeigen – wahrscheinlich im Vergleich zu anderen Bundesländern – mehr an, weil diese Sensibilität da ist, weil wir wissen, dass wir mit Braunau und Mauthausen Stätten haben, die man weit über die Landesgrenzen hinaus kennt. Genau in der Art und Weise soll das auch weitergehen.

DA

Speziell aus deutscher Perspektive wurde die Entscheidung für eine Polizeistation medial als eine Ad-Hoc-Lösung wahrgenommen und eingeordnet. Das könnte man auch der fehlenden Öffentlichkeitsarbeit zuschreiben – schließlich zeichnet sich das Vorhaben der Umgestaltung des Geburtshauses bislang dadurch aus, dass die Öffentlichkeit extrem wenig involviert worden ist. Dieser Tatsache stehen wir durchaus kritisch gegenüber. Unsere Nachbesprechung ist ein Versuch, zumindest im Nachhinein eine gewisse Transparenz herzustellen und aufzuschlüsseln, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen worden sind.

AP

Also die Öffentlichkeitsarbeit dazu hätte man sicher intensivieren können. Dann würde man sich die kritische Nachbesprechung jetzt vielleicht sparen. Schlussendlich bin ich froh, dass ich in meiner Rolle als Landespolizeidirektor Teil der Jury war, wenn auch ohne Stimmrecht. Dass es letztendlich eine Polizeistation geworden ist, das hat sich gut ergeben. Es hätte ja auch sein können, dass ich drinnen sitze und letztendlich wäre die Lebenshilfe reingekommen. Insofern hat man sich noch zusätzlich einbringen können. Das war aus polizeilicher Sicht ein Glücksgriff, um genau dieses Thema Wiedererkennungswert mit einzubringen und darüber hinaus als zukünftiger Nutzer mitgestalten zu können oder Dinge zumindest ausschließen zu können, wo man sagt, nein das geht gar nicht. Das ist dann auch so weit akzeptiert worden.

DA

Hätten Sie es begrüßt, wenn die Debatte breiter geführt worden wäre?

AP

Die Frage ist, ob man dauernd endlos diskutiert und letztendlich wieder nicht zu einer zufriedenstellenden Lösung kommt, weil man nicht alle befriedigen kann. Aber man wird damit nicht fertig. Man wollte dann irgendwann auch einmal die Entscheidung treffen, nachdem es eh ein langer Prozess mit der Enteignung und so weiter war. Ich glaube schon, dass der Prozess sehr breit aufgestellt war von Persönlichkeiten, die wirklich auch anerkannt sind. Und man muss dann auch Vertrauen haben irgendwann.

DA – Diskurs Architektur
Verein zur Förderung von Diskurs in der Architektur
Wehrgasse 23, 1050 Wien
mail@diskurs-architektur.eu
ZVR-Zahl 1069571931

Der Verein zur Förderung von Diskurs in der Architektur (DA) wurde von den Architektinnen Laura Amann, Teresa Klestorfer, Daniela Mehlich, Linda Lackner, Anna Paul und Sophia Walk 2020 mit dem Interesse gegründet, die Debatte um den (baulichen) Umgang mit dem Haus, in dem Adolf Hitler geboren wurde, zu öffnen.

Gefördert durch

 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport